

abzudecken. Ein weiterer Kostenbereich. Das sind die Fragen, die wir nur bedingt beeinflussen können. Die ständig steigenden Kosten für die Versicherungen, die natürlich auch auf die Mieten durchschlagen.

Nun zu jenem Bereich, der im genossenschaftlichen Bereich anfällt. Es ist bereits sehr vieles von der Kollegin Meyer dargestellt worden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Aber anders!“) Wir bekennen uns dazu. Das darf ich gleich deutlich sagen. Wir bekennen uns zu jenen Auflagen, die uns das Land erteilt hat. Aber eines muß gesagt werden. Diese Auflagen produzieren Kosten. Wenn Sie daran denken, die Auflage, daß bei 50 Wohneinheiten eine Aufsicht vorhanden sein muß, ein Bauleiter. Wenn man jetzt daran denkt, daß ja diese Wohneinheiten unter Umständen disloziert liegen können, dann ist das nicht so ohne weiteres machbar, oder aber, es ist mit beträchtlichen Kostensteigerungen verbunden, die letztlich in die Kosten der Wohnung miteingehen.

Die nächste Frage. Die vorgeschriebenen Wettbewerbe. Heute stehen hier Kosten in der Größenordnung zum Beispiel bis zu 300.000 Schilling. Akuteller Fall, den ich persönlich kenne. Nur 100.000 Schilling davon sind bedeckt. Der Rest der Kosten ist von der Wohnungsgenossenschaft zu übernehmen. Eine Frage, die offen bleiben wird, weil auf Sicht gesehen bei einer derartigen Entwicklung auch die Genossenschaften nicht mehr in der Lage sein werden, billigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer Bereich. Diese Kosten, die hier vorgeschrieben werden, gehen in die Gesamtkosten ein. Der Mieter hat die Kosten zu tragen. (Abg. Schützenhöfer: „Gestattest du einen Zwischenruf. Merkst du, daß du dich von allem distanzierst, was der Herr Abgeordnete Loidl mitgetragen hat?“) Der nächste Bereich. Kosten der Planung und Kosten der Bauaufsicht. Niemand spricht sich dagegen aus. Ich habe ja ausdrücklich erklärt, daß wir uns zu diesen Auflagen bekennen, aber wir erklären, daß diese Auflagen Kosten produzieren. Die Kosten der Planung und die Kosten der Bauaufsicht, die mit in die Kosten eingehen, die letztlich zu tragen sind.

Das System, meine Damen und Herren, der Billigstbieter. Wir haben eine Reihe von Fällen, wo wir feststellen müssen, daß sich dieses System nicht sehr bewährt und daß letztlich höhere Kosten für die Wohnungsinhaber dabei herauskommen können. (Abg. Schützenhöfer: „Es geht um den Bestbieter. Dieser ist nicht immer der Billigstbieter!“) Was ebenso angesprochen wurde, durch ergänzende Bauvorschriften auch vom Land zum Teil vorgegeben, sind die Kosten der Infrastruktur, um errichtete Wohnanlagen herum, heute bereits so weit gestiegen, daß sie dem einzelnen Mieter nicht mehr zumutbar sind, oder aber, daß sie durch Förderungen nicht abgedeckt sind. Das heißt, auch jene Kosten sind zu berücksichtigen, die dazu führen, daß tatsächlich Belastungen vorhanden sind, die der einzelne Wohnungsinhaber oder Wohnungsübernehmer nur sehr, sehr schwer tragen kann. Nun aber zum letzten Bereich, der am Rande angesprochen wurde: Das ist also angeblich die beträchtliche Steigerung aus dem neuen Bewertungsgesetz, das erst kommen wird. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du hast nicht die geringste Ahnung von diesem Problem!“ – Abg. Schützenhöfer: „Du verstehst von vielen Sachen sehr

viel, aber vom Wohnbau nichts!“) Frau Präsident, ich bin ja ein aufmerksamer Zeitungsleser, und ich lese auch mit Vergnügen immer das, was in der „Tagespost“ steht (Abg. Präsident Klasnic: „Gut so!“), weil es ja Ihre politische Meinung darstellt. Darf ich dazu folgendes sagen: Das, was dort herausgestellt wird, ist leider nur zum Teil richtig. Das muß man einmal ganz deutlich sagen. Es hat also eine sehr starke politische Optik in der Darstellung, weil erstens nicht zum Ausdruck kommt, daß es eine Rechtsgrundlage verfassungsrechtlicher Art gibt, daß Hauptfeststellungszeitpunkte existieren. Der letzte war 1973, der jetzige ist 1985, es wird also aufgeschoben bis 1986. Der rechtliche Umfang der Maßnahmen wird erst 1989 tatsächlich wirksam werden. Die Belastungen, die herausgestellt werden – das mag schon sein –, sind vielleicht in relativen Zahlen da oder dort beträchtlich, aber sie sind keineswegs so, wie es herausgestellt wird. Diese Auswirkung, wie sie dargestellt wird, ist in keinster Weise richtig. Sie ist absolut falsch, und sie wird bewußt politisch so dargestellt, um Verunsicherung und Ärger zu erzeugen, weil hier zwischen 250 bis zu 600 Prozent Kostensteigerungen eintreten können. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die Frau Kollegin Meyer kann dich nicht mehr anhören. Sie ist hinausgegangen!“) Nichts davon ist richtig, nichts davon ist wahr. Maximal wird etwa im Durchschnitt auf die heute gegebenen Einheitswerte eine Kostensteigerung von etwa 50 Prozent eintreten.

Und, meine Damen und Herren, eines muß man schon deutlich sagen: Wir wissen, daß diese Gesetzesnovelle etwa jeweils nach einem Jahrzehnt zu erfolgen hat und daß sie sich dann jenen realistischen Werten anpassen sollte, die tatsächlich am Markt gehandelt werden. Wir sind bei der heutigen Situation und dann auch nach der neuen Rechtslage noch keineswegs dort, daß der Einheitswert nur annähernd den wahren Verkehrswert erreicht. Niemand von uns will das! Das möchte ich ganz deutlich sagen. Aber es sollte in der Realität herausgestellt werden, wie das tatsächlich ausschaut. Ich sage Ihnen eine Ziffer, damit sie es ganz deutlich sehen: Die Vermögenssteuer, meine Damen und Herren, beträgt heute 4,2 Milliarden Schilling und ist, gemessen am Bundeshaushalt, 1,1 Prozent. Die Einkommenssteuer beträgt 25,5 Milliarden Schilling und hat einen Anteil von 6,9 Prozent, und beide Werte sind nicht gestiegen. Beide Werte sind rückläufig, nur die Einkommenssteuer ist gestiegen. Die Lohnsteuer ist gestiegen, wir haben eine besondere Form der Einkommenssteuer. Hier haben wir wirklich eine Steigerung, und hier ist es auch so – und damit möchte ich enden –, daß wir uns als Gewerkschafter dazu bekennen und daß wir verlangen, daß es zu einer Lohnsteuerreform kommt, die auch Erleichterungen bringt. Der erste Schritt wird sein, daß eine Ermäßigung für die Pensionisten (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Viel zu spät!“) mit 1. Jänner 1986 bereits im Ausmaß von (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da habt ihr Gewerkschafter geschlafen!“) 20 Schilling eintreten wird. Sie haben gesagt: „Ein Bettel!“, wir glauben, daß das sehr wohl eine Erleichterung darstellt. Der nächste Schritt wird sein, daß es zu einer generellen Verminderung der Lohnsteuer kommen muß, und da meine ich jetzt folgendes: daß man dann halt überlegen muß, ob man die Einkommenssteuer im gleichen Ausmaß senken sollte, wenn die Entwicklung so ist, wie sie dargestellt

wird. Aber das, was Sie darstellen, ist in jedem Fall gewaltig übertrieben. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

**Abg. Harmtodt:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde nicht auf die Ausführungen des Kollegen Rainer eingehen, sondern ich selbst bleibe bei der Wahrheitsfindung und möchte das nicht so fortsetzen, wie mein Kollege Rainer das gemacht hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wohnkultur beziehungsweise die Wohnbauten haben heute noch einen hohen Stellenwert und bringen uns zusätzliche Arbeitsplätze. Es gibt noch immer genug Wohnungssuchende, die unwürdig wohnen, oder Menschen, die überhaupt noch keine Wohnung haben. Daher müssen wir hier helfend eingreifen. Einige, meine sehr geehrten Damen und Herren, meinen, daß wir auf die Subjektförderung verzichten sollen, und zwar deshalb, weil diese Subjektförderung viele hohe Beträge verschlingt. Das ist aber alles nicht möglich, und zwar deshalb nicht möglich, weil gerade die Jugend und Menschen mit einer kleinen Brieftasche sehr dringend auf eine Wohnung warten. Sicherlich könnte man mehr Bauten errichten. Die Bauwirtschaft könnte ihre Arbeitsplätze damit sichern und noch Arbeitsplätze schaffen. Weil wir aber auf die Ärmsten Rücksicht nehmen müssen, ist diese Subjektförderung unbedingt notwendig. Ohne eine solche Förderung würden sogar viele Wohnungen leerstehen, und die meisten von den Wohnungssuchenden könnten sich diese Wohnung überhaupt – wie schon gesagt – nicht leisten.

Außerdem – und das haben wir heute sehr stark gehört, der Kollege Schützenhöfer hat es auch schon aufgezeigt – bringen uns diese großen Betriebskosten zusätzliche Schwierigkeiten. Viele Wohnungsinhaber müssen sich sehr einschränken. Ich möchte auf die Kollegin Meyer hinweisen, die gemeint hat, daß wir die Rückzahlung nicht vornehmen könnten. Das stimmt. Von seiten des Landes ist es möglich, aber leider Gottes können wir zur Zeit nicht vorzeitig begünstigt rückzahlen. Nur in Verbindung mit der Subjektförderung, das sind Eigenmitteldarlehensdarlehen, Hausstandsgründungen, Wohnbeihilfen, ist es möglich, daß wir heute unseren Wohnungssuchenden helfen können.

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß ich einige Zahlen nennen, ich muß Sie mit Zahlen belasten. Im Jahre 1984 wurden 1779 Wohneinheiten errichtet, und fast alle Bewerber haben das Eigenmitteldarlehen in Anspruch genommen. Hier ist erkennbar, um welche Menschen es sich handelt: um Wohnungsförderungsbedürftige Menschen. 2580 Wohnungsbewerber haben im Jahre 1984 die Hausstandsgründung, das ist die Jungfamilienförderung, in Anspruch genommen. 1984 wurden weitere 2510 Eigenheime gefördert, im heurigen Jahr bis zum 25. November wurden bereits 2851 Wohneinheiten gefördert und dafür eine Summe von 538,911.000 Schilling an Darlehensmitteln für Jungfamilien ausgegeben, und für die Kapitalmarktdarlehen wurden weitere 134,910.600 Schilling mit Zinszuschüssen gefördert. Für die Realisierung von Geschößbauten

wurden im Jahre 1984 einschließlich unseres Sonderwohnbauprogrammes 1.816,080.400 Schilling an Förderungsmitteln ausgegeben. Das ist der Grund, warum die Bauwirtschaft in der Steiermark besser liegt als in den übrigen Bundesländern. Hier wurde die zusätzliche Förderung für die steirische Bauwirtschaft griffig, allerdings war das nur möglich, weil wir zusätzlich 1,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt haben. Im Jahre 1975 wurden in der Steiermark, meine Damen und Herren – das ist sehr, sehr interessant –, 5488 Wohneinheiten in der Geschößbauweise errichtet. Der Bund hat damals auch erkennen können, daß uns diese Wohnbauweise etwas bringt und daß wir damit Arbeitsplätze sichern können. Zehn Jahre danach wurden vom Bund nur mehr 1000 Wohneinheiten gefördert, und wir konnten nur in Verbindung mit unserem Sonderwohnbauprogramm Bund-Land zusätzliche Wohneinheiten fördern. Hier gab es auch ein Hick-Hack, da wir bei der ersten Förderung nicht mitgetan haben. Da kann ich eine konkrete Zahl vorlegen. Nach dem Vorschlag des Bundes, auch der SPÖ, hätte damals eine 80 Quadratmeter große Wohnung 3 Millionen Schilling gekostet. Nach unserem Vorschlag auf Grund vieler Überlegungen und mit der zusätzlichen Förderung erfordert die gleich große Wohnung anstatt 3 Millionen Schilling nur mehr Gesamtkosten von 1,753.000 Schilling. Hier kann man ganz klar erkennen, daß wir durch unsere zusätzliche Förderung dies ermöglicht haben. Ich schlage daher vor, weil wir auch eine Belastung haben und das klarerweise nicht mehr durchhalten können, wir können nicht ständig diese Sonderwohnbauprogramme von seiten des Landes fördern, daß vorzeitig zurückbezahlt werden kann. Das ist unbedingt notwendig, und damit, meine Damen und Herren, könnte man klarerweise weiterbauen, man könnte unsere Bauwirtschaft beschäftigen. Es geht hier nicht um diese 450 Baumeister, die es in der Steiermark gibt, sondern in unserem Baunebengewerbe und Bauhilfsgewerbe haben wir über 40.000 Mitarbeiter beschäftigt, und wir könnten das sogar halten oder entsprechend ausbauen.

Kurze Zahlen noch. Für die Wohnungsverbesserung, das war auch ein Beitrag für die Arbeitsplatzsicherung, haben wir 3046 Begehren positiv erledigt. Das war im vergangenen Jahr. Im heurigen Jahr sind es bis zum 25. November dieses Jahres 1200 Begehren. Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich einen Vorschlag unterbreiten. Meines Erachtens eine Verbesserung. Sie werden schon erfahren haben, ich habe einen Antrag eingebracht, daß der verdichtete Flachbau wieder ins Leben gerufen wird (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Richtig! Das ist notwendig!“), und zwar deshalb, weil wir keine Form verhindern wollen. Wir wissen aber, daß wir diese Bauweise finanziell nicht verkraften konnten, und da haben wir uns überlegt, daß keine Förderung höher sein darf, als es zur Zeit ist, und daher soll wieder der verdichtete Flachbau, Variante I, realisiert werden und in die Geschößbauweise einbezogen werden. Das heißt, mit der gleichen Förderung wie die Geschößbauweise soll diese Bauweise in Zukunft gefördert werden. Demnach, meine Damen und Herren, würde es nur mehr drei Förderungsmöglichkeiten geben: Eigenheimförderung einschließlich der Sonderform, wie Dachgeschößausbau und Ersterwerb von Wohnungen. Hier auch mein Antrag, daß auf die Grunderwerbsteuer

verzichtet werden soll. Dann könnte man diese Bauform wirklich gut realisieren. Weiters die Förderung der Errichtung von Eigenheimen in Gruppen und die Geschoßbauförderung wie gehabt sollen fortgesetzt werden. Das, meine Damen und Herren, ist nur ein Vorschlag. Es muß alles überprüft werden. Ich möchte abschließend unserem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, herzlich für sein Verständnis, für seine großzügige Mitarbeit danken und darf auch die Gelegenheit wahrnehmen, allen, die in irgendeiner Weise mit der Bauarbeit betraut sind, Dank und Anerkennung auszusprechen. Ich danke für Ihr Zuhören. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

**Abg. Erhart:** Werter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte kurz damit beginnen, wo der Kollege Harmtodt aufgehört hat. Bei Vorstellung dieser Überlegungen jetzt in Richtung verdichteten Flachbau, Variante I, glaube ich, daß man einmal grundsätzlich nur eines sagen kann, diese Dinge sind in Verhandlung. Sicherlich eine positive Sache, daß wir jede Form wieder ins Rollen bringen. Aber Sie wissen ganz genau, wozu die Variante I in ihrer ursprünglichen Form geführt hat und wie rasch das gerade von jenem Personenkreis, der nicht besonders förderungswürdig, vom Einkommen her geschehen, ist, ausgenutzt wurde. Da sind wir uns alle einig. Das hat ja auch dann zur Variante II geführt. Und nun möchte ich sagen, bitte darüber berät ohnehin ein Unterausschuß im Beirat und so weiter, daß man vorsichtig insofern sein muß, daß man nicht in das Extrem zurückfällt. Das ist das Wesentliche dabei, an sich ist es sicher zweckmäßig, auch diese Formen wieder zu überlegen. Nur muß man bei der Förderungsseite auf den sozialen Aspekt aufpassen. Das darf nicht mehr passieren, was wir das erste Mal gehabt haben.

Liebe Damen und Herren! Zurück also vielleicht wieder mehr in den sachlichen Bereich des Tagesordnungspunktes, zur direkten Wohnbauförderung, wollen wir von der Einkommenspolitik wieder zurückkommen in die Wohnbaupolitik, wobei ich gerne zugebe, daß die Dinge etwas zusammenhängen, aber es wurde hier schon ausgesagt, daß man es sich doch nicht so einfach machen kann, daß man die explodierenden Betriebskosten letztlich zur Schuld der Bundesregierung macht. So einfach ist das nicht. Und hätte der Kollege Schützenhöfer das nicht in dieser Form angezogen, hätten wir uns wahrscheinlich diesen Teil der Debatte erspart, den wir jetzt gehabt haben und der eigentlich mit der Wohnbauförderung nichts mehr zu tun gehabt hat. Ich zum Beispiel habe meine Rede in diesem Geiste, wie wir immer zu den Wohnbaufragen hier gesprochen haben, vorbereitet. Und hier ist außer von Gemeinsamkeit und von gemeinsamem Willen absolut nichts anderes drinnen, weil das immer so gehandhabt wurde, weil auf der Ebene, wo die Dinge wirklich beraten werden und wo sie wirklich entstehen, eigentlich ein großer Konsens in der Wohnbaufrage im Land besteht. Ich glaube, das muß wohl im Interesse einer kontinuierlichen Fortführung sein.

Ich habe mich hier mit ein paar Gedanken zur Wohnhaussanierung beschäftigt und erlaube mir,

Ihnen diese vorzutragen. Als mit Beginn des Jahres das Bundeswohnbauförderungsgesetz 1984 in Kraft ging und damit auch ein neues Wohnhaussanierungsgesetz in Kraft ist, wurden in anschließender Folge die Landesverordnungen dazu beschlossen und das Thema „Wohnhaussanierung“, jener Teilbereich der gesamten Wohnungsfrage, insoweit mitbehandelt, und ich glaube, dieses Thema „Wohnhaussanierung“ ist zwischen uns absolut unbestritten und steht hier außer jedem politischen Streit. Wir alle kennen die seit Jahren gesagten Proargumente zur Althausanierung, zur Wohnhaussanierung, und es gibt mittlerweile auch schon einige ansehnliche praktische Erfahrungen. Wir wissen, daß gerade im Wohnbau die Bereiche Althaus-, Altwohnungssanierung, Stadt- und Dorferneuerung et cetera eine sehr zukunftsfruchtige Rolle spielen. Die Wohnbaupolitik der Gegenwart und Zukunft wird sich noch weitaus stärker als in der Vergangenheit diesem Thema zuwenden müssen. Es wird, und das ist auch eine längst erkannte Weisheit, besonders in den Ballungsräumen zunehmend vordringlich sein, den erhaltungswürdigen Haus- und Wohnungsbestand zu verbessern und zu revitalisieren. Wobei unter „revitalisieren“ nicht nur ein rein baulicher Prozeß zu verstehen ist, sondern vielmehr die Schaffung besserer Lebensbedingungen im allgemeinen, nämlich in Form einer umfassenden Qualitätsverbesserung. Alle Bestrebungen in jüngster Zeit gehen in diese Richtung, so daß durch das schon zitierte Wohnbauförderungsgesetz 1984, das Wohnhaussanierungsgesetz, das Startwohnungsgesetz in der Fassung 1984 und das Stadterneuerungsgesetz in der Fassung 1984 diesen Bestrebungen Rechnung getragen wurde. Wie gesagt, unsere Verordnungen und Richtlinien sind ebenfalls weitgehendst auf die Sanierung ausgerichtet, wohl wissend, daß damit der Neubau nicht ersetzt werden kann – das wissen wir genau –, aber daß eben der Sanierung mehr als bisher der Vorzug gegeben werden muß. Die mittlerweile seitens der Steiermark derzeit überlegten Maßnahmen, betreffend Gewährung von Förderungsdarlehen für eine sogenannte umfassende Sanierung, sind daher besonders zu begrüßen. Dabei handelt es sich um eine über den bisherigen Umfang der notwendigen Erhaltung von Häusern mit mehr als zwei Wohnungen hinausgehende Sanierung, deren Gesamtkosten 80 Prozent vergleichbarer Neubaukosten erreichen dürfen, wenn als Ergebnis der Sanierungskosten Wohnungen der Ausstattungskategorie A – das sind Wohnungen mit Wasser, WC, Bad und Zentralheizung – oder zumindest solche der Kategorie B – also Wasser, WC und Bad müssen innerhalb der Wohnung sein – erreicht werden. Nicht zu vergessen im Hinblick auf die der Wohnhaussanierung und Wohnungsverbesserung zugute kommenden neuen Bestimmungen ist natürlich auch die Wohnbeihilfe, die betreffend der Sanierung mittlerweile für gewährte Darlehen nun auch in Anspruch genommen werden kann. Der Forderung nach gleicher Förderung für Neubau und Sanierung ist man damit gewaltig entgegengekommen, und ich kann das nur als sehr, sehr positiv unterstreichen.

Es stellt sich also somit die Frage: Ist damit der Stein der Weisen im Wohnbau gefunden worden? Schafft das verstärkte Sanierungsdenken nicht neue Probleme? Die bisherigen Erfahrungen, werte Damen und Herren, haben gezeigt, daß es richtig ist, daß man nicht alles und jedes sanieren kann. Jede Althausanierung

birgt natürlich auch ungeahnte Risiken, und da dies bekannt ist, stehen auch viele der Sanierung von Althäusern mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Bei der Planung und bei der Abwicklung wird viel zu oft mit Methoden vorgegangen, die uns eigentlich nur aus der Neubautätigkeit bekannt sind. Das Resultat ist dann ein entkerntes Haus mit vier alten Außenmauern, in das als Krampflösung dann Neubaustanz eingepflanzt wird. Nicht selten hören wir, welche zahlreichen Schwierigkeiten auch der Wohnungsumbau bereitet hat. Denken wir an die oftmals alten, ja damit oft verstärkt kranken Menschen, welche in bisherigen Substandardwohnungen leben, die plötzlich saniert werden. Welche praktischen Probleme es für diese Menschen dann oft gibt, wenn ihre Wohnung monatelang zu einer Baustelle wird, kann jeder ermessen. Diese Situation ist aber auch für die bauausführenden Firmen nicht einfach, weil sich der gesamte Bauablauf beim Neubau nicht mehr so wie bisher vollziehen kann. „Man tut nichts Gutes, außer man saniert es“ hieß vor kurzem eine Überschrift in einem diesbezüglichen Artikel in einer Wohnbauzeitschrift, in welchem auf die großen Probleme der praktischen Durchführung in der Wohnhaussanierung hingewiesen wurde. Viele Diskussionen, Arbeitskreise, Meetings und dergleichen mehr vieler mit dem Wohnbauwesen befaßter Fachleute haben bestätigt: Einfach ist die Sache nicht! Neben vielen bisher gelungenen und auch preislich vertretbaren Projekten hat es natürlich auch solche gegeben, wo paradoxerweise zu sagen wäre: Diese Althausanierung ist nicht so effektiv, dafür war sie teurer als der Neubau. Oder man könnte auch manchmal die alte Volksmundfassung anwenden – jedem bekannt –: „Ist ja dumm, kauft ein altes Haus und bauts um.“ Das heißt, daß in der Frage „Althausanierung“, die grundsätzlich zu bejahen ist, halt noch manche Erfahrung gemacht werden muß und daß der Wille der öffentlichen Hand allein noch nicht genügt, die Substanz zu erhalten. Es ist daher ratsam, bei allen Objekten, wo eine solche Sanierung vorgesehen ist, frühzeitig und vor allem gründlich dementsprechende Untersuchungen voranzustellen.

Zum Schluß kommend möchte ich sagen: Es sind sicher alle glücklich, daß es in Richtung Wohnhaussanierung und allen hier hineinspielenden Facetten zu Verbesserungen in der Gesetzeslage gekommen ist. Aber statt mit Euphorie und übersteigerten Erwartungen sollen wir diesen Komplex besser mit kühlem Kopf und Rechenstift zwar vermehrt, aber behutsam angehen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schwab:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ausführungen des Abgeordneten Rainer verlangen eine Richtigstellung, und ich danke der Frau Kollegin Meyer, die in dem Zusammenhang sicherlich richtiger und auch glaubwürdiger argumentiert und ihre Feststellungen getroffen hat. Es ist abenteuerlich, meine Damen und Herren, was sich auf dem Sektor der Novellierung des Bewertungsgesetzes zur Zeit tut. Es ist ein Gesetz von Spezialisten für Spezialisten, und man läuft sicherlich Gefahr, wenn man nicht Zeile für Zeile durchliest, hier auf einen Kurs zu kommen, wie es

der Herr Kollege Rainer getan hat. Es ist eine Tretmine mit Zeitzünder – so haben wir das formuliert. Ich möchte gar nicht in die direkte Problematik der Bauernhäuser, die mich persönlich auch unmittelbar betrifft, eingehen. Richtig ist, daß es gigantische Erhöhungen gibt. Herr Kollege Rainer, ich gebe Ihnen gerne die Aufstellung. Wir haben nicht ausgesuchte, sondern wahllos herausgegriffene Beispiele durchgerechnet. Faktum, bitte, ist: Beim Gewerbe Erhöhungen auf Grund dieser Beispiele in der Größenordnung von 92 bis 150 Prozent, bei der Industrie in der Größenordnung von 92 bis 127 Prozent, bei den Geschäftsgebäuden – dort schlägt sich das besonders nieder – in der Größenordnung von beginnend bei 120 Prozent bis 246 Prozent, und vor allem und gewaltig trifft es auch die Gasthöfe, die Pensionen, die Fremdenverkehrsbetriebe in der Größenordnung von 112 bis 213 Prozent. Das, bitte, sind die Fakten, und mir ist völlig schleierhaft, wie Sie auf 50 Prozent kommen. Dieses ganze Dilemma beginnt bei der Festsetzung der Bauklasseneinteilung. Da wird ja mit allen möglichen Tricks gearbeitet. Bisher gab es fünf Bewertungsklassen von „sehr einfach“ bis „sehr gut“. Diese fünf Bewertungsklassen wurden auf vier reduziert. Bei den Einfamilienhäusern – dort trifft es alle kleinen Häuslbauer, bitte – und bei den einfamilienhausartigen Gebäuden wurde der bisherige Höchstsatz von 400 Schilling pro Kubikmeter umbauten Raum neu als niedrigster Satz genommen, und der neue Höchstsatz beträgt 1600 Schilling. Wir haben das auf Grund unserer Situation bei den Bauernhäusern konkret durchgerechnet.

Wir werden von einem durchschnittlichen Bewertungssatz von bisher 380 Schilling auf einen Durchschnittswert pro Kubikmeter von 1200 Schilling kommen. Das sind die Auswirkungen, ganz klar und sehr deutlich gesagt. Noch viel ärger ist die Situation – ich sagte es bereits – bei den Fremdenverkehrsbetrieben. Der bisherige Höchstsatz – hören Sie zu – von 350 Schilling wird in Zukunft 1850 Schilling sein. Und Sie reden hier von fünfzigprozentigen Steigerungen. Das verstehe ich wirklich nicht! (Abg. Kollmann: „Er weiß es ohnehin besser, nur sagen tut er es nicht!“)

Die zweite Geschichte, und das möchte ich abschließend zu dem Bereich auch noch sagen, weil es wichtig ist: Es ist geradezu abenteuerlich und ein volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn bessere Bauausführungen, Wärmeisolierungen und dergleichen mit einer enorm höheren Besteuerung bestraft werden. Die Finanzverwaltung gewährt zuerst Steuernachlässe und belastet nach Durchführung der Verbesserungsmaßnahmen die Steuerpflichtigen durch höhere Einheitswerte. Diese Vorgangsweise ist ein Wahnsinn – „unauffällig wegnehmen und auffällig verteilen“ heißt anscheinend die Parole. Ich sah mich genötigt, diese Dinge sehr klar zum Ausdruck zu bringen. Ich gebe Ihnen gerne die Unterlagen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba:** Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte zu jenem Teil, der meine Zuständigkeit betrifft, Stellung nehmen. Mit Ende des Jahres 1984 ist

das Wohnungsverbesserungsgesetz ausgelaufen und ab 1. Jänner 1985 durch das Wohnhaussanierungsgesetz abgelöst worden, und zwar zur Gänze. Dieses Wohnhaussanierungsgesetz bringt für den Althausbestand wesentliche Vorteile, und vor allem deshalb, weil erstmals neben Verbesserungsarbeiten auch Erhaltungsarbeiten gefördert werden können. Diese neue erfreuliche Rechtssituation wurde bereits in der Förderungs-, Darlehen- und Zuschußverordnung des Landes aus dem Jahre 1984 berücksichtigt und sie ermöglicht die Gewährung eines 30prozentigen Annuitätzuschusses je Wohnung, jedoch mit den Einschränkungen, höchstens 100.000 Schilling für Erhaltungsarbeiten, höchstens 250.000 Schilling, wenn überwiegend Verbesserungsarbeiten durchgeführt werden, und höchstens 300.000 Schilling, wenn darüber hinaus auf energiesparende Maßnahmen mindestens 100.000 Schilling verwendet werden. Eine Präzisierung dieses in der zitierten Verordnung enthaltenen Begriffes „umfassende Sanierung“ erfolgte mit Regierungsbeschluß vom 23. September dieses Jahres. Vorher hat sich der Wohnbauförderungsbeirat des Landes Steiermark eingehend damit beschäftigt und auch eine positive Stellungnahme abgegeben. Darüber hinaus habe ich Sorge getragen, daß für Substandardbeseitigung und für umfassende Sanierungsmaßnahmen ein Direktdarlehen gewährt werden soll, und zwar bei einer Verzinsung von nur ein Prozent und einer Laufzeit von 20 Jahren. Diese zusätzlichen Förderungsmaßnahmen wurden durch die Einbindung der seinerzeit vorgesehenen sogenannten „Altstadtmilliarde“, das ist die Kurzbezeichnung für ein Gesetz mit einem recht langen Titel, ermöglicht. Die dafür benötigten Mittel sollen durch die Versicherungswirtschaft aufgebracht und von der Kontrollbank verwaltet werden, und sie können von den Ländern in Anspruch genommen werden. Der Steiermark stünden nach ihrem Quotenanteil rund 124 Millionen Schilling zur Verfügung. Da diese Mittel zu einem Zinssatz von  $7\frac{3}{4}$  Prozent bei einer zehnjährigen Laufzeit angeboten werden, ist bei der zuletzt allgemein eingetretenen Zinssatzsenkung eine Diskussion über die vom Bund für die Länder – damit ich richtig verstanden werde – verhältnismäßig ungünstig angebotenen Konditionen eine Diskussion aufgeflammt. Damit hat sich auch die letzte Landesfinanzreferentenkonferenz – wie mir bekannt wurde – beschäftigt. Es ist noch nicht abzusehen, wie die Verhandlungen in dieser Frage zwischen dem Bund, der sich ja für die Stadterneuerungsverordnung aus dieser Milliarde ebenfalls 250 Millionen Schilling vorbehält, wie also die Verhandlungen zwischen dem Bund, den Ländern und der Kontrollbank ausgehen werden. Dies ist sicherlich eine für mich entscheidende Frage, da das Land Steiermark vor hat, diese Darlehen für die Förderungswerber auf ein Prozent herunterzustürzen. Ich möchte diese heutige Budgetdebatte zum Anlaß nehmen, meinem Regierungskollegen Dipl.-Ing. Josef Riegler, der ja für die Förderung des Wohnungsneubaues zuständig ist, zu danken, denn durch Umschichtungen von Förderungsmitteln für den Neubau zugunsten von Mitteln für Sanierungsmaßnahmen war es bisher immer möglich, sämtliche eingereichten Anträge, soweit sie nach der Gesetzeslage förderbar waren, nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und dem Wohnhaussanierungsgesetz, die sich im heurigen Jahr noch überschneiden, einer positiven Erledigung

zuzuführen. Sämtliche Anträge, die entsprochen haben, konnten positiv erledigt werden. Durch diese gemeinsame Regelung können auch weiterhin die für die Revitalisierung und Erneuerung des Althausbestandes der Steiermark notwendigen Förderungsmaßnahmen fortgesetzt werden.

Vielleicht ein paar interessante Zahlen zur Erinnerung in diesem Zusammenhang. In der Steiermark gibt es derzeit nach der letzten Zählung 425.076 Wohnungen. Von diesen 425.076 Wohnungen stammen 114.178 aus der Zeit vor dem Jahre 1919, 42.113 aus der Zeit von 1919 bis 1945 und 268.785 aus der Zeit nach 1945. Mit Schreiben vom Juli dieses Jahres hat der neue Bautenminister die Länder eingeladen, einen Problemerkatalog, betreffend das Wohnungswesen und mögliche Lösungsvorschläge, dem Ministerium bekanntzugeben. Ich habe im Wege der Rechtsabteilung 14 veranlaßt, daß eine derartige Stellungnahme verfaßt wird, und in diesem Antwortschreiben wird auf das hauptsächliche Problem der Wohnbauförderung – wie könnte es anders sein –, nämlich die Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel, aufmerksam gemacht. Überdies wurde der Wunsch nach einer verstärkten Gewichtung der Wohnhaussanierung vorgebracht, denn die bisherigen Erfahrungen zeigen eindeutig, daß umfangreiche Sanierungen und Errichtungen von Wohnungen durch Umbau bestehender Objekte ganz selten billiger, häufig aber eher teurer kommen, als unproblematische Neubauten dies tun. Der beschäftigungspolitische Effekt und die Vermeidung von Raumordnungs- und Infrastrukturproblemen sind jedoch im ersteren Fall überaus positiv zu beurteilen. Auch aus diesen Gründen muß daher der Sanierung im weitesten Sinne der Vorrang eingeräumt werden. Um dies zu erreichen, ist es jedoch unbedingt notwendig, aus dem Mietrechtsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz und vor allem aus den Steuergesetzen die Hindernisse für Sanierungsaktivitäten zu entfernen und darüber hinaus Anreize für Sanierungen zu verankern. Das wahrscheinlich größte Hindernis für die Sanierung von Altwohnhäusern ist die weitgehende Ertragslosigkeit des Althausbesitzes. Begleitende steuerliche Maßnahmen, insbesondere Abschreibungsmöglichkeiten für alle Sanierungen im Sinne des Paragraph 11 Wohnhaussanierungsgesetz, wahlweise im Jahr der Verausgabung auf zehn Jahre verteilt oder im Wege der normalen Abschreibung, wären besonders sinnvoll und wichtig. Aufwendungen für Wohnhaussanierungen sollten der Bedeutung dieser Maßnahmen entsprechend als Sonderausgaben im Sinne des Paragraph 18 Einkommensteuergesetz 1972 behandelt werden, und zwar zumindest im gleichen Ausmaß wie beim Wohnungsneubau.

Zum Landeswohnbauförderungsgesetz 1974 möchte ich ausführen: Grundsätzlich fördert das Land Steiermark Eigenheime auch in Form von Zinszuschüssen vor allem dann, wenn die Begehren nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1984 nicht förderbar wären. So konnten heuer bis Ende November 582 Anträge mit bezuschußtem Kapitalmarktdarlehen von insgesamt rund 135 Millionen Schilling positiv erledigt werden.

Die Förderung im Rahmen der Hausstandsgründung für Jungfamilien, die ebenfalls in Form von Zinszuschüssen erfolgt, erfreut sich nach wie vor größter

Beliebtheit. Hier kann man doch unseren Jungfamilien, die gerade bei der Hausstandsgründung große finanzielle Belastungen haben, in dieser schwierigen Phase eine Hilfestellung geben.

Es gilt allerdings zu überlegen, ob man nicht schon in naher Zukunft die Förderungsmöglichkeiten für die Jungfamilien anhebt und damit noch attraktiver macht. Bis Ende November konnten heuer 1632 Anträge mit bezuschußtem Kapitalmarktdarlehen von rund 157 Millionen Schilling gefördert werden. Da dieser Betrag aber seit einigen Jahren gleichgeblieben ist, überlege ich derzeit, diese Förderungssumme in Kürze zu erhöhen.

Auch für die Althausanierung gibt es Förderungsmöglichkeiten, die dann in Anspruch genommen werden, wenn eine Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz nicht möglich war. Bis Ende November 1985 konnten 1200 Anträge mit einer bezuschußten Kapitalmarktsumme von rund 144 Millionen Schilling aufrecht erledigt werden.

Vor kurzem wurde schließlich ein Wohnbauvorhaben in Fohnsdorf im Rahmen des Landesfonds gefördert. Es handelt sich um das vorerst letzte Vorhaben im Rahmen der Sonderförderung der Region „Aichfeld-Murboden“, an dem sich das Land Steiermark seinerzeit mit einem zehnpromzentigen Förderungsanteil beteiligt hat. Insgesamt konnten im Rahmen dieser Sonderförderung rund 750 Wohnungen hergestellt werden.

Ich möchte es nicht verabsäumen, nochmals meinem Regierungskollegen, Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler, für die gute Zusammenarbeit zu danken. Weiters möchte ich auch den Mitgliedern des Wohnbauförderungsbeirates des Landes Steiermark unter dem Vorsitz von Präsident Waltraud Klasnic und dem stellvertretenden Vorsitzenden, Bürgermeister Simon Pichler, für ihre sehr konstruktive Arbeit meinen Dank aussprechen.

Letztendlich möchte ich mich auch beim Vorstand der Rechtsabteilung 14, Wirkl. Hofrat Dr. Erich Nopp, und seinen bewährten Mitarbeitern für die kollegiale und fruchtbare Zusammenarbeit herzlich bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dipl.-Ing. Riegler:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir auch einige Bemerkungen zum Abschluß dieser Debatte über die Wohnbauförderung und Wohnbaupolitik in unserem Land. Ich darf in Erinnerung rufen: 1984 war ein Jahr großer Änderungen und damit auch neuer Weichenstellungen durch die beiden großen Novellen zum Wohnbauförderungsgesetz und Wohnhaussanierungsgesetz, die Anfang Dezember Rechtskraft erlangt haben, durch die am 17. Dezember von der Landesregierung beschlossenen sieben Verordnungen zur Durchführung und damit zur Umsetzung dieser neuen Rechtslage in der konkreten Wohnbauförderung unseres Landes, und wir hatten vorher, im Mai 1984, die neuen Durchführungsrichtlinien als Ergebnis der von Landeshauptmann Dr. Krainer eingesetzten Kommission „Kontrolle im sozialen Wohnbau“ beschlossen.

Das Jahr 1985 war daher im wesentlichen eine Bewährungsprobe für diese neugeschaffene Durchführungsform der Wohnbauförderung. Ich glaube, daß wir feststellen dürfen, daß insgesamt mehr Ruhe, mehr Sicherheit eingetreten ist und daß auch das Bemühen um eine Bereinigung der Struktur der Wohnbauträger erfolgreich und im wesentlichen in ruhiger Arbeit durchgeführt werden konnte. Und es war im Vorjahr die Bewältigung des großen Problems des Ausgleichs der AHG in einer gemeinsamen Anstrengung der Mitglieder der Landesregierung und aller mit dieser Problematik befaßten Stellen möglich. Ich wollte das deshalb erwähnen, weil es im Interesse der Wohnungswerber und der Wohnungseigentümer, aber auch im Interesse der Bauwirtschaft gelegen ist, solche auftretenden Schwierigkeiten zu lösen und nicht zum Gegenstand einer sich in gegenseitiger Zurechnung ergehenden öffentlichen Diskussion in erster Linie zu machen.

Unsere Bemühungen gehen weiter. Es ist bereits in der Diskussion darauf hingewiesen worden, sowohl vom Herrn Abgeordneten Harmsdorf wie auch vom Herrn Abgeordneten Erhart, und zwar auf die Frage einer Weiterentwicklung der Wohnbauförderung in der Form, daß es zu einer einheitlichen Förderungsgewährung im Rahmen des Geschoßbaues und des verdichteten Flachbaues kommen kann, indem ein gewisser Bezug in der Objektförderung zwischen geförderter Wohnfläche und Haushaltsgröße hergestellt werden soll. Ich pflichte durchaus bei, daß diese Fragen gründlich und im Detail ausdiskutiert werden sollen. Wir haben auch gar keine Veranlassung, etwas zu überstürzen. Diese Weiterentwicklung wird aber erst mit Beginn 1987 möglich sein, und ich bin sehr gerne bereit, jede Detailfrage gründlich zu erörtern, bevor man dann zu endgültigen Entscheidungen kommt. Ich bin auch davon überzeugt, daß es in der bewährten Form möglich sein wird, innerhalb des Wohnbauförderungsbeirates und innerhalb der Landesregierung sowie auch in diesem Hohen Haus die entsprechende Übereinstimmung zu finden. Daß wir daneben auch im Bereich der sogenannten Variante 2 des verdichteten Flachbaues einige zusätzliche Kriterien einbeziehen möchten, entspricht der inzwischen gewonnenen praktischen Erfahrung. Ich hoffe jedenfalls, daß wir damit einen Schritt in Richtung praxisgerechter Durchführungsbestimmungen für die Wohnbauförderung in unserem Land weiterkommen. Wir haben letztlich auch mit der Einführung eines einheitlichen Leistungsverzeichnisses meines Erachtens einen Beitrag insbesondere auch im Interesse der Bauwirtschaft leisten können, um hier bessere Wettbewerbsbedingungen und korrektere Voraussetzungen zu schaffen. Ich bin davon überzeugt, daß wir im gemeinsamen Ziel vorgehen, nämlich, jenen Tausenden Familien in unserem Land, die auf eine Wohnung warten, eine solche Wohnung in zumutbarer Zeit zur Verfügung stellen zu können und auch zu zumutbaren Kosten. Diese Frage ist mit Recht wiederholt angesprochen worden, wobei wir hier sowohl die Ballungsräume und insbesondere das dringende Wohnraumproblem der Landeshauptstadt Gráz ebenso sehen müssen wie die erhebliche Bedeutung, die gerade die Geschoßbauförderung neben der Eigenheimförderung für die ländlichen Gemeinden gewonnen hat. Gerade für die ländlichen Gemeinden ist es vielfach eine der

Voraussetzungen, der Bevölkerungsabwanderung entgegenwirken zu können, und insoferne ist Wohnbauförderung auch ein Beitrag für unsere Gemeinden und für eine ausgeglichene regionale Entwicklung. (Allgemeiner Beifall.)

Daß die Wohnbauförderung neben dieser primären Zielsetzung aber eine gleichrangige für unsere Bauwirtschaft und für die Beschäftigung der Arbeiter und Arbeitnehmer insgesamt in der Baubranche hat, ist uns ebenso, meines Erachtens gemeinsam, deutlich bewußt. Darüber hinaus ist es immer eine besondere Note der steirischen Wohnbauförderung, daß sie versucht, auch mit den Mitteln des sozialen Wohnbaues einen Beitrag zu leisten, daß die geistigen und künstlerischen Kräfte unseres Landes, insbesondere auch die Architekten, die Chance bekommen, ihre Möglichkeiten zu zeigen, und das ist es ja letztlich, was verschiedenen Projekten des sozialen Wohnbaues in der Steiermark österreichweit und international zu einem hohen Ansehen verholfen hat. Wir werden uns in diese Richtung ganz bewußt weiter bemühen. Es gibt erfreulicherweise immer mehr Beispiele dafür, daß hervorragende baukünstlerische Lösungen auch in vollem Kostenrahmen des sozialen Wohnbaues erstellt werden können, denn wir haben natürlich nichts davon, wenn die Kostenentwicklung ein Maß annehmen würde, daß es nicht mehr dem entspricht, was wir unter den Bedingungen des sozialen Wohnbaues verstehen. Daneben ist die Belebung der Ortszentren im Rahmen der Wohnbauförderung und Wohnhaussanierung ein wichtiges Faktum. Es ist das daher auch eine bewußte Überlegung, daß wir mit den Mitteln der Wohnbauförderung auch mithelfen, dem Bedarf der Wohnhaussanierung entsprechen zu können und uns auch in der Neubauförderung bemühen, vorhandene wertvolle Bausubstanz durch die Wohnbauförderung mit einer neuen Funktion und damit auch mit einem neuen Leben zu erfüllen. Es gibt erfreuliche Beispiele sowohl in den Städten als auch in den kleineren Orten unseres Landes. Deshalb haben wir auch die Mittel der sogenannten „Steirischen Wohnbauoffensive“, das heißt des Landessonderprogrammes, nicht nur im Interesse des Wohnungsbedarfes und der Baubeschäftigung, sondern mit einem gewissen Vorbehalt an Förderungsmitteln auch für Projekte der Ortserneuerung ganz bewußt in diese Richtung gelenkt. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß nach einer gewissen Phase des Abwartens nun immer mehr Projekte herankommen. Ich glaube, daß dies nicht nur im Interesse der baukulturellen Entwicklung unseres Landes gelegen ist, sondern auch im Interesse des handwerklichen Könnens und der Chancen gerade auch für unsere kleineren Bauunternehmen. Es war ebenso eine bewußte Bemühung, daß wir einen Teil dieser zusätzlichen Wohnbauförderungsmittel jenen Projekten vorbehalten haben, für die ein baukünstlerischer Wettbewerb durchgeführt wird und auch eine volle Beauftragung für den planenden Architekten erfolgt.

Das große Problem, meine Damen und Herren, für die künftige Entwicklung ist die Frage der finanziellen Sicherung eines entsprechenden Förderungsvolumens ab dem Jahr 1987. Ich glaube durchaus, daß man sich mit dieser Frage nüchtern und im Detail auseinanderzusetzen hat. Wir haben für die Jahre 1985 und 1986 durch das normale Förderungsprogramm nach dem

Wohnbauförderungsgesetz 1984 mit etwa 1000 Wohneinheiten pro Jahr, die etwa zusätzlichen 1000 Wohneinheiten durch die „Steirische Wohnbauoffensive“ und anteilmäßig etwa 370 Wohneinheiten aus dem Bundessonderprogramm, die vom Bund und Land gemeinsam finanziert werden, etwa 2400 Wohneinheiten Förderungsvolumen. Es wird darum gehen, ab dem Jahr 1987 eine Aufrechterhaltung dieses Förderungsvolumens möglich zu machen. Wenn wir das wollen, brauchen wir zusätzliche finanzielle Möglichkeiten und Vorkehrungen. Man könnte es sich natürlich einfach machen und sagen: „Auch der Bund könnte das tun, was das Land Steiermark versucht hat, nämlich zusätzliche Budgetmittel in die Wohnbauförderung einzubringen“. Aber wir sehen diese Möglichkeit ebenso realistisch wie die begrenzten Möglichkeiten des Landesbudgets. Deshalb habe ich verschiedentlich versucht, darauf hinzuweisen, daß wir uns gemeinsam, Länder und Bund, überlegen müssen, welche zusätzlichen Mittel mobilisiert werden können im Interesse des notwendigen Bauvolumens für Wohnungswerber und der Beschäftigung in der Baubranche. Ich kann die Äußerungen der Frau Abgeordneten Meyer nur bestätigen, wenn sie sagt, daß beispielsweise die Mittel der Wohnbeihilfe eigentlich eine Aufgabe des sozialen Bereiches oder des Lastenausgleiches darstellen, derartige Vorschläge sind allerdings bisher auf keine Resonanz gestoßen.

Wie wichtig die Frage ist, zeigt allerdings die Zahlenentwicklung. Wir haben in diesem Jahr für Wohnbeihilfen bis 25. November bereits 254 Millionen Schilling aus der Wohnbauförderung aufgewendet. Das sind bereits um zehn Millionen mehr als im Jahre 1984 insgesamt. Dazu zwei Vergleichszahlen: Im Jahre 1980 waren es insgesamt 111 Millionen, im Jahre 1975 waren es 42 Millionen. Meines Erachtens – und ich habe das bei einer Tagung, die der Bautenminister am 23. September einberufen hat, auch in meinem Diskussionsbeitrag vorgeschlagen – ist in erster Linie zu versuchen, die aushaftenden Darlehensvolumen rascher zurückzuführen und damit wieder der neuen Wohnbauförderungsaufgabe zugänglich zu machen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit, weil das auch verschiedentlich angesprochen wurde, folgende Zahlen aufzeigen: Wir haben derzeit im Wohnbauförderungsgesetz 1984 die Möglichkeit einer begünstigten Rückzahlung mit maximal 25 Prozent Nachlaß des aushaftenden Darlehens. Wir haben diese rechtliche Möglichkeit in unsere Durchführungsbestimmungen übernommen. Es konnten im Laufe des Jahres 1985 ganz genau 148 Ansuchen positiv abgewickelt werden, wobei etwa 12 Millionen Schilling Darlehen vorzeitig zurückgezahlt wurden. Ein bescheidener Ansatzpunkt. Wir haben des weiteren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, daß bei Wohnungsverkäufen ein Teil des aushaftenden Darlehens fällig gestellt wird, je nach Länge der Laufzeit verschiedene Prozentsätze. Über diese Möglichkeit sind bisher im Jahre 1985 etwa 16 Millionen Schilling an Darlehen vorzeitig zurückgebracht worden. Der bisher wirkungsvollste Beitrag war die Überprüfung der Benützung der Wohnung entsprechend der Richtlinien der Wohnbauförderung, die bekanntlich seit dem Jahre 1982 durchgeführt wird. Durch die Überprüfung und die Kündigung der Darlehen im Falle der nicht widmungsgemäßen Ver-

wendung der Wohnung sind bisher etwa 150 Millionen Schilling an Darlehen zurückgeflossen. Ich darf zum Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura sagen, daß eine Mehrfachförderung sowohl nach dem Gesetz als auch nach den Durchführungsbestimmungen unmöglich ist, landesweit auch lückenlos überprüfbar ist und auch so gehandhabt wird. Die Ausschöpfung unserer Möglichkeiten ist damit meines Erachtens gegeben. Natürlich könnte man in Diskussion bringen, daß der Bundesgesetzgeber eine höhere Verzinsung möglich gemacht hätte, nämlich bis zu sechs Prozent der Wohnbauförderungsdarlehen. Wir haben diese Frage auch durchaus diskutiert im vergangenen Jahr, dabei ist eines sofort deutlich geworden: Die Erhöhung der Wohnungskosten bei einer Hinaufsetzung der Verzinsung schlägt in einem derart hohen Maß durch, daß man an eine solche Vorgangsweise wirklich nur mit äußerster Vorsicht herangehen sollte. Das war auch der Grund, warum wir uns entschlossen haben, bei einer einprozentigen Verzinsung der Förderungsdarlehen zu bleiben, weil sich ein wesentlicher Teil der höheren Verzinsung wieder in höheren Aufwendungen für die Wohnbeihilfen niederschlagen würde und ein bestimmter Teil der Wohnungswerber allerdings dann mit echten und zum Teil beachtlichen Mehrkosten belastet würde. Daher glaube ich, daß wir insbesondere zwei Möglichkeiten wirklich in Betracht ziehen sollten: Die eine Möglichkeit ist meines Erachtens, daß im Wohnbauförderungsgesetz 1984 eine attraktivere Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung geschaffen wird, wobei man durchaus darüber diskutieren kann, diese Attraktivität je nach der Länge der aushaftenden Darlehen unterschiedlich zu gestalten. Es haften derzeit etwa 150 Milliarden Schilling an langfristigen Wohnbauförderungsdarlehen aus, und wenn es gelingt, einen Teil davon vorzeitig zurückzuführen, wäre das eine Möglichkeit, zusätzliche Mittel in die Wohnbauförderung in den nächsten Jahren einfließen zu lassen. Ich glaube, daß wir darüber hinaus jene Phantasie aufbringen sollten, die auch in der Nachkriegszeit und in der Zeit des Wiederaufbaues gefunden wurde, nämlich unter Umständen auch die Form einer entsprechend sich selbst tragenden Wohnbauleihe zu diskutieren. Ich bin allerdings, Herr Abgeordneter Loidl, davon überzeugt, daß diese Fragen gesamtösterreichisch gelöst werden müssen. Zum Teil ist es ja überhaupt nur mit entsprechenden Änderungen im Wohnbauförderungsgesetz möglich, und es sind letztlich Fragen, die die Wohnbaufinanzierung insgesamt betreffen. Ich kann mich daher der Bemerkung nicht anschließen, die Sie gestern in der Generalrede gebraucht haben, ich habe das wörtlich mitnotiert –, indem Sie gesagt haben: Der Bund komme seiner Verpflichtung nach, und es gelte nun im Land, sich etwas einfallen zu lassen. Wir haben uns schon mehr einfallen lassen, als unsere Pflicht ist. Die Pflicht müssen wir sowieso auch erfüllen, aber es ist auch die Aufgabe des Bundes genauso wie der Länder, sich zu überlegen, wie wir hier eine verbesserte Form der Wohnbaufinanzierung in Zukunft möglich machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin auch überzeugt davon, wenn man gewillt ist – und die Besprechung am 23. September war ein Ansatzpunkt in diese Richtung –, miteinander zu diskutieren, miteinander nach Lösungen zu suchen, daß wir die auch finden werden. Die Zeit drängt

allerdings, denn wir müssen ja im Laufe des ersten Halbjahres 1986 zu jenen Voraussetzungen kommen, damit sich das dann auch bei der Programmerstellung für 1987 entsprechend niederschlagen kann.

Ich darf nun auch abschließend meinerseits den Dank aussprechen, den mein Kollege Dipl.-Ing. Hasiba bereits hier bekundet hat, nicht nur in unserer Zusammenarbeit, sondern mein Dank gilt natürlich auch allen, die im Wohnbauförderungsbeirat mitwirken, damit wir eine gemeinsame Wohnbauförderung in der Steiermark realisieren können. Der Dank gilt natürlich allen Mitarbeitern der Rechtsabteilung 14 und allen, die in dieser Aufgabenstellung befaßt sind. Ich danke den Bauträgern, den Wohnbaugenossenschaften – es ist vielleicht ungewöhnlich, weil sie ja bisher eher Gegenstand der Kritik waren. Ich sage es bewußt: Wir haben in der Steiermark erfreulicherweise Wohnbauträger, die gut und ordentlich arbeiten, größere und kleinere, und wir wollen das auch in Zukunft so haben. Ich danke den Einrichtungen, die der Kontrolle im Wohnbau dienen, dem Revisionsverband ebenso wie insbesondere dem Landesrechnungshof, der uns viel geholfen hat, entsprechende Verbesserungen im Detail in der Förderungsabwicklung möglich zu machen, im Interesse der Wohnungswerber und im Interesse des Steuerzahlers. Ich bin überzeugt, daß wir diesen Weg auch weiterhin gemeinsam erfolgreich gehen können. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Abg. Prensberger:** Frau Präsident!

Ich wiederhole meinen Antrag, die Gruppe 4 zu genehmigen.

**Präsident Zdarsky:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 4 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5, Gesundheit.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Günther Horvatek. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Horvatek:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 umfaßt in den Abschnitten 51 bis 58 die Ansätze für den Gesundheitsdienst, den Umweltschutz, den Rettungs- und Warndienst, die Ausbildung im Gesundheitsdienst, die Leistungen des Gesellschafterzuschusses an die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft, die Heilvorkommen und Kurorte und jene für die Veterinärmedizin sowie die Beiträge für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.

Die Einnahmen für die Gruppe 5 sind im Voranschlag für das Jahr 1986 mit 2.259.563.000 Schilling und die Ausgaben mit 4.250.107.000 Schilling präliminiert. Diese gravierenden Änderungen gegenüber dem Vorjahr sind bedingt durch den Übergang von einer Brutto- auf eine Nettoverrechnung wegen des Gesellschafterzuschusses sowie der notwendigen Personal-

kostenrefundierung, die sich in der Gebarung erstmals widerspiegeln.

Ich stelle den Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser vom Ausgabenvolumen her zu den größten, aber auch wichtigsten Gruppen des Voranschlags zählenden Gruppe für das Gesundheitswesen Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident Zdarsky:** Als erstem Debattenredner zur Gruppe 5 erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ritzinger das Wort.

**Abg. Ritzinger:** Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Land Steiermark hat schon immer den Fragen des Umwelt- und Naturschutzes große Aufmerksamkeit geschenkt, aber das Jahr 1985 verdient einen Rückblick, und zwar deshalb, weil im Jahr 1985 in den Fragen des Umwelt- und Naturschutzes ein paar wesentliche Akzente gesetzt wurden. So wurde im Jänner - wie Sie wissen - nach der Tätigkeit des noch immer tätigen Landeshygienikers Dr. Möse und des Umweltschutzkoordinators Hofrat Dr. Rupprecht erstmals ein Umweltschutz-Landesrat in der Person unseres Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Riegler vom Herrn Landeshauptmann und der Landesregierung bestellt. Das erste war, daß sich dieser neue Landesrat sofort den wesentlichen Aufgaben gewidmet hat. Sie erinnern sich, es wurde ein Mur-Gipfel einberufen, um endlich einmal die Frage der Sanierung unseres steirischen Hauptflusses, nämlich der Mur, in Angriff zu nehmen. Meine Damen und Herren, ich kann nicht umhin, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Herren der sozialistischen Fraktion in diesem Landtag 1974 das „Jahr der Mur“ erklärt haben, und dann ist ja zehn Jahre lang außer Ankündigungen nicht viel geschehen, und (Abg. Brandl: „Da habt ihr nicht mitgetan!“) erst 1985 hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler diese Frage in Angriff genommen. Er hat den Mur-Gipfel einberufen - wie Sie wissen -, und was ist herausgekommen? Im wesentlichen ist dabei herausgekommen, daß eine Überprüfung bereits ergeben hat, daß innerhalb relativ kurzer Zeit die Qualität der Mur besser geworden ist, und zwar um eine halbe Güteklasse. (Abg. Ofner: „Das stimmt nicht! Nach wie vor die schlechteste Wassergüte!“) Herr Kollege Ofner, mir stehen andere Daten zur Verfügung als Ihnen. Jedenfalls ist es besser geworden. Allerdings - und das muß man ganz offen sagen - wird der entscheidende Schritt sicher erst in den nächsten Jahren erfolgen, weil man erst dann von einer besseren Qualität der Mur sprechen kann, wenn vor allem die Papier- und Zellstoffindustrie ihren Beitrag leistet, nämlich die Klärung ihrer Gewässer. Die Kosten für diese Mur-Sanierung betragen etwa 1,5 Milliarden Schilling. Dasselbe gilt natürlich auch für die Raab. Was bedauerlich ist, ist, daß die Stadt Graz hier sehr langsam voranschreitet und der Herr Bürgermeister Stingl davon spricht, daß er 800 Millionen Schilling für seinen Beitrag braucht, um die Mur-Qualität zu verbessern, daß er sich dazu aber einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren vorstellt.

Meine Damen und Herren! Sehr erfreulich ist es auch - und das darf ich in diesem Zusammenhang einflechten -, daß sich vor allem in letzter Zeit die Bauernschaft und die Kammer für Land- und Forstwirt-

schaft auch der Frage der Wasserqualität widmen und ein besonderes Augenmerk dorthin richten. Nicht so erfreulich und kaum ein bewältigbarer Aspekt ist die gesamte Frage der Müllbeseitigung in unserem Lande. Es ist zwar auf diesem Sektor bereits einiges geschehen, aber nach wie vor ist die Frage des gesamten Müllproblems im Lande nicht zufriedenstellend. So fallen jährlich in der Steiermark etwa 209.000 Tonnen Hausmüll an und - wie wir wissen - will niemand eine Mülldeponie im eigenen Bezirk haben. Die Stadt Graz führt ihren Müll auch weg, und außerdem schlummern noch Deponien, die bis heute wohl registriert sind, aber einer dringenden Sanierung bedürfen, nämlich die Altdeponien. Alles zusammen, wenn man sich vorstellt, daß zwischen 400 und 500 Altdeponien im Lande da sind, daß zwar im großen und ganzen derzeit eine Lösung für die Müllfrage im Lande gegeben ist, aber auf lange Sicht damit nicht das Auskommen gefunden wird, so ist die Müllfrage eines der brennendsten Probleme. Ich glaube, dazu sollte man auch ein paar Aussagen treffen. Die erste Aussage dazu ist, daß man sicher gut daran tut, nach folgendem Grundsatz vorzugehen, nämlich daß alle Regionen für die Verwertung des Mülls, den sie aufbringen, selbst zu sorgen haben. Es ist nichts einzuwenden dagegen, wenn sich ein oder zwei Regionen zusammenschließen. Aber auf die Dauer ist es einfach untragbar, daß der Müll von einem Eck ins andere oder gar ins Ausland exportiert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Die zweite Frage ist sicher, daß wir der Frage der Müllverwertung und Müllvermeidung unser besonderes Augenmerk widmen müssen. Erst wenn wir diese Frage einwandfrei lösen, können wir sozusagen mit einer Lösung des Gesamtproblems rechnen. Meine Damen und Herren, ich glaube, eines muß man auch zugeben. Wir haben in der Steiermark, in ganz Österreich der Frage der Müllverwertung auf technischem und wissenschaftlichem Sektor viel zuwenig Augenmerk gewidmet. Und es ist voreilig, wenn ich höre, daß vor ein paar Tagen in Murau die Vertreter der Länder Salzburg, Kärnten, Oberösterreich und Steiermark - ich glaube, es war Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler dabei - zusammengekommen sind, um hier bei einer Kompostierung diesem Müll und diesem Kompostierungsabfall ein Qualitätspickerl zu geben, damit dieser wieder quasi der Wiederverwertung und der qualitativen Wiederverwertung zugeführt werden kann, da ansonsten unsere Hygienisierungsanlagen überquellen und es letzten Endes nur bei einer Zerstückelung oder Verkleinerung, wenn man die Dinge genau ansieht, bleibt. Große Sorge - und das darf ich hier besonders herausheben - bereitet uns nach wie vor die Beseitigung des Sondermülls. Und hier, meine Damen und Herren, frage ich mich, warum wir bereits jahrzehntelang einen Gesundheits- und Umweltschutzminister haben. Ich getraue mir, vorweg schon heute festzustellen, es wäre gescheitert, er wäre schon lange - der Herr Dr. Steyrer, ihn meine ich nämlich - zurückgetreten und hätte sich stärker um die Präsidentschaftskandidatur gekümmert, weil für den Müll und die ihm übertragenen Aufgaben hat er nichts übrig und bringt nichts weiter! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister Dr. Steyrer ist ein Papiertiger, würden die Chinesen sagen. Ich sage Ihnen gleich, warum. Er hat nämlich

nichts zustandegebracht (Abg. Sponer: „Das ist nicht objektiv!“), er hat die Kompetenzen auf sich genommen, er hat dann ein Sonderabfallbeseitigungsgesetz erlassen und hat sich darin eine zweijährige Frist gesetzt – wenn man sich vorstellt, ein Sonderabfallbeseitigungsgesetz vorzulegen. Was ist geschehen? Am Papier hat man sich jetzt sozusagen ein Konzept zurechtgelegt, das noch gar nicht veröffentlicht wurde, dann hat man immer wieder in der Zeitung gelesen, daß dort und da in der Steiermark eine Deponie sein soll oder errichtet werden soll. Und was ist geschehen? Man will – soweit hört man es zumindest – den Schwarzen Peter wieder den Ländern zurückspielen, die sollen für die Deponie Sorge tragen, und der Bund wird seiner Aufgabe nicht gerecht. Was geschieht? Nach wie vor hat man dafür an und für sich keinerlei Konzept. Es fallen in Österreich etwa 100.000 Tonnen jährlich an, 40.000 Tonnen werden etwa bei den Entsorgungsbetrieben in Simmering – und da muß man den Wienern sogar verantwortlich sein – entsorgt, und der Rest wird exportiert, meistens in die DDR und nach Ungarn. Meine Damen und Herren, auch hier ist für Österreich eine Frage der Moral enthalten. In den Ländern, die diesen Müll heute abnehmen, gibt es keine demokratischen Verhältnisse, daß sich die Leute dort mit Bürgerinitiativen gegen den importierten Sondermüll überhaupt wehren können. Ich glaube, auch hier haben wir eine moralische Aufgabe zu erfüllen. Und wenn der Herr Gesundheitsminister schöne Worte heute als Präsidentschaftskandidat spricht, dann soll er sich auch als solcher diese Frage vor Augen und den Spiegel vors Gesicht halten. (Abg. Brandl: „Das ist nur politische Gehässigkeit! Gezielte politische Gehässigkeit!“) Das ist keine politische Gehässigkeit! Es ist auf weiter Front ein Versagen. Er ist nichts anderes als ein Papiertiger, und geschehen ist nichts, gar nichts! Wir stehen vor dem gleichen Beginn wie vor zwei Jahren, alles nur am Papier, und die Realisierung wartet, und die Uhr tickt, weil gerade in der Frage des Sondermülls ein sehr wesentlicher Schritt gemacht werden sollte.

Meine Damen und Herren, wenn ich vom Jahre 1985 spreche, dann habe ich sicher ein Recht und die Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß im Rahmen des Modells Steiermark die Österreichische Volkspartei für dieses Land einen Kompaß in allen Fragen des Umwelt- und Naturschutzes mit der Verkündung des weiß-grünen Manifestes gegeben hat. (Abg. Brandl: „Kompaß ohne Richtung!“) Ich weiß, ich vermisse es. Sie haben zwar einen Umweltschutzminister. Sie haben weder ein Konzept, noch haben Sie sonst etwas anzubieten. Sie haben ein „Jahr des Waldes“ verkündet. 300 Millionen jährlich macht der Schaden im Walde aus! Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich mich sofort am „grünen Manifest“ der Volkspartei anhängen, wie Sie es bei anderen Dingen immer wieder erfolgreich tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, auch eine weitere Initiative möchte ich anführen: Die Frage des Klärschlammes und die Wiederverwertung desselben und Rückführung ist bis heute nicht gelöst. Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat hier eine Klärschlammkommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, innerhalb von 15 Monaten ein Konzept vorzulegen. Hier sind Ziviltechniker und die Kammern und auch die Beamten unseres Landes mit dieser Frage befaßt, und ich

möchte hervorheben, daß das eine ganz wichtige Initiative des Landes ist, weil auch hier bisher keine ordentlichen Lösungen, weder vom Bund noch von sonst wo, angeboten wurden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch Dank sagen für die Initiative der Gründung des Umweltfonds. Hier füllt die Steiermark eine Lücke, dort einzusetzen, wo der Bund die Finanzierung nicht übernimmt. Es ist nun so weit, daß die Geschäftsordnung fertig ist, daß ein Fachbeirat vorgesehen ist, ein Präsidium. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Umweltfonds in Kürze seine Aufgaben voll und ganz erfüllen wird. Ein weiterer erfreulicher Meilenstein ist die heuer beschlossene – da haben Sie alle mitgestimmt – Naturschutznovelle. Zum Naturschutz zählt auch die Jagd, ich erwähne auch die Jagdschutznovelle letzten Endes. Und, meine Damen und Herren, was ich ganz erfreulich finde, ist sozusagen die große Initiative, die von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth und Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler in der Frage des Nationalparks gesetzt wurde. Hier sind heuer ganz große Akzente gesetzt worden, und zwar mit dem Beginn der Aussprache mit den Verantwortlichen der Kammern und der betroffenen Gemeinden, beim Bürgermeister Kröll und im Raume Schladming – Gröbming; auch bei uns im oberen Murtal mit den Gemeinden Krakauschatten, Krakauhintermühlen, Krakaudorf und auch mit der Gemeinde Schöder. Wir sind dann gemeinsam nach Rauris gefahren, und zwar die betroffenen Bauern aus dem Ennstal und dem Murtal und die Bürgermeister, und haben dort an Ort und Stelle gemeinsam mit den Regierungsverantwortlichen, dem Abgeordneten Schwab, dem Abgeordneten Kröll, dem Kollegen Dipl.-Ing. Schaller und mit vielen Bürgermeistern und Grundbesitzern – es waren über 100 Personen –, die Frage des Nationalparks „Hohe Tauern“ studiert. Wir sind dort mit offenen Armen aufgenommen worden, und die Unterstützung, die uns seitens des Landes Salzburg hier entgegengebracht wurde, war erfreulich.

Eines, glaube ich, sollte man bei dieser Frage kurz herausstellen: Die Salzburger haben diese Frage zufriedenstellend gelöst, und zwar warum? Weil sie die Grundbesitzer überwiegend in die Entscheidungsprozesse eingepflanzt und eingebaut haben.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, eine Aussprache sowohl im Ennstal als auch jetzt im Murtal mit den Grundbesitzern hat positive Aspekte gezeigt. Derzeit wird ein Grundlagenkatalog durch das Architektenbüro Falch erarbeitet, und ich bin persönlich von dieser Idee und von der Vorgangsweise begeistert, und ich möchte nochmals herausstreichen: Wenn es gelingt, die Grundbesitzer einzubauen, wenn es gelingt, ihnen deutlich zu machen, daß das nicht nur ein materieller Vorteil, sondern auch ein ideeller Vorteil ist und daß sie es sind, die dem Lande und der ganzen Bevölkerung ein Naturjuwel anzubieten haben und in der Entscheidung gefragt werden, dann werden wir dieses Ziel erreichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber auch hier ist es so, daß leider – und es haben ja schon einige Schreiben von Graz nach Wien und von dort zurück die Besitzer gewechselt – dieser berühmte Umweltminister Dr. Steyrer keinen Beitrag für so etwas leisten will, obwohl dies ein Nationalpark für ganz Österreich ist.

In diesem Sinne – glaube ich – können wir sagen, das Jahr 1985 war für die steirische Landespolitik, für dieses Land und für die Bevölkerung ein Erfolg im Umwelt- und Naturschutz. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Halper hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Halper:** Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Mein Vorredner, der Herr Kollege Ritzinger, hat auch die Probleme der Mur angeschnitten. Nun, ich meine, diese Mur hat ja kein Mascherl. Wir wollen keine rote Mur und schon gar nicht eine schwarze Mur. Das, was wir wollen, ist eine grüne Mur, ein sauberes Murwasser. Und Sie können hier nicht leugnen, geschätzte Damen und Herren der ÖVP, daß eben die erste Initiative in Richtung sauberer Mur der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross gesetzt hat, und jede weitere Initiative im Sinne einer grünen Mur kann nur positiv sein.

Ein Zweites: Müllentsorgung.

Man hat fast den Eindruck, daß die Müllweisheit Sie verfolgt, aber Sie sind in jedem Punkt immer etwas schneller. Nämlich, die bloße Ankündigung, daß Müllentsorgungspläne zu schaffen wären, das ist ja im Abfallbeseitigungsgesetz seit zehn Jahren begründet. Wir haben es uns bisher ja einfach gemacht, wir haben die gesamte Verantwortung in den Schoß der Gemeinden delegiert und den Gemeinden die Lösung dieses Problems überlassen.

Ein Drittes: Ich meine auch, daß – und diese Frage ist hier vielleicht etwas polemisch angeschnitten worden – die Präsidentschaftswahl ihre Zeichen zeigt – das ist sicher richtig – und daß eine Hektik entwickelt wird, aber ich glaube, wir sind zuversichtlich, daß die gute Arbeit des Gesundheits- und Umweltschutzministers Dr. Steyrer sich in Europa und in Österreich sehen lassen kann. Wir haben wirklich Pionierarbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes in Österreich und in Europa geleistet, und da ist einer der Pioniere unser Gesundheitsminister Dr. Steyrer. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur eines noch dazu: Wenn wir so viel vom Waldsterben reden, besteht echt die Gefahr, daß Sie durch Ihr Zerreden ein „Waldheim-Sterben“ verursachen. Das ist aber ein Problem, das Sie zu lösen haben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das war ein feiner Gag!“)

Geschätzte Damen und Herren! Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, die Verbesserung der Luftgüte gehören sicherlich zu den vordringlichsten Aufgaben der Politik der Gegenwart. Dies nicht nur angesichts der zunehmenden Waldschädigung in Mitteleuropa, sondern im besonderen auch aus dem zutreffenden Aspekt der Gefährdung der Gesundheit der Menschen unseres Landes. Gerade in der Region Voitsberg-Köflach, die zu den luftgeschädigten Regionen der Steiermark gehört, schätzt man wirklich alle Maßnahmen, deren Zielsetzung die Verbesserung der Luftqualität ist.

Geschätzte Damen und Herren, zur Ausgangsposition:

Wir haben in der Weststeiermark die höchsten Schadstoffwerte bei der Luft, wir sind in Luftgüte-

klasse III eingestuft, und zweitens haben wir das höchste Krebsrisiko bei Erkrankungen der Atmungsorgane (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Was ist mittlerweile geschehen?“) in der Steiermark. Ich komme schon darauf hin, und ich werde auch erwähnen, was mittlerweile geschehen ist.

Es war eine Unzahl von Maßnahmen, die in den letzten Jahren entscheidend zu einer Verbesserung der Luftqualität und damit der Lebensqualität in unserer Region beigetragen haben. Ich stelle erfreut fest, daß es im Akkord von Bundes- und Landesstellen gelungen ist, diese geforderten Zielsetzungen zur Verbesserung der Lebensqualität zu erreichen. Wir schätzen deshalb alle Initiativen des Bundes, aber auch des Landes, die zu einer Verminderung des Schadstoffanteiles von SO<sub>2</sub>, Kohlenwasserstoffen, Blei und DNOX in der Luft beitragen. Von der Seite des Bundes sind dies:

Erstens: die Einführung des bleifreien Benzins ab 1. Oktober dieses Jahres.

Zweitens: die staatliche Förderung bei Katalysatoren zur Reduktion der Schadstoffe bei Pkw und nun auch bei Lkw.

Drittens: die Einführung und Installation des Umweltfonds, der unbürokratisch Finanzhilfe in Form von Zinsstützungen für kleine Gewerbebetriebe genauso gewährt wie an Großunternehmen.

Viertens: die Beschlußfassung der zweiten Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz und die damit nun auch beginnende Diskussion zur dritten Durchführungsverordnung zum Bundesluftreinhaltgesetz, das auch die festen Brennstoffe beim Hausbrand einer Schadstoffbegrenzung zuführen sollte.

Fünftens: weniger Schwefel im Heizöl.

Geschätzte Damen und Herren! In Rekordzeit wurde in Österreich in den letzten Jahren auch die Schwefelreduktion im Heizöl durchgezogen. In Gesamtösterreich wurden damit SO<sub>2</sub>-Emissionen von 440.000 Tonnen auf 290.000 Tonnen pro Jahr gesenkt. Ein Stufenplan sieht eine weitere Senkung vor. Diese Maßnahmen – und Österreich ist dank der Initiative der Bundesregierung ein Umweltpionier in Europa – lassen sich leicht fortsetzen. Kampf um sauberes Wasser, Aktion saubere Flüsse, Waschmittelgesetz, Sonderabfallbeseitigungsgesetz, Lärmbekämpfung usw. Aber auch die Initiativen des Landes bei der finanziellen Hilfestellung von Luftgütemeßgeräten, zum Beispiel in Köflach, oder der Erstellung eines Landschaftsrahmenplanes zur Rekultivierung der Abraumbalden der GKB im Bezirk Voitsberg will ich positiv erwähnen.

Nun aber, geschätzte Damen und Herren, zum Einzelnen. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Luftqualität war im Bezirk Voitsberg zweifelsohne die 90prozentige Entschwefelung des Kraftwerkes ÖDK III. Nun soll aber auch noch die Entstickung – 80 Prozent sind vorgesehen – in den nächsten Jahren erfolgen. Die dafür erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet worden. Was bedeutet dies? Erstens eine Verbesserung der Luftqualität und zweitens Sicherung der Arbeitsplätze im weststeirischen Bergbau.

Ein Zweites: Landschaftsrahmenplan für die Region Köflach-Voitsberg. Ausgehend vom steirischen Raumordnungsgesetz wird nunmehr im Schoße des Regio-

nalverbandes Köflach gemeinsam mit der Fachabteilung Ib erstmals ein modellhafter Landschaftsrahmenplan erstellt. Dazu die Vorgeschichte: Durch die Erschließung des Großtagebaues der GKB in Oberdorf wollte man das Abraummateriale in der Größenordnung von 130 Millionen Kubikmeter Erdreich in die ehemalige Tagbaumulde des Karlschacht-Tagbaues kippen und darüber einen Berg in der Höhe von 60 Metern mit einer Seitenlänge von eineinhalb Kilometern errichten. Was hätte dies bedeutet? Eine Verschlechterung der Inversionslage und damit eine entscheidende Verschlechterung der Luftqualität. Gemeinsam mit dem Regionalverband Köflach und der Fachabteilung Ib – und hier ist ehrlich ein Wort des Dankes an Herrn Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Hasewend und seine Mitarbeiter zu richten – konnte nunmehr ein Landschaftsrahmenplan erstmals in Österreich erstellt werden, der uns regional folgende Chancen bietet:

Wir können wieder wertvolles Bauland, Ackerland und Grundland gewinnen. Eine einmalige historische Chance, wieder Grund und Boden zu vermehren, und wir können die geschaffenen Ebenen wieder nützen.

Nun aber zu einem dritten und sehr entscheidenden Problem. Im Bemühen, die Luftqualität der Stadt Köflach zu verbessern, hat der Gemeinderat der Stadt Köflach einstimmig beschlossen, eine flächendeckende Erdgasversorgung zur Verminderung der Schadstoffbelastung durch den Hausbrand durchzuführen. Dies deshalb, weil trotz langem Bemühen die STEWEAG nicht bereit war, eine Fernwärmeversorgung für Köflach, Rosental und Maria Lankowitz durchzuführen. Danach gab es ein Aufraunen, und die Bezeichnung „Schildbürgerstreich“ ist gefallen, heftige Debatten hier im Landtag, und ich meine und bin froh, daß wir in dieser Situation nicht Emotionen weiterspielt haben, sondern daß die Vernunft gesiegt hat. Ich erinnere mich sehr positiv an die Gespräche mit Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller in der STEWEAG, und es war eine schwere Geburt – ich akzeptiere es für die STEWEAG – und es war auch eine überaus schwere Entscheidung, nämlich das Drängen um Verbesserung der Luftqualität und die betriebswirtschaftliche Tangente, inwieweit ein solches Fernwärmevertriebsnetz sich auch betriebswirtschaftlich rentiert. In dieser Situation, geschätzte Damen und Herren, ist uns die Erlassung der Verordnung zum Stadterneuerungsgesetz ab 1. Jänner 1985, das sogenannte Assanierungskonzept, und der Abschluß der Vereinbarung Bund-Land zum Fernwärmeförderungsgesetz, eine Zinsstützung im Verhältnis drei zu eins, entscheidend entgegengekommen. Was sieht nun die Verordnung zum Stadterneuerungs- und Assanierungsgesetz des Bundes Entscheidendes vor, und wo ist die entscheidende Hilfe?

Gemeinden und Gemeindefonds können Beihilfen für besonders luftgeschädigte Gebiete zur flächendeckenden Fernwärmeversorgung in der Höhe von 70 Prozent der Anschlußkosten, darüber hinaus auch für Planung, Berechnung und Beratung zur Stadterneuerung, erhalten. Das war die entscheidende Hilfe, nämlich die hohen Anschlußkosten zur Fernwärme zu senken und sie für den Konsumenten in erschwingliche Bereiche zu bringen.

So war es notwendig, geschätzte Damen und Herren, um dieses Ziel der flächendeckenden Fernwärme- und

Energieversorgung zu erreichen, Service und Beratung durch die Gründung einer Assanierungsgesellschaft in den Vordergrund zu stellen. Ich meine, deshalb erwähne ich es, daß dieser Schritt modellhaft sicher für Österreich ist. An dieser Assanierungsgesellschaft beteiligen sich die Stadt Köflach, die STEWEAG und Rechtsanwalt Dr. Hohenberg. Ich glaube also, daß es uns nunmehr gelungen ist, nach mehr als fünfjährigem Bemühen, Fernwärme nach Köflach zu bringen, und es im Akkord mit STEWEAG, Bund, Land und Stadtgemeinde verwirklicht worden ist. Und hierfür sei allen Beteiligten, Landeshauptmannstellvertreter Gross, Landeshauptmann Dr. Krainer, Landesrat Dr. Klausner, Landesrat Dr. Helmut Heidinger und der STEWEAG gedankt, daß dieses Projekt verwirklicht werden konnte und daß wir seit 1. November dieses Jahres in Köflach auch Fernwärmeversorgung genießen können.

Nun aber noch zu einem letzten und vierten Problembereich aus dem Bereich des Umweltschutzes, der seine Kreise bestimmt auch durch die ganze Steiermark ziehen wird, aber auch durch den Bezirk Voitsberg, jedoch für unsere Region zu einem Teufelskreis werden kann. Im Zuge der Bemühungen, geschätzte Damen und Herren, die Luftqualität zu verbessern, sind nunmehr schon entscheidende Schritte gesetzt worden. Es fehlt aber der vierte entscheidende Bereich, der Bereich des Hausbrandes. Die Reduzierung des Schadstoffgehaltes in festen Brennstoffen – wenn man mehrere Schadstoffe hätte, dann hätte man Gehälter – falsch ausgedrückt, ich habe das nicht akademisch studiert –, der Hausbrand ist also bei der SO<sub>2</sub>-Schadstoffbelastung der zweitgrößte Emitent nach der Industrie mit insgesamt 28 Prozent Anteil. In manchen Regionen macht dieser Anteil bis zu 50 Prozent aus, so auch im Bezirk Voitsberg. Deshalb bemühen wir uns auch um die flächendeckende Fernwärme. Deshalb war es auch aus der Sicht des qualifizierten Umweltschutzes naheliegend, auch den Schwefelgehalt von festen Brennstoffen, insbesondere von Kohle, im besonderen Braunkohle, zu begrenzen. Die derzeitige Diskussion einer Novelle zum Steiermärkischen Luftreinhaltegesetz, nämlich die Höchstwerte für den Schwefelgehalt in Braun- und Steinkohle zu beschränken, derzeit sind Grenzen in der Größenordnung von 0,3 Milligramm SO<sub>2</sub> je Megajoul bis 0,5 Milligramm SO<sub>2</sub> je Megajoul im Gespräch. Die Beschlußfassung dieser Verordnung würde bedeuten, daß mindestens 250.000 Tonnen weststeirische Braunkohle unverkäuflich werden, oder anders ausgedrückt, die Verabschiedung dieser Novelle ohne Konsensfindung würde bedeuten, daß 400 Bergarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Dies würde für unsere Region, die ohnehin schon von Krisen erschüttert ist, einer Katastrophe gleichkommen. Bei aller anerkannter Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Luft bitte ich, diese soziale Tangente zu berücksichtigen, aber auch zu berücksichtigen, daß eine Einschränkung des Verkaufes an Braunkohle nur den Einkommenschwächeren treffen würde. Ich ersuche Sie deshalb im Interesse der weststeirischen Bergarbeiter um einen für alle Seiten vertretbaren Kompromiß.

Geschätzte Damen und Herren! An den dargelegten Beispielen habe ich aufgezeigt, daß bei einigem Willen von Bundes-, Landes- und Gemeindestellen am Beispiel der Region Voitsberg-Köflach in konzentriertem

Einsatz aller Instrumentarien zur Reinhaltung der Luft in kurzer Zeit auch positive Erfolge zum Wohle der Bevölkerung zu erzielen möglich ist. In dieser Gesinnung ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Rader:** Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Der Umweltbereich ist jedes Jahr schwerpunktmäßig in dieser Debatte an der Spitze, und er hat nichts an Aktualität verloren, wie er schon vor 750 Jahren aktuell war. Damals hat nämlich Kaiser Friedrich II. im Jahr 1231 – also vor mehr als 750 Jahren – das erste Umweltschutzgesetz des Abendlandes erlassen, und zwar – ich zitiere wörtlich –: „Wir sind bestrebt, die uns durch Gott geschenkte Gesundheit der Luft durch unsere Vorsorge, soweit das möglich ist, rein zu erhalten. Wir verfügen deshalb, daß es niemandem gestattet ist, in Gewässern, die weniger als eine Meile von einer Ansiedlung entfernt liegen, Flachs oder Hanf zu wässern, weil dadurch die Beschaffenheit der Luft ungünstig verändert wird.“ Sehen Sie, meine Damen und Herren, wie einfach und wie klein die Probleme vor 750 Jahren waren. Man hat sie damals schon begonnen zu lösen, und man ist bis heute eigentlich noch nicht zu Rande gekommen, weil sie immer größer geworden sind.

Es gibt in der Umweltpolitik im wesentlichen manchmal zwei Extreme, die sich gegenüberstehen. Das eine Extrem vertritt den extremen Pessimismus unter dem Motto: „Was immer wir an Maßnahmen versuchen, es ist ohnehin schon zu spät. Wir werden die Probleme nicht lösen können, und was immer wir tun – es ist nur eine Verlangsamung des Ablaufes.“ Das andere ist der extreme Optimismus, der so tut, als ob er über Nacht alles beseitigen könnte, was sich in der Vergangenheit entwickelt hat. Ich würde da eher einen Mittelweg gehen, der sich ja Gott sei Dank auch in der Politik immer mehr durchsetzt und den die Anthropologin Margret Mead so interessant formuliert hat – und das vielleicht als Ansatzpunkt. Sie sagte: „Am meisten Hoffnung gibt uns die Tatsache, daß wir noch da sind. Wir haben nämlich die Fähigkeit erlangt, Planeten zu zerstören, und wir haben es nicht getan. Je länger wir es nicht tun, umso besser sind die Aussichten.“

Meine Damen und Herren! Nach dieser kleinen Einleitung erlauben Sie mir einen kleinen Streifzug über die Umweltproblematik, die sich seit der letzten Budgetdebatte zur heutigen entwickelt hat. Ich beginne mit dem, was der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann im letzten Jahr in seinem Beitrag zur Umweltpolitik gesagt hat, indem er die drei Säulen der Umweltpolitik des Landes Steiermark aus seiner Sicht formuliert hat:

Erstens: die Installierung eines Umwelt-Landesrates.

Zweitens: die Schaffung eines steirischen Umweltgesetzes.

Drittens: die Schaffung eines steirischen Umweltfonds.

Der Umwelt-Landesrat ist jetzt ein Jahr tätig, und es sei ihm zugestanden, daß er sich im Rahmen der Möglichkeiten sehr bemüht. Das Umweltgesetz gibt es

im Entwurf, es wird uns aber in Wahrheit nicht sehr viel weiterbringen. Ich würde es in jenen Bereich der Plakatgesetze, die man nur beschließt, um sagen zu können, daß man sie hat, einreihen wollen. So zum Beispiel – und da gibt es sehr viel Plakatives drinnen – der geplante Umweltschutzanwalt. Ich zitiere Ihnen einen Zeugen, der das ebenso skeptisch sieht wie ich, der uns bei Gott nicht zugeordnet ist, nämlich zitiere ich aus einer Stellungnahme der Stadt Graz zu dem geplanten Umweltgesetz, wo man sich sehr skeptisch äußert: „Was die vorgesehene Stellung des Umweltschutzanwaltes anlangt,“ – so heißt es hier – „der offenbar als eine Art Ombudsmann in Umweltschutzangelegenheiten der Landesvollziehung agieren soll, ist hervorzuheben, daß durch das Bundesgesetz über die Einrichtung der Volksanwaltschaft, das neu eingerichtete Bürgerservice des Landes Steiermark und letztendlich die durch Bundesgesetz in Aussicht genommene Auskunftspflicht die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung von jedem hinterfragt werden kann, weshalb die Schaffung einer weiteren Kontrollstelle für die Landesvollziehung im Effekt bezweifelt werden muß.“ Ich befürchte, meine Damen und Herren, wir werden bald beginnen müssen, Auskunftsstellen einzurichten, die den Menschen erklären, welche Auskunftsstelle im konkreten Fall für sie zuständig ist, ganz einfach, weil wir zu viele einrichten. Ich verstehe, daß man natürlich versuchen möchte, plakativ möglichst viele Dinge einzurichten, nur in Wahrheit wird es nur mehr zur Verwirrung dienen als zur Klarstellung.

Schlußendlich zum Umweltfonds: Ich darf mich beim Herrn Abgeordneten Ritzinger herzlich für den Dank bedanken, den er für die Initiative zum Umweltfonds ausgesprochen hat. Ich kann mich nämlich dumpf erinnern, daß wir im Jahr 1983 anlässlich der Budgetberatungen einen Antrag eingebracht haben, der vorgesehen hat, daß ein Umweltfonds nach dem Muster des damals schon bestehenden Umweltfonds der Bundesregierung eingerichtet wird, der damals allerdings von den beiden in der Landesregierung vertretenen Parteien abgelehnt wurde, um ein Jahr später wieder aufgegriffen zu werden. Ich will mich über die Vaterschaft nicht streiten. Tatsache ist jedenfalls, daß niemand so tun sollte, als ob er ihn allein erfunden hätte. Wir haben ihn schlußendlich aus anderen Bereichen abgeschaut. Aber vielleicht könnte man auch hier einen Schritt weitergehen und versuchen, wirklich zu koordinieren und diese beiden Umweltfonds nicht in Konkurrenz zu setzen, sondern koordiniert vorzugehen. Immerhin gibt es ja die Möglichkeit, genau abzuschätzen, welche Förderungen seitens des Umweltbundesfonds gemacht werden, um hier ergänzend einzugreifen.

Ich glaube nur, meine Damen und Herren, daß wir uns vor spektakulären Erklärungen im Zusammenhang mit diesem Umweltfonds und seiner Finanzierung hüten sollten. Eine dieser spektakulären Erklärungen, die sicher hohes Echo erzielt haben, aber schlußendlich zu nichts führen werden, war die Ankündigung, an die ÖDK-Aktien der Steiermark zu verkaufen, um damit den Fonds zu füllen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, um etwas verkaufen zu können, braucht man auch einen Käufer, und im wesentlichen kommen zum Ankauf der steirischen Anteile der ÖDK-Aktien nur in Frage: Die Republik

Österreich – die tut es nicht –, das Land Kärnten – das tut es auch nicht, weil das seine Anteile soeben an die KELAG verkaufte, und zwar vor einigen Wochen – und dann schließlich die KELAG, die sie nicht kauft, weil sie dafür kein Geld hat und weil sie schon hohe Probleme hatte, die kleinen Anteile des Landes Kärnten anzukaufen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Kollege Mag. Rader, Sie sollten mit so apodiktischen Erklärungen für Institutionen, die Sie selber nicht repräsentieren, zurückhaltend sein. Wir werden Ihnen einen ganz aktuellen Brief in dieser Sache vorlesen!“) Das interessiert mich sehr. Ich habe überhaupt nicht apodiktisch selbst erklärt, sondern ich habe damit inhaltlich, Herr Landeshauptmann, jemanden zitiert, der sehr wohl ein Beherrschungsverhältnis hat, nämlich Ihren Kärntner Landeshauptmannkollegen Wagner, der in einer öffentlichen Erklärung gesagt hat, daß er überhaupt kein Interesse hat. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich lese Ihnen gerne den Brief vor!“) Wenn wir hier weiterkommen, dann sollte mich das freuen, nur wäre ich froher gewesen, wenn die Geschichte zuerst abgeklärt gewesen wäre, bevor dieses Budget hier zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Meine Damen und Herren! Darf ich mir erlauben, Ihnen in ein paar Anmerkungen zu präsentieren, was Sie im Zusammenhang mit den Resolutionsanträgen dieses Budgets alles leider nicht mit uns beschlossen haben, was wir Ihnen vorgeschlagen haben.

Zum ersten: Wir haben Ihnen vorgeschlagen – und das ist ja ein Problem, das der Herr Kollege Ritzinger sehr intensiv in seinem Debattenbeitrag aufgegriffen hat; er hat davon gesprochen, daß wir eine Reihe von grundwassergefährdenden Ablagerungen alter Zeit noch – alter Provenienz – haben, die beseitigt werden müßten –, hier zur Entschärfung dieser grundwassergefährdenden Ablagerungen unter Einbeziehung von Fachleuten einen Stufenplan auszuarbeiten. Sie wollten dem nicht folgen.

Wir haben Ihnen weiter vorgeschlagen, daß es einen Ausbauplan für mögliche Standorte von Kleinwasserkraftwerken gibt, wo besonders Rücksicht auf die Umweltverträglichkeit genommen werden muß. Nicht, weil wir unbedingt überall Kleinwasserkraftwerke haben wollen, sondern weil wir es ganz einfach als sinnvollere Vorgangsweise erachten, hier klarzustellen, wo was möglich ist, und uns damit die vielen langen Verfahren zu sparen. Von vornherein zu sagen, bitte, wer immer etwas beantragt, der braucht noch ein zusätzliches Verfahren, ist viel, viel mehr Verwaltungsaufwand, als ein paar Möglichkeiten, die es noch gibt, von vornherein zu untersuchen und klarzustellen, wo sie sind. Sie wollten dem nicht folgen. Wir haben Ihnen weiters vorgeschlagen, eine Umweltzentrale einzurichten; die jede einzelne Entscheidung mitbegutachten sollte. Ich weiß schon. Wir haben diese Debatte schon mehrfach geführt, und Sie sind der Auffassung, daß damit viel Bürokratie eingerichtet würde. Ich behaupte, daß mit der Bürokratie, mit dem vorherigen Vorschlag, nämlich im Zusammenhang mit den kleinen Wasserkraftanlagen uns viele Behördenverfahren zu ersparen, daß man mit dieser Bürokratie hier etwas machen hätte können, weil im wesentlichen, meine Damen und Herren, ist die Beseitigung der Umweltproblematik nicht mit einigen großen Entscheidungen getan, sondern eine Summe, eine ganz große Summe

von vielen kleinen Einzelentscheidungen, die ganz einfach stattfinden, und wo nie im Detail, wirklich im Detail, ständig jede einzelne Entscheidung von vornherein überprüft werden kann durch die jetzige Vorgangsweise.

Meine Damen und Herren! Es ist sehr viel gesprochen worden von der Müllproblematik. Ich will darauf eher nicht eingehen, sondern eher auf das, was Herr Kollege Ritzinger zum Sondermüll gesagt hat. Ich habe überhaupt nicht den Gesundheitsminister zu verteidigen. Er hat eine starke Fraktion hier. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Es wäre gut, wenn er mit uns reden würde!“) Was ich nur meine, wer die Problematik und die Schwierigkeit der Sondermüllbeseitigung sich angeschaut hat, wird zustimmen, daß es in Wahrheit eine Sondermüllbeseitigung nur gemeinsam mit allen Gebietskörperschaften geben kann. Und daher wäre es sinnvoll, wenn wir wirklich einen gemeinsamen (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das ist der falsche Stil, den er eingeschlagen hat!“) Verbund machen. Ich weiß nicht, ob der Herr Gesundheitsminister mit Ihnen geredet oder nicht geredet hat, es obliegt nicht meiner Ingerenz. Ich weiß aber sehr wohl, daß der Herr Landesrat Ferrari mit dem Herrn Landeshauptmann auch in dieser Frage geredet hat und daß hier ein Versuch unternommen wird und werden muß, einen wirklichen gemeinsamen Verbund aller Gebietskörperschaften zustandezubringen, weil ja nur so möglich ist – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Weil Sie wieder zitieren, was Sie nicht wissen: Staatssekretär Ferrari hat mit mir verhandelt über den Umweltfonds des Bundes. Ich sage Ihnen das zur Aufklärung, damit Sie nicht ständig Erklärungen abgeben für Leute, die Sie offenkundig nicht kontaktiert haben und sich nicht informiert haben!“) Lieber Herr Landeshauptmann, aber selbst, wenn jemand nicht vorher zu Ihnen zu einem Gespräch gekommen ist, dann werden Sie ganz sicher zustimmen, daß die Problematik des Sondermülls nur gemeinsam lösbar ist. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie haben gesagt, er hätte mit mir darüber geredet. Das ist nicht der Fall!“) Also bitte, dann können Sie sich an diese Thematik nicht erinnern. Ich glaube aber trotzdem, daß es nur möglich sein wird, wenn wir es gemeinsam machen. Und ich glaube nicht, daß wir die Problematik dadurch lösen, weil irgend jemand beleidigt ist, weil in der einen oder anderen Frage noch kein Gespräch geführt worden ist. Daran sollte bitte die Lösung der Probleme nicht scheitern. Man kann es nur gemeinsam machen. Auch die Standortfrage, die so schwierige Standortfrage wird nur lösbar sein, wenn alle Gebietskörperschaften gemeinsam sie prüfen. Und ich halte das ganz einfach für falsch, bei der Überlegung nach einer Untersuchung, daß es in ganz Österreich möglicherweise theoretisch acht Gesteinsformationen gibt, in denen Standorte theoretisch möglich sind, von vornherein möglichst in jedem der acht Bereiche eine mögliche Deponie deshalb zu verunmöglichen, weil man behauptet, daß ausgerechnet und nur in diesem Bereich diese Deponie erfolgt. Auch das ist eine Vorgangsweise, die hoffentlich bei der Lösung dieser Frage nicht stattfinden wird. Es gibt acht mögliche Gebiete, es wird sinnvoll sein, wenn sich wirklich alle Länder und der Bund zusammensetzen und gemeinsam entscheiden, welche Standorte ausgewählt werden. Wobei ich es persönlich für gar nicht gut halte, wenn man aus den acht nur

einen Standort auswählt, weil damit natürlich nur wieder ein Bundesland zumindest vorerst den Schwerpunkt zu tragen hat. Es müßte, wenn man es sich durchrechnet, unter Umständen auch möglich sein, mehrere Standorte gemeinsam auszuwählen, nur werden wir nie zu einem vernünftigen Standort kommen, wenn von vornherein jeder erklärt, daß es in seinem Bereich jedenfalls nicht stattfinden darf. Ich bin froh, daß es solche Erklärungen bis jetzt noch relativ wenige gegeben hat, und ich hoffe, daß sie auch so nicht sein werden.

Meine Damen und Herren! Um noch einmal auf die Frage zurückzukommen, die wir gestern diskutiert haben. Ich habe gestern meine Besorgnis angeschnitten, wie es mit der Entscheidung beim Kraftwerk Zeltweg weitergeht, weil ich auf Grund eines Schreibens des Herrn Landeshygienikers an den Herrn Bezirkshauptmann befürchtet habe, daß hier Mißinterpretation erfolgt sind. Das ist zumindest seine Auskunft. Ich höre heute im Rundfunk, daß es ein neuerliches Gutachten auch des Herrn Landeshygienikers geben soll, das für das Berufungsverfahren zutrifft. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Sie sind falsch informiert, Herr Abgeordneter!“) Dann hat mich der Rundfunk falsch informiert! Gut, ich hoffe nur, daß dieses Berufungsverfahren – und das, glaube ich, wäre vernünftig – schnell stattfindet, denn entweder es wird entschieden, daß nicht weiterbetrieben wird, oder es wird entschieden, daß weiterbetrieben wird. Nur, soweit ich das sehe, hat der Verbund das Ziel, dieses Kraftwerk oben spätestens nach dieser Heizperiode in Reserve zu stellen. Und daher müßte man relativ rasch entscheiden, was vernünftig ist und was nicht und ob dieses Werk in dieser Heizperiode notfalls noch zur Verfügung steht oder nicht zur Verfügung stehen wird.

Meine Damen und Herren! Ich bekenne mich dazu, daß in der Frage der Umweltpolitik alle Parteien und alle Gebietskörperschaften gemeinsam vorgehen sollen. Ich begrüße daher außerordentlich, daß es etwa im Bereich einer Aktion „Saubere Luft“ im Bereich Graz zu einer gemeinsamen Vorgangsweise zwischen Umweltministerium, damals vertreten durch den Staatssekretär, zwischen dem Land Steiermark, vertreten durch den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, und der Stadt Graz, vertreten durch den Bürgermeister und den Umweltstadtrat, gekommen ist und kommt. Wenn wir diesen Stil der Gemeinsamkeit fortsetzen, bin ich sicher, daß wir mit kleinen, aber realistischen Schritten weiterkommen und die Umweltprobleme endgültig lösen. Das wird uns wahrscheinlich kurzfristig nicht möglich sein, aber so eindämmen, daß wir eine neuere, weitere Verschlimmerung hintanhaltend können. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Freitag. Ich erteile es ihm.

**Abg. Freitag:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

In dieser Gruppe ist auch die Förderung der steirischen Berg- und Naturwacht unter der Post 7670 mit 900.000,- Schilling angeführt. Im Vergleich zum Voranschlag 1985 sind das zwar um 200.000,- Schilling mehr, Herr Landeshauptmannstellvertreter, doch wenn dies mit dem Erfolg von 1984 mit

850.000,- Schilling verglichen wird, ist diese Dotation unserer Meinung nach zu gering angesetzt. Wenn man davon ausgeht, daß gemäß Paragraph 1 des Steiermärkischen Berg- und Naturwachtgesetzes aus dem Jahre 1977 zur Unterstützung der Behörde bei der Vollziehung landesrechtlicher Vorschriften des Landschafts- und Naturschutzes die Berg- und Naturwacht eingerichtet wurde, so darf gesagt werden, daß diesen freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern auch die vollste Unterstützung seitens des Landes und auch des zuständigen Referenten gewährleistet sein muß. In zwei Anträgen jeweils von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion im Mai 1984 haben beide Fraktionen eine Erhöhung der Dotationen für die Steirische Berg- und Naturwacht gefordert. Es geht einfach nicht an, daß diese über 2500 ehrenamtlich tätigen Organe auch noch ihr eigenes Geld in Vollziehung landesgesetzlicher Handlungen einsetzen und immer um weitere finanzielle Mittel ersuchen müssen. Ja, ich will also nicht sagen, sie müssen schon fast betteln, damit wenigstens ihre Unkosten abgedeckt werden. Es sind stolze Zahlen, die die steirischen Naturschützer aufweisen können: Die fast 2000 Berg- und Naturwächter haben im vergangenen Jahr in 24.500 Einsätzen 154.000 Stunden aufgewendet und dabei 281.000 Kilometer zurückgelegt. Unter dem Motto „Natur- und Umweltschutz mit der Bevölkerung für die Bevölkerung“ wurden unzählige Initiativen gesetzt. Ich denke hier nur an das Einsammeln und das Beseitigen von Abfällen oder an die Müllentsorgung zum Beispiel im Hochschwabgebiet beim Schiestlhaus oder an die im Rahmen der Aktion „Saubere Steiermark“ durchgeführten Autowrackbeseitigungen, aber auch an die Heimat- beziehungsweise Ortsbildpflege, wo Bildstöcke und Wegkreuze instandgesetzt wurden.

Wir fordern daher noch einmal im Sinne der beiden Anträge, die im Landtag aufliegen, die Erhöhung der Dotationen für die steirische Berg- und Naturwacht.

Abschließend, meine geschätzten Damen und Herren, allen Berg- und Naturwächtern, allen Bezirksleitern, allen Ortseinsatzleitern, allen Funktionsträgern ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Grillitsch hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Grillitsch:** Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es ist eigentlich sehr angenehm, wenn man von den Vorrednern so die Töne hört, daß die Fragen der Umwelt wirklich alle angehen, und wenn man auch heraushören kann, vor allem von einem so naturverbundenen Mann, der selbst Jäger ist, wie der Herr Abgeordnete Halper, der Wert darauf legt, daß hier auch die entsprechenden Gesetze vorhanden sind und daß diese Fragen vor allem vernünftig gelöst werden. Ich bin sehr froh, daß auch unsere Abgeordneten der SPÖ aus dem obersteirischen Bereich, soweit sie dem Landtag angehören, diese Debatte in der Form miterleben können.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat es schon angezogen: Es war in der ÖDK eine Entscheidung notwendig,

die gesetzlich gedeckt war und ist, mit Gutachten belegt, die man dann aber in die politische Polemik gesetzt hat und Gesetze mißachtet und wo man bei weitem auch nicht die Umweltgesinnung, wie sie in aller Öffentlichkeit sein soll, repräsentiert hat. Ich glaube, wir müssen hier einen Umdenkungsprozeß vornehmen, daß wir diese Problematik wirklich ernst nehmen und daß politische Diskussionen nicht so heiße Eisen in so polemischer Art und vor allem nicht in persönlicher Diffamierung stattfinden dürfen.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, was die ÖDK anlangt: Weil gerade in der letzten Landtagssitzung hier auch gewisse Vorwürfe und Äußerungen gemacht wurden, die jeder Grundlage entbehren und als polemisch zurückzuweisen sind, glaube ich, muß man sagen, daß hier auf Grund einer geänderten Gesetzeslage, auf Grund von Gutachten entschieden wurde und daß die Beamten, die das entschieden haben, wirklich vollen Respekt und volle Achtung haben sollen, und nicht das, was ihnen jetzt gegeben wird. Wenn man dann Briefe schreibt – unterstützt von gewissen Seiten –, daß der Herr Bezirkshauptmann und mit ihm der steirische Landeshauptmann irgendwohin gehören und schiebenweise dafür verantwortlich gemacht werden müssen, dann, glaube ich, geht man da weit, weit an der Sachlichkeit vorbei. Sie alle wissen, daß die Frage der Umwelt bei uns keine neue Frage ist. Schon Anfang der siebziger Jahre wurde über Umwelt mit der ÖDK verhandelt, und seit Anfang der siebziger Jahre gibt es von diesem Betrieb auch eine Entschädigung für viele Geschädigte. Wenn man hier dann die Arbeitsplätze in den Mund nimmt, so auch ein deutliches Wort:

Niemand von den Verantwortlichen in der Behörde, und ich hoffe, auch kein Verantwortlicher in der Politik – zumindest kann ich es für die Österreichische Volkspartei sagen – will irgendeinen Arbeitsplatz in der Steiermark gefährden. Die Arbeitsplätze bei uns sind von anderen gefährdet worden, nicht von Leuten der Österreichischen Volkspartei. (Beifall bei der ÖVP.) Auf Grund dieser das ganze Volk und die ganzen Bewohner berührenden Fragen der Umwelt uns für die Arbeitsplätze verantwortlich zu machen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das geht einfach zu weit! Die Unternehmensführung weiß es jahrelang schon, daß auch für sie die gleichen Maßstäbe gelten, die für Mellach und auch für Voitsberg III gegolten haben. Und Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat es in den letzten Jahren zum wiederholten Mal gesagt, und wenn dann die gesetzlichen Fundamente da sind, eine Entscheidung so zu treffen, dann, glaube ich, muß man auch zu dieser Entscheidung stehen. Die Unternehmensführung hat viele Möglichkeiten und hätte sie vor allem in den vergangenen Jahren gehabt, für die Sicherung der Arbeitsplätze zu sorgen, und sie hat jetzt noch die Möglichkeit, etwas dafür zu tun, weil es andere Möglichkeiten gibt. Das Gas geht direkt vorbei, und es gibt Beispiele in Österreich, wo zum Gas auch ein geringer Prozentsatz Kohle dazugeheizt wird. Auch das haben sich die Herren angesehen, die hier entschieden haben, und sind darüber gut informiert. Nur, glaube ich, ist es scheinbar wirklich so, wie es Mag. Rader angedeutet hat: Man will nur den Rest der schwefelhaltigen Kohle hinausheizen und dann ohnedies das Unternehmen stilllegen.

Damit sehen Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wer hier wirklich die Arbeitsplätze gefährdet. Ich glaube, man muß gerade in dieser Frage mit Vernunft zu einem Konsens finden, der auch für die Zukunft etwas bringt. Wir können in einer so belasteten Region, die sicher in der gleichen Wertstufe liegt wie Voitsberg, eben nicht zulassen, daß der höchste Emittent das tut, was alle anderen nicht tun dürfen. Und weil in Diskussionen sehr oft auch die finanzielle Möglichkeit zur Sprache kommt, da muß ich Sie wirklich fragen: Wenn heute so ein Elektrizitätsunternehmen nicht in der Lage ist, das notwendige Geld für diese Investitionen aufzuwenden, wer wird es dann wirklich tun?

Ich glaube, gemeinsam, mit Vernunft und in einer echten Gesinnung zur Umwelt und nicht zur politischen Polemik muß diese Frage auch lösbar sein. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

**Abg. Zellnig:** Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren dieses Hohes Hauses!

Vielleicht eingangs einige Sätze zu den Ausführungen des Kollegen Grillitsch. Er hat erklärt, wenn gesetzliche Grundlagen für Bescheide für Betriebs-schließungen vorhanden sind, sollen diese akzeptiert, anerkannt und realisiert werden. Kollege Grillitsch, grundsätzlich bin ich sicherlich deiner Meinung. Wir leben in einem Rechtsstaat, und wenn wir als Rechtsstaat anerkannt werden wollen, müssen wir die Entscheidungen anerkennen. Aber dir, genauso wie mir, ist bekannt, daß eben das Gutachten von Professor Möse – ohne zu kritisieren, sondern hier soll festgestellt sein, daß er durch seine Interpretation dazu beigetragen hat, daß nach seiner Meinung auch sein Gutachten noch nicht zu einer Betriebsschließung als solches gereicht hätte. Sinngemäß – nicht wörtlich.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt läuft – und das ist Rechtsstaat nach meiner Meinung – das Berufungsverfahren. Es gibt einen Instanzenzug, und ich glaube, daß diese Berufung mit allen ihren Argumenten, mit allen ihren Gutachten und all ihren Aussagen bei der zuständigen Entscheidungsstelle des Landes – und um das möchte ich als Abgeordneter von Obersteiermark bitten – in einer möglichst kurzen Zeit durchgezogen wird im Interesse der Betroffenen, auch der Arbeitsplätze und der Menschen, die in diesem Raum leben. Und dieses Verfahren kann und wird sicherlich nur mit einem neuerlichen Gutachten durchgeführt werden können. Das vielleicht zu den Ausführungen vom Kollegen Grillitsch.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet und möchte vielleicht doch noch einmal einen Beitrag zum Waldsterben bringen. Es liegen neue Ergebnisse vor. Was sagen diese neuen Ergebnisse? Sie sagen, daß das Waldsterben eine Komplexkrankheit ist. Bei dieser Komplexkrankheit wirken Schadstoffe, wie Schwefel, Fluorverbindungen und so weiter, welche in den Nadelproben feststellbar sind, es wirken aber gleichzeitig auch Schadstoffe, wie Ozon, was wir nicht in den Nadeln feststellen können, auch negativ mit. Aus diesem Grund ist die Forschungsinitiative des Wissenschaftsministeriums nach meiner

Meinung besonders zu begrüßen im Interesse der Umwelt. Dieser Forschungsauftrag wird – so hoffe ich – vielleicht ein umfassendes Ergebnis bringen, damit anschließend endgültig wissenschaftlich begründete Gegenmaßnahmen zur Gesundung des Waldes gesetzt werden können. Weiters wird anzustreben sein, daß die Schadenserhebung nach einheitlichen Aufnahmemethoden durchgeführt wird. Ich glaube, das würde ein wesentlicher Beitrag zur Koordinierung aller hier Mitwirkenden sein. Gerade das Land Steiermark könnte hier nach meiner Meinung auch sehr wesentlich zur einheitlichen Schadenserhebung beitragen, indem wir Einrichtungen haben so wie der Landeshygieniker, der Energiebeauftragte, der Umweltschutzkoordinator und der Umweltlandesrat. Ich glaube, wenn Bund und Land hier zusammenarbeiten, werden wir sicherlich auf Zeit noch zu besseren Ergebnissen kommen. Als eine positive Maßnahme zur Vereinheitlichung der Schadenserhebung sehe ich die Waldzustandsinventur, die vom Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern seit dem Sommer 1984 eingeleitet wurde. Bei dieser Waldzustandsinventur geht es um die jährliche Erfassung des Kronenzustandes unserer Bäume. Durch diese Erfassung sollen Antworten auf folgende Fragen gegeben werden:

Frage eins: Wie verteilen sich die Schadensgrade auf die Waldflächen?

Frage zwei: Nehmen Waldschädigungen und Waldkrankheiten gebietsweise zu?

Frage drei: Bleiben Schadintensivität und Flächenausdehnung in manchen Bereichen gleich?

Frage vier: Läßt sich in bestimmten Gebieten oder überall eine Gesundung erkrankter Flächen im Laufe der Zeit feststellen?

Durch diese Kronenerfassung gewinnen wir von Jahr zu Jahr mehr Aussagekraft. Die Beurteilung geht nach fünf Stufen: keine, schwache, mittlere, starke Schädigung und abgestorbene Kronen. Die Waldinventur erfaßt alle Arten von Schädigungen und Waldkrankheiten, die in Nadel- bzw. Laubverlusten und Kronenstrukturveränderungen ihren sichtbaren Ausdruck finden. Da derartige sichtbare Schadensmerkmale typisch für eine Entwicklung verschiedener Schadfaktoren, wie Dürre, Frost, Hagel und so weiter, sind, lassen sich verursachte Schadenssymptome leider nicht ohne weiteres – und das ist wieder ein Nachteil – von jenen trennen, die durch Luftverschmutzungen beziehungsweise Luftverunreinigungen entstehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der neueste Bericht der Waldzustandsinventur liegt vor. Er ist brandneu und sagt aus: Die Erhebungen des Sommers 1985 ergaben, daß von der Gesamtwaldfläche in Österreich im Ausmaß von 3,7 Millionen Hektar Wald rund 960.000 Hektar beziehungsweise 26 Prozent geschädigt sind. Gleichzeitig wird festgestellt, daß es derzeit noch nicht möglich ist, die einzelnen Schadenskomponenten nach den Waldschadenssymptomen zu quantifizieren. Sehr geehrte Damen und Herren! Vergleicht man die Ergebnisse der Waldzustandsinventur vom Sommer 1984 mit dem Sommer 1985, so können wir feststellen, daß es eine Verbesserung gegeben hat: 1984 durchschnittliche Schädigung, schwache Schädigung, 24 Prozent des Gesamtwaldes; 1985 18 Prozent, mittlere und starke Verlichtung der Baumkronen 1984

6 Prozent, 1985 4 Prozent, also eine Verbesserung des Waldzustandes ist eingetreten. Diese Entwicklung ist sicherlich erfreulich, wenn auch dadurch noch keine endgültige positive Entwicklung mit Sicherheit abgeleitet werden kann. Wenn wir das mit Sicherheit tun wollen, dann müssen wir diese Waldinventur noch mindestens drei bis fünf Jahre in den Aufzeichnungen vergleichen. Die Steiermark liegt gegenüber dem Bundesdurchschnitt bei der Stufe „keine Waldschädigung“ bei 79 Prozent, das sind fünf Prozentpunkte, schwache Verlichtung mit 20 Prozent, das sind zwei Prozentpunkte, und mittlere und stärkere Verlichtung mit einem Prozent, das sind um drei Prozentpunkte günstiger als der Bundesdurchschnitt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf eine interessante Feststellung hinweisen. Die Untersuchungen durch die Waldzustandsinventur haben ergeben, daß bei den geschädigten Bäumen die Nährstoffverhältnisse bei weitem nicht stimmen. Die Proben weisen auf, daß ein Mangel an Stickstoff- und Magnesiumunterversorgung vorliegt. Bei den meisten Untersuchungspunkten auch beim Grundnetz weisen 83 Prozent aller Proben eine nicht ausreichende Stickstoffversorgung, 53 Prozent eine nicht ausreichende Magnesiumversorgung auf. Durch diese Untersuchung der Nährstoffinhalte bei den Nadeln werden etwaige negative Veränderungen im Nährstoffgehalt ausgewiesen. Es hängt auch eng zusammen mit den Immissionseinwirkungen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich erkläre eingangs, das Waldsterben ist eine Komplexkrankheit. Die Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit den Nährstoffen bringen den Beweis dafür. Das Waldsterben ist fast mit der Tuberkulose des Menschen vergleichbar, indem der Krankheitserreger dieser mit Recht gefürchteten Krankheit immer vorhanden ist und der Mensch an dieser Krankheit dann erkrankt, wenn seine Umwelt beziehungsweise die Nährstoffverhältnisse in Unordnung geraten sind. Das gleiche kann man auch bei unserem Waldsterben feststellen.

Eines noch zum Schluß: Die derzeitigen Schwierigkeiten in unserer Umwelt sind das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlentwicklungen, ja eines Fehlverhaltens von uns selbst. Ich bin davon überzeugt, daß wir dieses Fehlverhalten sicherlich nicht in einem Jahr wieder in den Griff bekommen können. Aber von einem bin ich überzeugt, sehr geehrte Damen und Herren: Mit Betriebssperrungen können wir sicher nicht ans Ziel kommen. Wir brauchen zur Verbesserung unserer Umwelt viel Geld. Dieses Geld werden wir nicht durch mehr Arbeitslose, sondern nur durch mehr Wirtschaftlichkeit in unseren Betrieben bereitstellen können. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Sponer:** Frau Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Auf Grund der geänderten Situation, nämlich daß die steirischen Landeskrankenanstalten ab 1. Jänner 1986 von einer eigenen Gesellschaft geführt und verwaltet werden, wird sich auch die Diskussion in diesem Hohen Haus zur Gruppe 5 verändern, wahrscheinlich

schon ab heute und natürlich auch in Zukunft. Aber trotzdem, meine Damen und Herren, glauben wir, daß wir so wie in der Vergangenheit auch als Abgeordnete dieses Bundeslandes sehr wohl auf die Entwicklung unserer Krankenhäuser achten und sie auch verfolgen werden, weil es ja letztendlich um die Gesundheit der steirischen Bevölkerung geht.

Nun, meine Damen und Herren, gibt es auf Grund von Symposien und Kongressen, die heuer stattgefunden haben, sehr interessante Erkenntnisse und Ergebnisse, die auch für uns als Steirer, was die Zukunft betrifft, sicherlich von Bedeutung sein werden. Es steht heute fest und wurde erkannt, daß die Industriestaaten einen immer höheren Anteil des Sozialproduktes der Krankheitsbekämpfung widmen, ohne daß die Erfolge im gleichen Verhältnis dazu ansteigen. Die Kosten der Krankenversorgung stiegen in den letzten Jahren weit schneller als das Volkseinkommen. Und an drei Beispielen, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß zum Beispiel die USA derzeit am meisten, nämlich elf Prozent des Sozialproduktes, für die Gesundheit ausgeben. Großbritannien mit dem verstaatlichten Gesundheitsdienst verursacht mit sechs Prozent des Sozialproduktes die wenigsten Kosten. Und wie schaut es mit Österreich aus? Österreich liegt im Mittelfeld mit zirka 7,5 Prozent des Sozialproduktes.

Die Erhöhung des Wachstums der Gesundheitsausgaben in den letzten Jahren hat natürlich auch verschiedene gesellschaftliche Ursachen. Die drei wesentlichsten Ursachen sind darin zu finden, daß wir bei den Menschen unseres Landes erfreulicherweise höhere Lebenserwartungen feststellen können, was sicherlich auch mit dem Fortschritt der Medizin im Zusammenhang steht. Eine weitere Ursache sind die wachsende Anzahl der Ärzte, der Schwestern und des Pflegepersonals sowie der vermehrte Einsatz von technischen Geräten für Diagnose und Therapie. Besonders im Bereich der Krankenanstalten werden dadurch natürlich die Kosten wesentlich erhöht.

Eines, meine Damen und Herren, steht leider fest: Die finanziellen Mittel, die uns für die Gesundheitsvorsorge zur Verfügung stehen, sind in jedem Falle begrenzt. Allerdings – und das ist auch etwas, worauf wir in Zukunft besonderen Wert legen werden müssen –, je rationeller und optimaler diese Mittel, die uns zur Verfügung stehen, verwendet werden, desto mehr kann bei gegebenem Ausgabenvolumen geleistet werden. Auf Grund der gestiegenen Lebenserwartung und der geänderten Familien- und damit Betreuungsstrukturen ergeben sich heute andere Schwerpunkte wie etwa vor 30, vor 50 oder vor 100 Jahren. Ambulante Dienste müssen heute Aufgaben übernehmen, die eben vor 30, vor 50 oder vor 100 Jahren oft im Kreise der Familie geleistet wurden. Fragen der Langzeitpflege und der Rehabilitation bekommen speziell für ältere Menschen einen erhöhten Stellenwert. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die stationäre Pflege ist nur eine Form der Betreuung. Entscheidend ist jedoch die Anpassung des Finanzierungssystems an die geänderten Aufgaben. So wie die Gesundheit unteilbar ist, so sollte auch das Gesundheitsvorsorgesystem als eine Einheit gesehen werden.

Die Finanzierung durch Bund, Länder und Sozialversicherungsträger müßte so geregelt werden, daß ein optimales Versorgungssystem mit möglichst reibungs-

losen Übergängen zwischen ambulanter und stationärer Betreuung gewährleistet wird.

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1984 zahlten die österreichischen Krankenversicherungsträger für die medizinische Behandlung ihrer Versicherten den stolzen Betrag von 27,4 Milliarden Schilling. 90 Prozent der Versicherten wurden ambulant, das heißt von praktischen Ärzten, von Fachärzten oder Ambulanzen, behandelt, und nur zehn Prozent der Versicherten wurden stationär behandelt.

Jetzt ist also die Kostenverteilung interessant, nämlich: Für die zehn Prozent der Versicherten, die stationär behandelt wurden, war von diesen 27,4 Milliarden Schilling ein Betrag von 14,5 Milliarden Schilling notwendig, und für die 90 Prozent, die ambulant behandelt und versorgt wurden, war „nur“ ein Betrag von 12,9 Milliarden Schilling notwendig. Dieses Verhältnis zeigt uns, daß die Zukunft schwerpunktmäßig sicherlich in der ambulanten Behandlung wird liegen müssen, und zwar aus den verschiedensten Gründen.

Aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch aus Berichten im Kontroll-Ausschuß, wo der Landesrechnungshof ähnliche Dinge in den Krankenanstalten wegen Ambulanzen und so weiter überprüft hat, daß es verschiedenste Vorschläge und Feststellungen gibt. Aber zu einer Überzeugung sind wir gekommen – nicht nur wir, sondern auch die Ärzte, die auf diesen Kongressen und Symposien waren –, daß die Anlaufstelle für eine Behandlung in erster Linie der praktische oder der Facharzt ist, und er entscheidet als erster, ob er den Patienten selbst behandeln kann, ob er ihn zu einem Facharzt weitervermitteln muß oder ob letztendlich der Patient und Versicherte stationär in ein Krankenhaus eingewiesen werden muß.

Daher, meine Damen und Herren, nachdem diese Anlaufstelle eine so wichtige Bedeutung für das Gesundheitswesen im speziellen hat, brauchen wir gut ausgebildete und verantwortungsvolle Ärzte in den Praxen mit gut organisierten Ordinationen. Sie können nämlich mithelfen, daß nicht notwendige stationäre Voruntersuchungen vermieden werden können. Aber nicht nur die Ärzte in den Praxen, sondern auch die Ärzte in unseren Krankenhäusern können ebenfalls ihren Beitrag dadurch leisten, daß sie rationell und ökonomisch die Patienten behandeln, dadurch die Verweildauer verkürzen und somit unter Umständen sogar eine Bettenverringerung und weiters somit auch eine Kostenverringerung herbeiführen können. Wenn jedoch, meine Damen und Herren, Betten eingespart werden sollen, was ja auch beabsichtigt ist und was, ich hoffe es, sicher kommen wird, dann muß zuerst die Struktur der ambulanten Medizin verbessert und verstärkt werden. Ein verstärkter Ausbau der Ambulanzen bringt bei gleichzeitiger Einsparung von Betten eine Verminderung der Ausgaben, aber auch eine Verminderung der Einnahmen. Und, meine Damen und Herren, es ist heute keine Seltenheit mehr, nicht nur bei uns in Österreich, sondern auch in unseren Nachbarländern, daß schon sehr viele Operationen, kleinere Operationen, ambulant durchgeführt werden, die ja letztendlich wesentlich billiger kommen, als wenn jemand auf Grund auch einer kleinen Operation einige Tage in einem Krankenhaus verweilen muß. Daher, meine Damen und Herren, ist ein Überdenken der derzeitigen Ambulanzgebühren, und damit meine

ich auch, was wiederholt im Kontroll-Ausschuß ebenfalls besprochen wurde, die 25 Prozent der Ambulanzgebühren, die an die Ärzte weitergegeben werden. Auch das muß in Zukunft überdacht werden, sowohl im Interesse der Krankenanstaltenträger als auch im Interesse der Sozialversicherungsträger. Die Hauptaufgabe, meine Damen und Herren, zur Gesundheit der Bevölkerung liegt sehr wohl in der Erziehung und in der Vorsorgeberatung, nämlich in der Erziehung zu einer gesunden Lebensweise über die Aufklärung der Gefahren gesundheitsschädigender Einflüsse. Die Gesundheitserziehung muß dort angesetzt werden, wo die Erziehungsphase beginnt, nämlich im Familienverband, im Kindergarten, in der Schule, auch in der Arbeitswelt. Die Grundelemente des menschlichen Lebens, sauberes Wasser, reine Luft, Ruhe und einigermaßen intakte Natur, dürfen nicht zu Luxusgütern werden, sondern muß der Vorrang der Gesundheit ein Leitmotiv der gesellschaftspolitischen Zielsetzung sein. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch, stellvertretend für das abgelaufene Kalenderjahr zu einem Krankenhaus in der Steiermark kurz Stellung zu nehmen, weil ich glaube, daß es wert und notwendig und richtig ist, zum Krankenhaus Rottenmann. All diejenigen, die in diesem Bezirk wohnen, aber vor allen Dingen auch diejenigen, die auf Grund entweder berufsmäßiger oder anderer Ursachen die sogenannte Gastarbeiterroute befahren müssen, sind froh, daß dieses Krankenhaus Rottenmann saniert werden konnte und daß der zweite Bauabschnitt abgeschlossen ist. Ich sage noch einmal, leider, es ist eine traurige Bilanz, die uns immer wieder bekannt wird, aber Gott sei Dank wurde hier insofern Hilfe geschaffen für die Menschen, die das Pech haben, auf der Straße zu verunglücken.

Noch einen Gedanken möchte ich heute zur Kenntnis bringen. Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages gab es immer wieder im Gespräch mit den Kollegen anlässlich der Budgetdebatte die Meinung, ob es überhaupt einen Sinn hat, daß wir uns stundenlang über gewisse Probleme unterhalten, wo man letztendlich am Budget selbst nichts mehr ändern kann. Und da, meine Damen und Herren, glaube ich, gäbe es eine Möglichkeit. Ich werde versuchen, mit meinen Freunden, dem sozialistischen Landtagsklub, hier zu beginnen, daß nämlich jeder, der glaubt, einen positiven Beitrag zu haben, einen positiven Gedanken, egal zu welchem Problem oder welchem Thema, das unser steirisches Land betrifft, und auch dazu spricht, die Gelegenheit wahrnehmen sollte, in Form von Anträgen oder Resolutionen seine Zielvorstellungen zu verwirklichen.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich abschließend noch einen Dank aussprechen. Mein besonderer Dank gilt abschließend Herrn Landesrat Gerhard Heidinger sowie den Beamten seines Ressorts, die mit großem Engagement die vielfältigen Aufgaben im abgelaufenen Jahr gemeistert haben. Herr Landesrat Gerhard Heidinger hat in hervorragender Weise in den letzten fünf Jahren die Verantwortung für die wirtschaftliche Führung und den Ausbau der steirischen Krankenanstalten wahrgenommen und damit auch die Tradition, die mit Namen wie Machold, Dr. Schachner, Sebastian und Bammer untrennbar verbunden ist, fortgesetzt. Und was heißt Weihrauch,

meine Damen und Herren? Denken Sie zurück, wie oft gestern und auch heute der Herr Landeshauptmann gelobt und zitiert wurde und andere Regierungsglieder auch, daher glaube ich, ist es auch gerechtfertigt, daß wir auch unseren Dank dem Herrn Landesrat Heidinger abstatten. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Lind hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Lind:** Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Rettungswesen ist genauso wie die freiwillige Feuerwehr eine Aufgabe der Gemeinden. Das Österreichische Rote Kreuz – nur einige Sätze zu diesem – bringt immer wieder und überwiegend auf freiwilliger Basis oft beinahe unbemerkt und unbedankt große Leistungen für unsere Mitmenschen beziehungsweise für uns alle. Dafür sollen immer wieder Dank und Anerkennung ausgesprochen werden. Das Österreichische Rote Kreuz ist verpflichtet, rund um die Uhr einsatzbereit zu sein. Die im Einsatz Stehenden, besonders aber die Fahrer und Helfer, haben sich durch die selbstlose Einsatzbereitschaft gesondert ausgezeichnet und zeichnen sich immer wieder aus. Der umfassende Tätigkeitsbereich des steirischen Roten Kreuzes erstreckt sich besonders auf den Rettungs- und Krankentransport, den Blutspendedienst, den Katastrophenhilfsdienst, die Schulung in Erster Hilfe, Sanitätshilfe, Krankenhilfe und Säuglingspflege, den Gesundheits- und Sozialdienst, die Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Beschäftigungshilfe, Notstandshilfe, den Essenszustellendienst. Dazu kommt gut organisiert bereits in 16 Bezirken auch der Ärztenotdienst. Zum Personalstand kann gesagt werden, daß ehrenamtliche Mitarbeiter in einer Zahl von 6900, also beinahe 7000, vorhanden sind, die wirklich ehrenamtlich und selbstlos ihre Pflicht erfüllen. Hauptamtliche Mitarbeiter sind 258, die Sanitätskraftfahrer und das Verwaltungspersonal darstellen, also zusammengenommen 7500. Es gibt aber über 40.000 unterstützende Mitglieder, und die Angehörigen des Jugendrotkreuzes beziffern sich mit 184.500. Alle diese Mitarbeiter haben 2,7 Millionen unbezahlte Dienststunden geleistet. Dem Rettungs-, Krankentransport- und Ambulanzdienst stehen 216 zeitgemäß ausgestattete Einsatzfahrzeuge, darunter auch der in Graz eingesetzte Notarztgroßraumrettungswagen, zur Verfügung. In Zukunft wird man beim Einkauf von Fahrzeugen vor allen Dingen auf die Geländegängigkeit achten müssen. Insgesamt waren im Jahre 1984 in der Steiermark 231.192 Einsätze mit Rettungsfahrzeugen, es wurden 8,5 Millionen Kilometer – wie bereits auch vom Kollegen Schrammel erwähnt – für diese große Gemeinschaft gefahren. (Glockenzeichen des Präsidenten.) In 3000 Einsätzen wurden 241.000 Personen versorgt. Besonders die Verkehrsunfälle verursachen viele Großeinsätze. Hier hat das Rote Kreuz viele, viele Aufgaben zu erfüllen. Im Blutspendedienst ist es so weit, daß 53.800 Konserven aufgebracht wurden und daß damit auch die klaglose Versorgung sämtlicher steirischer Krankenhäuser mit lebensrettendem Spenderblut möglich war.

Die Ausbildungs- und Schulungstätigkeit ist enorm. Ob es Erste-Hilfe-Kurse sind, Erste-Hilfe-Einführungskurse, Grundkurse – ich will nicht alle aufzählen –,

jedenfalls wurden im Jahre 1984 42 Personen aus- und weitergebildet. Wenn man diese Ausbildungsziffer multipliziert, dann können wir sagen, daß gerade diese Ausbildungstätigkeit von besonderer Bedeutung ist, und wir müssen auch all denen Dank sagen, die sich damit intensiv beschäftigen.

Die Hauskrankenpflege nimmt einen großen Raum ein. In 24.000 Hausbesuchen und in 9300 Stunden wurden in der Hauskrankenpflege viele, viele Mitmenschen betreut. Das Jugendrotkreuz ist sehr aktiv. Die Grundsätze des Roten Kreuzes und die Erziehungsprinzipien des Jugendrotkreuzes wirken als lebensnahe Aktivitäten befruchtend auf die Arbeit in der Schule. Ganz besonders fördert das Jugendrotkreuz die einzelnen selbständigen Aktivitäten der Schulgemeinschaften, die in die Erziehungsarbeit der Lehrer einfließen. Die Jugendlichen waren aber auch bereit, im Rettungsdienst, Blutspendedienst und im Sozialdienst des Roten Kreuzes mitzuwirken. Im Schuljahr 1983/84 waren es 184.000 Schüler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land Steiermark hat dankenswerterweise – und hier sei dem Landeshauptmann besonders gedankt – zusätzliche Mittel für die Tätigkeit des Roten Kreuzes zur Verfügung gestellt. Neu im kommenden Jahr ist der Rettungshubschrauberdienst, und zwar wird ein Rettungshubschrauber in Graz voraussichtlich schon ab März 1986 auf Grund eines Staatsvertrages Land Steiermark und Bundesministerium eingesetzt. Die Rettungssanitäter werden bereits ausgebildet, und die Ärzte für den Hubschrauber werden vom Landeskrankenhaus zur Verfügung gestellt beziehungsweise werden von dort aus tätig werden. (Präsident Zdarsky: „In Anbetracht dessen, daß die Sitzung bald unterbrochen wird, ersuche ich, die Nebengespräche noch etwas zu verschieben oder leiser zu führen!“) Ein weiterer Rettungshubschrauber wird in Aigen im Ennstal eingesetzt werden; die Arztbesetzung ist zwar hier noch nicht ganz klar.

Weiters ist noch zu berichten, daß vier weitere Notarztwagen angeschafft beziehungsweise in den Einsatz kommen werden. Allerdings ist hier der Arzteinsatz noch nicht geklärt beziehungsweise in Frage gestellt. In der Bundesrepublik Deutschland, aber auch im Burgenland wurden vom Spitalserhalter die Spitalärzte verpflichtet, die Notarztwagen zu begleiten. Meine Bitte im Namen des Österreichischen Roten Kreuzes hier an den Landeshauptmann, aber auch an die Landesräte Dipl.-Ing. Hasiba und Gerhard Heidinger wäre, nach einer Möglichkeit zu trachten, daß diese vorhin genannte Lösung, also der Einsatz der Ärzte für die Notarztwagen, auch in der Steiermark ähnlich wie eben in der Bundesrepublik Deutschland und auch im Burgenland stattfinden kann, damit auch die Notarztwagen richtig und zweckentsprechend eingesetzt werden können.

Anerkennen, unterstützen und würdigen wir die Leistungen des Österreichischen Roten Kreuzes. Die für das Österreichische Rote Kreuz Tätigen haben größte Aufgaben zu erfüllen. Sie retten Menschenleben und leisten Erste Hilfe. Aber auch weltweit – und das sei besonders zu betonen – über den Weg des Internationalen Roten Kreuzes werden menschliche Verbindungen hergestellt und große humane Hilfen geleistet. Bei weltweiten Konflikten ist das Rote Kreuz

die Basis, auf der man sich noch trifft und auch verständigen kann. Wenn wir die Katastrophe in Kolumbien betrachten, so war es wieder das Rote Kreuz, welches weltweit Bewegungen und Aktionen ins Leben gerufen hat, die hier erste Hilfe geleistet haben.

Hoffen wir und wirken wir alle mit, daß das Österreichische Rote Kreuz auch in Hinkunft alle seine Aufgaben voll erfüllen kann. Nochmals Dank an alle, die im Österreichischen Roten Kreuz tätig sind, und an alle, die das Österreichische Rote Kreuz unterstützen. Schaffen wir, bitte, eine neue Basis, mit der auch die finanzielle Seite immer wieder gesichert bleibt, denn das Rettungswesen ist – wie bereits vorher erwähnt – genauso Aufgabe der Gemeinde wie auch das Feuerwesen.

Noch etwas zum Krankenhaus – ich möchte hier keine Spitalsdebatte entflammen –: Ich kann mich dem Redner Sponer nur anschließen und möchte mich hier ganz besonders für die Krankenhäuser Bruck, Feldbach und Hartberg verwenden, daß auch diese dringenden Ausbauten so rasch wie möglich durchgeführt werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Es ist jetzt 17.45 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung bis 18 Uhr. Wir nehmen die Sitzung um 18 Uhr wieder auf.

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort (18 Uhr). Als nächstem Redner darf ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Horvatek das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Horvatek:** Sehr geehrte Frau Präsident, offenbar noch nicht ganz erfrischt und deshalb noch etwas leeres Haus!

Ich bin eigentlich nicht in der Lage und habe auch gar keinen Grund, aus den „Georgenberger Handfesten“ zu zitieren, also aus dem 12. Jahrhundert, oder Friedrich II. aus dem 13. Jahrhundert, aber:

Im Bericht „Die Sozialdemokraten im Steiermärkischen Landtag 1904 – 1908“ – ich habe heute ein Original davon mitgebracht – heißt es da im Kapitel „Krankenhäuser“ – es ist dies im übrigen die erste Legislaturperiode gewesen, in der zwei Sozialdemokraten im Hohen Hause gegessen sind –:

Am 21. November 1905 brachte Abgeordneter Dr. Schacherl Klagen über die sehr schlechte Verköstigung im Allgemeinen Krankenhaus in Graz vor, bemängelte, daß die Kontrolle über die Verwendung der Lebensmittel und Materialien sehr schlecht und ungenügend sei, und beanstandete, daß die kolossalen Lieferungen für Lebensmittel, Medikamente, Verbandstoffe und so weiter nicht im Offertwege ausgeschrieben, sondern an bestimmte Lieferanten vergeben werden. Auch sonst fehle es an der Kontrolle der Kassengebarung.

Am 4. November 1908 brachte derselbe Abgeordnete Dr. Schacherl eine Reihe von Beschwerden vor, die mit dem Platzmangel im Allgemeinen Krankenhaus in Graz zusammenhingen, und drückte den Wunsch aus, daß das neue Krankenhaus im Stiftingtal bei Graz bald fertig werde.

Und ein letztes Zitat: Unter dem Titel „Ein Sanitätsgesetz“ ist zu lesen: „Zur Abhilfe der Übelstände, die

durch den Mangel an Ärzten auf dem Lande entstehen, wurde durch drei Jahre an der Beratung eines Sanitätsgesetzes gearbeitet. Es zeigte sich, daß die Zahl der Distriktsärzte zu gering war und daß Distrikte ohne Arzt blieben, weil dort keine Existenzmöglichkeit für einen Arzt vorhanden war, obwohl das Land 70.000 Kronen für diesen Zweck zahlte."

Hohes Haus! Als dieser Bericht erstellt wurde - ich sagte es -, waren die Sozialdemokraten erstmals und nur mit zwei Abgeordneten hier vertreten, und doch galt schon damals ihre große Sorge der medizinischen Betreuung und Versorgung der steirischen Bevölkerung. Daran hat sich bis zum heutigen Tag überhaupt nichts geändert.

Denn schon in der Ersten Republik übernahmen dann Sozialdemokraten die Verantwortung für die wirtschaftliche Führung und den Ausbau der steirischen Krankenanstalten. Und dieser großzügige Ausbau unserer Krankenanstalten, auf den wir alle stolz sein können, ist untrennbar mit den Namen Reinhard Machold, Dr. Alfred Schachner, Adalbert Sebastian, Hans Bammer und seit fünf Jahren Gerhard Heidinger verbunden. Das sei hier mit aller Deutlichkeit gesagt. (Beifall bei der SPÖ.)

Die steirische Bevölkerung ist in den meisten Landesteilen trotz der topographischen Schwierigkeiten durch ihre Krankenanstalten räumlich, medizinisch und auch betreuungsmäßig hervorragend versorgt. Ärztliche Kunst und menschliche Wärme zeichnen das Personal aus, wenngleich es da und dort schon auch einmal Fehlleistungen geben mag. Und in diesen Dank angesichts der Übergabe der 21 Anstalten an die neugegründete Krankenanstaltengesellschaft seien auch ausdrücklich die Beamten eingeschlossen, die unsere Krankenhäuser bisher mit großer Gewissenhaftigkeit geführt und verwaltet haben. (Allgemeiner Beifall.)

Die Übergabebilanz ist also positiv. Die Parteienvereinbarung, den letzten Landtagswahlen entsprechend, wurde lange und konsequent über einen selbständigen Wirtschaftskörper behandelt. Ich erspare mir die ganze Genesis, aber ich halte fest, und das nicht ganz unkritisch, daß wir erst dann bereit waren, den entscheidenden Schritt zu tun, als die ÖVP nach einigen - unserer Auffassung nach - verfassungsrechtlich nicht ganz so richtigen Schlenkern bereit war, auf den Boden der Verfassungstreue und der Legitimität zurückzukehren. Am Ergebnis dieser Parteienverhandlungen gibt es nichts zu rütteln, und wir werden sehr wachsam sein, ich sage das hier jetzt und vorbeugend in aller Deutlichkeit, daß der neue Vorstand nicht versuchen sollte, das, was vereinbart wurde, in irgendeiner Form auszuhöhlen. Die Organe der Gesellschaft und ihre Aufgaben sind ganz klar definiert und festgelegt. Was soll das also zum Beispiel, wenn jetzt der Versuch unternommen wird, durch Stabsstellen mit politisch eindeutig zuzuordnender Führung und obendrein recht aufgebläht, das muß man auch dazusagen, Wege zu gehen, die jedenfalls nicht vereinbart wurden. Noch sei eines ganz klar gesagt, das neue Management steht auf dem Prüfstand, und man wird in drei Jahren beurteilen können, ob der Weg, den wir hier gemeinsam gegangen sind und zu dem wir uns ja auch bekennen, erfolgreich gewesen ist.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Wert einer Gesellschaft ist auch daran zu messen, was sie bereit ist, für ihre Schwachen und damit auch für ihre Kranken zu tun. Die ungeheure dynamische medizinische Entwicklung vom Ersatzteillager Mensch bis hin zur Gentechnik hat ja nicht nur Licht-, sondern auch Schattenseiten. Und in der Gesamtheit spiegeln sich hier sicherlich auch die finanziellen Grenzen und Möglichkeiten wider, auch die Einsparungsmöglichkeit. Nur eines sagen wir auch heute und vorbeugend: Spitäler einfach zuzusperren, Personal dort, wo es gebraucht wird, zu reduzieren, notwendige Apparaturen nicht anzuschaffen oder gar einen Qualitätsverlust unserer Krankenanstalten hinzunehmen, das wäre ein Weg, den wir jedenfalls nicht bereit sind zu gehen. Ich sage das hier mit aller Deutlichkeit. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Harmtodt: „Wir auch nicht!“) Freut mich zu hören! Die neue Gesellschaft bekommt die Anstalten zum symbolischen Preis von einem Schilling auf einem hohen Niveau und auf einer beachtlichen finanziellen Basis übergeben. Und zur Erinnerung: Von 1976 bis 1983 sind die Ausgaben für die Anstalten insgesamt um 71 Prozent gestiegen, der Sachaufwand nur um 43 Prozent, der Personalaufwand um 99 Prozent. Der Abgang hat sich in dieser Zeit nur um 29 Prozent erhöht. Es wurde also bisher sehr gut gearbeitet und gewirtschaftet. Nun hat die neue Gesellschaft eine noch wirtschaftlichere Führung anzustreben, und es wird nicht zuletzt vom Geschick der leitenden Herren, denn die Latte ist hoch gelegt, abhängen, ob es tatsächlich zu möglichen Einsparungen kommt. Die Latte liegt hoch, wenn man bedenkt, daß die tägliche Pflegegebühr 1984 in der Steiermark nur 1184 Schilling betrug, im österreichischen Schnitt 1528 Schilling, in Wien sogar über 2000 Schilling. Uns ist vollkommen klar, daß die Umstellung selbst sehr schwierig sein wird, weil der Teufel - wir merken es jetzt schon - im Detail sitzt.

Hohes Haus, in einem Dossier in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ vom Juli dieses Jahres unter dem Titel „Gesundheit ein Luxus?“ wird unter anderem ausgeführt, ich zitiere kurz: „Die Patienten wollen die medizinisch beste Versorgung. Die Ärzte haben mitunter an niedrigen Kosten wenig Interesse, denn je willfähriger sie ihren Patienten mit Verschreibungen, Attesten und Verrichtungen zu Diensten sind, desto höher sind ihre Honorare und desto zufriedener ist ihre Kundschaft. Pharmazeutische Industrie, Apotheker und die Hersteller von Heil- und Hilfsmitteln wollen Umsatz und hohe Gewinne machen. In manchen Krankenhäusern können ohne Rücksicht auf die Kosten Chefärzte ihre Renommiersucht ausleben.“ Ende des Zitates einer deutschen Wochenzeitung.

Es mag viele Ansätze zum Sparen geben. Ich glaube auch, daß der bereits vorgelegte Wirtschaftsplan für das kommende Jahr ein besonnener Versuch und ein richtiger Versuch ist. Vom ständig mahnenden Finger Richtung Krankenkassen halte ich allerdings wenig. Ich glaube nicht, daß man die Situation Österreichs mit der der Bundesrepublik mit ihren viel höheren Sozialversicherungsbeiträgen überhaupt vergleichen kann. Aber ein österreichischer Vergleich zeigt, daß die Pflegesätze mit 59,44 Prozent durch die Steiermärkische Gebietskrankenkasse am höchsten in Österreich sind, in Niederösterreich sind es nur 50,86 Prozent, in

Vorarlberg gar nur 45,42 Prozent. Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß es bedeutsam ist, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1983 der Aufwand der Gebietskrankenkasse in der Steiermark für die Anstalten – und er macht über 30 Prozent der Beitragseinnahmen aus – um über 10 Prozent gestiegen ist, und im selben Jahr ist der Verwaltungsaufwand, der nur 4,45 Prozent der Beitragseinnahmen ausmacht, um 5,76 Prozent gesunken. Auch das möchte ich sagen, damit einmal das Gerede von den überproportionierten Tintenburgen aufhört.

Zum Schluß, Hohes Haus: In einem Buch von Hans Halter über die Krise der modernen Medizin ist zu lesen, daß sich in der Bundesrepublik die Ausgaben für das Gesundheitswesen seit dem Jahre 1950 verdreifacht haben, dreißigmal höher sind als im Jahre 1950, daß es doppelt so viele Schwestern gibt, Pfleger, Ärzte, dreimal soviel Apotheken, dreimal soviel Krankengymnastiker und Masseur, fünfmal soviel Psychologen und unzählige neue Berufsgruppen im Dienste der Gesundheit, daß der medizinisch industrielle Komplex Jahr für Jahr mehr Menschen rekrutiert und natürlich auch einen größeren Etat beansprucht. Ich sage es, um noch einmal Klarheit darüber zu schaffen, daß uns bewußt ist, daß die Krankenanstaltengesellschaft, zu der wir uns bekennen, vor ungeheuer schwierigen Aufgaben steht. Gerade deshalb aber sage ich dazu, daß es eines in der Zukunft auch nicht mehr geben wird: daß alles, was gut und was leicht und was angenehm ist, die Leistung des Managements ist, und daß für alles andere die Politiker weiterhin zuständig sind. Meine Damen und Herren, uns erfüllt bei dem Schritt, den wir nun gehen, skeptischer Optimismus, wenn es so etwas überhaupt gibt. Wir wünschen der neuen Gesellschaft im Interesse der heilungsuchenden Bevölkerung den besten Erfolg. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt.

**Abg. Harmtodt:** Frau Präsident! Ich verzichte auf meine Rede. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Dann darf ich als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher das Wort erteilen.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Harmtodt weiß sich zu inszenieren, es war sehr gekonnt. Ich kann leider nicht verzichten, weil ich ein paar Worte zum Herrn Abgeordneten Dr. Horvatek sagen möchte, der ja einen weiten Bogen von der Genesis bis zur Gentechnik gespannt hat und da auch die steirischen Spitäler hineingenommen hat.

Nun, wenn Sie sich den Voranschlag anschauen, werden Sie rein äußerlich merken, daß wir sparen, denn er ist um genau 86 Seiten dünner als der Voranschlag vom vergangenen Jahr, weil praktisch auf Grund der neuen Budgetierung in Wahrheit nur mehr der Betriebsabgang festgestellt wird, alles andere, nämlich Personal, Sachaufwand, ist auch butgetär bereits ausgegliedert. Ich glaube, das ist jetzt ein äußeres Zeichen, das uns auch mit Optimismus erfüllt,

nicht mit so skeptischem wie dich, aber auch mit Optimismus. Mitausgegliedert – und das ist wichtig zu betonen – sind auch die Kosten der Zentralverwaltung, die Investitionen, die Instandhaltungen, also ein ganz großer Teil, der nicht nur unter der Post der Rechtsabteilung 12 budgetiert ist, sondern an ganz verschiedenen Stellen des Budgets war. Das alles ist jetzt weg, zurückgeblieben ist der Betriebsabgang beziehungsweise die Deckung des Aufwandes, der eben noch überbleibt. Der ganze Betrieb macht nunmehr genau 5,2 Milliarden Schilling aus. Das sind ein gewaltiger Betrag und ein gewaltiger Betrieb. Und ich möchte nur etwas sagen, weil es sehr häufig auch in der Budgetrede des Herrn Finanzlandesrates etwas ungenau gesagt wird: Der Anteil des Personals ist nunmehr ganz genau errechnet 58 Prozent und nicht 70 Prozent. Ich bitte, das nachzurechnen: 2,9 Milliarden Schilling Personal bei 5,1 Milliarden Schilling Gesamtaufwand ergibt genau 58 Prozent, und alle Rechnungen vorher, bitte, sind deshalb falsch, weil nicht der gesamte Aufwand berechnet wurde, sondern nur der Aufwand der Rechtsabteilung 12 plus Personalaufwand. Also, kameralistisch gesehen hat es gestimmt, nur jetzt, wenn man die Doppik anwendet, also zu einer echten Einnahme-Ausgabe-Rechnung übergeht, im Sinne der doppelten Buchhaltung, ist als erstes einmal festzustellen, daß der Personalaufwand ohnedies mit 58 Prozent noch sehr beachtlich ist, aber eben tatsächlich niedriger. Warum sage ich das? Weil sehr häufig gesagt wird: Schaut euch private Krankenhäuser an, da ist der Personalaufwand zwischen 50 und 60 Prozent, aber bei den öffentlichen, wo es ja keine Rolle spielt, beträgt er 70 Prozent. Wenn man wie die privaten Krankenhäuser kalkuliert, ist der Personalaufwand bei uns auch erheblich geringer.

Herr Dr. Horvatek hat es gesagt, und in der öffentlichen Diskussion ist es einige Male gekommen, daß die Spitäler jetzt eigentlich sehr ordentlich dotiert werden. Tatsächlich, wenn man zusammenrechnet, was da an Betriebsabgangsdeckung im Voranschlag steht, sind das etwa 1,1 Milliarden Schilling, und vor genau einem Tag, nämlich gestern, hat uns der Vorstand den voraussichtlichen Betriebsabgang vorgelegt – da sind es 1,3 Milliarden Schilling. Das schaut so aus, als wenn die jetzt gewaltig mehr Geld bekommen würden als voriges Jahr, wo der Herr Landesrat gesagt hat: „Der Landeszuschuß beträgt 633 Millionen Schilling.“ Diesmal ist der Landeszuschuß 1,3 Milliarden Schilling. (Landesrat Heidinger: „Der Landeszuschuß beträgt das!“) Darf ich das erklären, damit wir endlich einmal auf einen Nenner kommen. Ich darf, wie der Herr Abgeordnete Hammerl gestern, der diesen schönen Brauch eröffnet hat, mich selber zitieren, und zwar aus der Rede im vergangenen Jahr. Ich habe damals gesagt: „Herr Landesrat, wenn Sie alles zusammenzählen, was das Land an die Spitäler zahlen muß, werden wir Ende 1985 auf 1,4 Milliarden Schilling kommen.“ Das habe ich damals gesagt. Ich habe damit nicht Ihre volle Zustimmung erreicht. Sie haben mir vorgeworfen, ich vermische Äpfel mit Birnen – erinnere ich mich. (Landesrat Heidinger: „Ja, ganz richtig!“) Bitte, ich tat dasselbe, was die Rechtsabteilung 10 nunmehr getan hat – ganz offiziell –, nämlich, ich habe alle Positionen zusammengezählt, die das Land für die Spitäler tatsächlich aufwendet, und zwar: ordentlicher Haushalt, außerordentlicher Haushalt,

Sonderinvestitionen, die dort getätigt werden, Kosten der Zentralverwaltung, Kosten der Pensionen, so wie jedes Unternehmen rechnen muß, weil das ja alles bezahlt werden muß. Und wenn man das summiert, kam ich im vergangenen Jahr auf 1,4 Milliarden Schilling. Wissen Sie, wie der Rechnungsabschluß 1984 aussieht? 1,4 Milliarden Schilling Defizit. Das heißt also, so schlecht bin ich gar nicht gelegen, nur habe ich das für 1985 gesagt. Jetzt werden wir erst sehen, wie sich das 1985 entwickelt, denn da hat ja die Holding noch nicht eingegriffen. Ich behaupte, das wird erheblich noch über 1,4 Milliarden Schilling liegen. Warum? Sie wissen, Rottenmann ist voll in Betrieb gegangen, Deutschlandsberg hat man aufgemacht, Strahlentherapiezentrum und so weiter. Das bedeutet, sehr vorsichtig geschätzt, 1,5 bis 1,6 Milliarden Schilling – erwarte ich, bitte. Und Sie können mich wieder korrigieren. Voriges Jahr habe ich mich nicht sehr geirrt. Warum sage ich das? Weil natürlich in der Öffentlichkeit sonst der Eindruck entsteht, na, 633 Millionen Schilling haben wir 1984 bis 1985 bezahlt, und jetzt bekommt die Holding 1,3 Milliarden Schilling. Ja, die wird ja überfüttert, der muß es ja riesig gutgehen. Nichts! Die Rechtsabteilung 10 hat sehr, sehr karg kalkuliert. Ich behaupte sogar, zu karg kalkuliert. Sie konnte gar nicht anders, weil sie durch das Übertragungsübereinkommen vertraglich gebunden war. Ich glaube aber, daß schon 1985 ein ganz erhebliches Mehr an Abgang da sein wird, als sie für 1986 der Spitalsholding zugestanden hat. Bitte, Sie können mich am Ende des Jahres, wenn dann der Rechnungsabschluß da ist, wieder zur Rechenschaft ziehen und mir sagen, ob ich recht gehabt habe oder nicht.

Dabei zieht aber die Bremse, die wir vertraglich für die Holding eingebaut haben, erst im Jahr 1987. Das ist noch der ganz normale Aufwand. 1987, 1988, 1989 wird voll eingebremst. Und jetzt möchte ich Ihnen einen Eindruck geben, was die Spitalsholding auf sich genommen hat, bitte, und darum auch diese langen Verhandlungen. Wir werden auf der Basis des Jahres 1987 bleiben! Drei Jahre hindurch. Das bedeutet, wenn Sie den Abschluß mit den Bediensteten von dem Jahr nehmen, 5,85 Prozent. Diese 5,85 Prozent oder was immer Abschlüsse für das Personal sein werden, müssen jedes Jahr eingespart werden, und jedes Prozent bedeutet 30 Millionen Schilling. Wenn ich nur 5 Prozent Einsparung annehme, sind das 150 Millionen Schilling, die drei Jahre lang hindurch eingespart werden müssen. 150 Millionen Schilling jedes Jahr! Nur dann erfüllt die Spitalsholding die von uns dargestellten Bedingungen. Ich frage mich, wo in ganz Österreich ein neues Management auf so rigorose Bedingungen eingegangen ist. Sie können verstehen, warum wir monatelang verhandelt haben. (Abg. Dr. Hirschmann: „Bei der VOEST nicht!“) Ja, bei der VOEST offensichtlich nicht. Das wage ich zu behaupten. (Landesrat Heidinger: „Das war ein bestellter Zwischenruf!“) Sie überschätzen unser Zuspield. Wir sind zwar gute Fußballer, aber das war nicht vorgegeben.

Wie gesagt, ich glaube, daß diese Einsparungsbremse zu den schärfsten gehört, die jemals in Österreich von einem Management verlangt wurden. Und das, bitte, Herr Abgeordneter Loidl, der sich ja aus-

kennt (Abg. Loidl: „Wenn es funktioniert!“) – wenn's funktioniert – gebe ich zu –, obwohl das Management – und das jetzt bitte auch für dich – in all diesen Verhandlungen um die Erhaltung und den Ausbau des medizinischen Standards gekämpft hat und immer gesagt hat: „Ja, können wir das denn bei diesen Sparmaßnahmen?“ Wir haben uns wirklich nur unter der Voraussetzung geeinigt, daß der Standard unter solchen Sparmaßnahmen nicht leidet. Und, bitte, der Standard ist in den Spitälern, wie Sie wissen, sehr unterschiedlich. Da gibt es jetzt durch die Neubauten Deutschlandsberg, Rottenmann, aber auch schon früher Voitsberg einen Standard, den wir zum Beispiel in Graz, nicht nur in Feldbach und Hartberg und Bruck, sondern in Graz lange nicht haben. Wenn Sie sich etwa die I., II. und III. Med., also den ganzen Med-Block, anschauen, ist der Standard – da komme ich zurück – 1916. Die großen Säle, die verwinkelten Zimmerchen, wo die Schwester nicht einmal mehr genau weiß, wo etwas ist – das alles ist Standard 1916. Und ich möchte heute hier als Grazer Abgeordneter wirklich verlangen, daß das Schwerpunkt- und Zentralkrankenhaus Graz – zentrales Krankenhaus – mindestens auch einmal den Standard der Standardkrankenhäuser am Land bekommt. Und zwar durchgehend auch in der Nervenklinik, auch in der Dermatologie, auch in der Gebärklinik. Ich glaube, daß das ein wirkliches Anliegen ist, nur da hat der Herr Landesrat Heidinger recht, das sind gewaltige Beträge. Wenn man rechnet für den Med-Block allein 500 Millionen Schilling, das ist nicht zu hoch gegriffen, ich wage mich nicht festzulegen, noch die anderen dazu, noch einmal eine Milliarde, so wird wahrscheinlich Graz mindestens eineinhalb Milliarden Investition kosten. Wenn Sie draußen die drei anderen Spitäler rechnen, die wir schon in Planung haben, noch einmal eineinhalb Milliarden, sind wir mindestens bei diesen drei Milliarden Investitionsstau, von denen schon so häufig geredet wird. Das alles, bitte, außerhalb der Aufgabe des Managements, den Betriebsabgang zu senken. Gleichzeitig den Standard zu heben, damit wir eben nicht nur in einigen Krankenhäusern einen sehr guten Standard haben, sondern durchgehend in Ordnung sind.

Ich möchte noch etwas sagen: Der Herr Minister Lacina hat gesagt, er muß ein Gesetz machen, damit endlich Verträge gemacht werden können, wonach die Manager das Bonus-Malus-System bekommen. Also, wenn sie gut sind, einen Bonus, wenn sie schlecht sind, einen Malus. Ich habe das mit hohem Erstaunen vernommen, denn, bitte, niemand hat die Verantwortlichen dort gehindert, jetzt schon solche Verträge abzuschließen. Denn nach dem Ges.-m.-b.-H.-Recht, nach dem Aktienrecht steht es jedermann frei, Verträge abzuschließen, die man eben an Leistungskriterien mißt. Ich darf ersuchen, vielleicht sich die Verträge anzuschauen, die wir abgeschlossen haben. Da – glaube ich – stehen wir in einer Verantwortung, die sind bei weitem anders, bei weitem anders! Wir haben sie auf fünf Jahre limitiert. Wenn dort die Leistung nicht erbracht wird, gibt es keine Abfertigung, keinen Pensionsanspruch, bitte. Die VOEST-Verträge haben Abfertigung plus Pensionsanspruch, und zwar Sofortpension. Bei uns gibt es nie eine Sofortpension, sondern erst mit Erreichung des 60. Lebensjahres. (Abg. Prensberger: „Das machen sie bei anderen Betrieben auch!“) Aber ich glaube nur, wenn man schon so redet,

muß man sagen, niemals hätte man jemanden daran gehindert, auch für die VOEST-Alpine, auch für die VEW und so weiter solche Verträge abzuschließen, wie wir sie abgeschlossen haben. Und es war nicht leicht, denn uns gegenüber saß ein sehr guter Wiener Rechtsanwalt, der den Vorstand vertreten und natürlich geschaut hat, daß das möglichst günstig aussieht. Wir haben in sehr vielen Verhandlungsrunden einen Vertrag herausbekommen, der zumindest dem Land in keiner Weise schadet. Und wenn der Herr Ruhaltinger sich jetzt besonders laut meldet, er hat bei allen Verträgen mitgestimmt. Bei allen Verträgen! Ich habe mich genau erkundigt. Ich kann es Ihnen nachweisen, Herr Abgeordneter Rainer, ich kann es Ihnen nachweisen!

Er hat sogar jetzt im Aufsichtsrat mitgestimmt, als es darum gegangen ist, nicht zu kündigen, sondern einvernehmlich zu lösen, sogar jetzt. Und dann geht er heraus und sagt: „Ich verstehe nicht, wie die Manager solche Bezüge haben können.“ (Abg. Dr. Hirschmann: „Er geht von seinem eigenen Vertrag aus!“) Wahrscheinlich, ja! (Unverständlicher Zwischenruf.)

Nein, das ist nicht wahr. Bitte, ich sitze im ORF, ich weiß das, das ist immer mitgegangen. Nein! Aber ich glaube, das ist ein Nebenthema. Ich wollte es nur erwähnen, damit man den Kontrast sehen kann.

Darf ich noch eines bemerken? Der Vorstand hat eigentlich seit dem 1. Juli, wo er begonnen hat, nur wenige Monate Zeit gehabt, Herr Abgeordneter Hammerl, der Vorstand hat nur wenige Monate Zeit gehabt, wirklich in der Sache zu arbeiten, weil er mit uns lange Zeit verhandelt hat. In dieser Zeit hat er bereits die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über eine neue Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Er hat mit der Ärztekammer bereits verhandelt über die Primärärzterträge und die Nebenbeschäftigung. Er hat bereits mit der Privatversicherung verhandelt und fast so gut wie abgeschlossen. Und er hat bereits die Verhandlungen mit der Sozialversicherung aufgenommen. Da bitte ein Wort: Herr Abgeordneter Dr. Horvatek, es ist nicht möglich, daß man sagt, nur die Ausgabenseite ist für den Vorstand disponibel, auch die Einnahmenseite! Sie ist ja ohnedies hart genug limitiert. Ich kann durch KRAZAF ohnedies nicht weit verhandeln, aber wenigstens über die Ambulanzgebühren kann ich verhandeln. Und da muß es doch möglich sein, die (Abg. Loidl: „Er kann doch nicht 30 Prozent fordern!“) Ambulanzgebühren zu erhöhen. Warum? Wenn die Krankenkasse 220 Millionen Schilling hat, um sie nach Wien in den Solidaritätsfonds zu schicken, ja, aber bitte unverteilt, wieso könnten denn nicht steirische Versicherte, Krankenversicherte, direkt das Geld bekommen? (Landesrat Heidinger: „Da bekommen wir mehr zurück, als wir hinausgeben!“) Setzen Sie sich doch dafür ein, Herr Abgeordneter Loidl! (Abg. Loidl: „Das ist ein System!“) Ja, Herr Abgeordneter Loidl, wieviel ASVG-Novellen gibt es denn schon? (Abg. Loidl: „Man muß die Pensionsbeiträge erhöhen!“) Na, sehen Sie, man kann ein Gesetz auch novellieren. Wenn man daraufkommt, daß es ungerecht ist, daß steirische Arbeitnehmer, denen es ohnehin nicht wahnsinnig gutgeht, schauen Sie sich die Mürrz-Mur-Furche an, daß die Wiener, Niederösterreicher, Salzburger Arbeitnehmer subventionieren, dann frage ich mich, ob das ein gerechtes System ist.

Aber wenn das System ungerecht ist, dann muß man ein ungerechtes System ändern. Ich halte nichts davon, daß wir bei den steirischen Spitälern knausern, aber 220 Millionen Schilling nach Wien schicken. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Preamberger: „Denken Sie an die Pensionen – wir zahlen das ja gerne!“) Herr Kollege Preamberger, eine Regierung hat ja wohl nicht die Alternative. Entweder gefährde ich die Krankenversorgung oder die Pensionen. Es müßte wohl möglich sein, daß sich beides ausreichend findet! (Abg. Loidl: „Es gibt eine andere Möglichkeit, und zwar die Möglichkeit, die Beiträge zu erhöhen!“) Ich weiß, das ist zwar eine rührende Variante, nur eben eine halbe Wahrheit. Ich glaube, die Bundesregierung hätte die Verpflichtung, ein System zu finden, das nicht darauf angewiesen ist, steirische Krankenversicherte zu verpflichten, die Pensionen anderer zu zahlen, sondern es sollte die Krankenversicherung den Kranken zugute kommen, und nicht den Pensionisten.

Bitte, ein letztes: Wir haben einvernehmlich die Weichen gestellt. Und ich möchte an dieser Stelle – ich habe es schon einmal getan – nochmals den Landesräten Heidinger und Dr. Klausner dafür danken (Landesrat Heidinger: „Tun Sie das nicht!“), daß sie sich sehr dafür eingesetzt haben – schade ich Ihnen zu sehr? (Landesrat Heidinger: „Ich mag es nicht!“) –, ja, daß Sie sich dafür eingesetzt haben, daß diese Geschichte läuft, denn es war ja nicht immer so einfach. Es sind gewisse Bedenken größer gewesen als jetzt. Denn immerhin sind die Bedenken zu einem skeptischen Optimismus geronnen, was ja sehr erfreulich ist. Ich glaube nur, um jetzt auch noch etwas aufzugreifen, was der Abgeordnete Dr. Horvatek gesagt hat: Man sollte den Vorstand jetzt wirklich arbeiten lassen. Und, bitte, nicht behelligen und nicht wieder sagen, ihr dürft euch nur so organisieren oder so organisieren, noch dazu, wo in der Geschäftsordnung steht, die Organisationsgrundlinien sind vom Vorstand einvernehmlich festzulegen. Der Vorstand hat einvernehmlich festgelegt, und plötzlich heißt es von eurer Seite, so darf er es nicht. Also, meine herzliche Bitte: laßt ihn arbeiten. Er ist jetzt lange genug durch Verhandlungen behindert worden. Er muß ja auch endlich einmal die Ärmel aufkrepeln und etwas herzeigen. Ich bitte darum, solche Eingriffe nach Möglichkeit nicht zu tun, denn wie sich jemand die Organisation wählt, ist wirklich seine Sache. Im nachhinein kann man feststellen, ob sie gut oder schlecht war, „an den Früchten sollt ihr sie erkennen“. Aber nicht im vorhinein die Organisationsstruktur vorgeben und dann sagen, ihr habt nichts zusammengebracht, ihr wart schlecht organisiert. Ich möchte in meinen Dank für diese Verhandlungen auch ausdrücklich Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba einbeziehen, der wie die Jungfrau zum Kind gekommen ist, sehr plötzlich, und meine liebe Kollegin Dr. Lindi Kalnoky, bei der ich dasselbe Bild nicht verwende. Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Als nächsten Redner darf ich die Frau Präsident Zdarsky bitten.

**Abg. Präsident Zdarsky:** Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind es ja gewohnt, daß bei der Budgetdebatte, Gruppe 5, Gesundheit, die eigentlich einen großen

Budgetrahmen umspannt, von den leitenden Herren der Krankenhäuser ganz selten jemand im Publikum sitzt.

Hohes Haus! Seit vielen Jahren war die finanzielle und spezielle Situation der Spitäler in unserem Land ein wichtiges Kapitel in der Gruppe 5 bei den Budgetdebatten. Nicht immer, aber des öfteren, ist dabei auch der Patient im Mittelpunkt gestanden. Ab 1. Jänner kommenden Jahres werden – wie schon ein paarmal gesagt wurde – nun die steirischen Landeskrankenanstalten in einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammengefaßt, und diese wird dafür zeichnen. Nach wie vor aber sind wir, die Abgeordneten dieses Hauses und die Landesregierung, für die Menschen in unserem Land verantwortlich. Ich brauche nicht mehr darauf einzugehen, warum es zur Installierung der Krankenhausgesellschaft gekommen ist. Darüber haben wir ja oft und lange gesprochen und verhandelt. Die gestiegenen Spitalskosten sind ja auch durch die vermehrte Inanspruchnahme der Krankenhäuser durch die Patienten mitverursacht. Sicherlich aber auch durch die starke Spezialisierung in der Medizin. Der Satz: „Wenn du arm bist, mußt du früher sterben“ ist heute zumindest bei uns praktisch Gott sei Dank überholt. Aber vielleicht muß heute mancher sterben, weil er zuviel fordert und weil vielleicht auch die Spezialisierung zu manchen Eingriffen verleitet, die nicht unbedingt notwendig sind. Wer hat schon den Mut und vor allem das Wissen, eine Untersuchung oder Therapie abzulehnen?

Sehr geehrte Damen und Herren! Für viele, sehr viele Patienten bedeutet es einen Schock, in ein Spital eingeliefert zu werden. Sie sind je nach Schwere des Falles hilflos und müssen sich der Anordnung der Ärzte und vor allem auch des Pflegepersonales fügen. Dieses Ausgeliefertsein an eine Institution und an die in ihr arbeitenden Menschen ist sicher ein Problem. Auch als gesunder Mensch ist man manchmal Situationen und Abhängigkeiten ausgeliefert, denken wir, wenn wir in ein Flugzeug steigen, oder denken wir an eine plötzliche Heizölpreiserhöhung, aber bestimmte Situationen sind eben anders. Im Krankenhaus wird aber vielen Menschen zum ersten Mal bewußt, daß er rein passiv abwarten muß, wie über ihn entschieden wird, und zwar gerade auf einem Gebiet, das für Menschen in dieser Situation das Wichtigste ist: über seine Gesundheit und damit oft über sein Überleben. Die Angst entmündigt fast jeden Menschen, der in der Ausnahmesituation als Kranker vom Monopolinhaber Arzt abhängig ist! Die Unmündigkeit beruht auf Unkenntnis, das heißt auf Mangel an Information! Der Patient als Partner des Arztes müßte aufgeklärt sein. Es müßte eine Kommunikation zwischen den beiden hergestellt werden. Doch wie kann man dies bewerkstelligen?

Die Medien befließen sich gesundheitlicher Aufklärung teils prophylaktischer Art, doch mehr noch mit dem Sensationellen, mit dem Besonderen, weniger mit dem Alltäglichen. Aufklärung über die Errungenschaft der hochtechnisierten Medizin nützt dem Patienten in seiner eigenen Lage wenig. Im Gegenteil! Es macht ihn abhängiger, es macht ihn gefügiger! Bei einem Laien, und das ist fast jeder Patient, bedarf es einer besonderen menschlichen Brücke, und die gibt es trotz guter Ärzte fast noch nicht! Es muß aber eine solche geschla-

gen werden. Dann werden weniger Fehler passieren, weil durch Vertrauen auf Gegenseitigkeit manche Schlamperei, Organisations- und andere Mängel ausgeschaltet werden könnten.

Hohes Haus! In der „Steirischen Akademie 77“ steht ein Satz: „Stumme Ärzte heilen schlecht.“ Man kann dazu sagen: Stumme Patienten werden schlecht geheilt! Der mündige Patient muß oder sollte in der Lage sein, sich ein Urteil zu bilden und darüber zu sprechen und fragen zu können und fragen zu dürfen! Ein „herrschaftsfreies“ Krankenhaus müßte Vorrang haben, Betonung auf Herrschaft, das heißt nicht ohne Chef, das heißt nicht ohne Führung! Es müßte also in der neuen Ära – und ich sehe jetzt den Herrn Generaldirektor Moser hier, wenn ich mich nicht irre, und freue mich, daß er gekommen ist –, eben in der Krankenhausgesellschaft, die Motivation dazu gegeben werden, am Arbeitsplatz „Krankenhaus“ den Patienten als echten Partner anzuerkennen, nicht mit dem Spruch: Wer heilt, hat recht!

Hohes Haus! Wir haben im Landtag am 5. November beschlossen, ab 1. Jänner 1986 eine Art Schlichtungsstelle, das heißt einen Patientenanwalt für Ärzteopfer – das ist ein ganz schlechtes Wort, aber ich finde kein anderes – zu installieren. Die Beschwerdekommision soll die Arbeit zum Nulltarif für die Betroffenen aufnehmen. Immer öfter wird es ja jetzt vom Patienten nicht mehr als schicksalhaft hingenommen, wenn seine Erwartungen in die medizinische Heilkunst enttäuscht werden. Es wird immer häufiger nach der Schuldhaftigkeit in der Behandlung gesucht. Weltweit ist ja eine Ausweitung der Zahl von Schadenersatzprozessen gegen Ärzte festzustellen.

Diese Entwicklung macht natürlich auch vor Österreich nicht halt. Sicherlich werden sich alle Ärzte bemühen, sorgfältig und gut zu arbeiten, doch stellt das Vertrauen, und hier das Arzt-Patient-Verhältnis, eine wesentliche Bedingung für einen positiven Ausgang der Behandlung dar. Auch für die positive Nachrede! Ist ein Patient aber wirklich durch ärztliche Schuld, sprich Behandlungsfehler, geschädigt, so wird die Hilfestellung ab Jänner für Patienten in steirischen Krankenanstalten wirksam werden. Krankenhausgeschädigte können mit unbürokratischer Hilfestellung rechnen. Manches ist sicherlich mit Geld nicht reparabel, aber manchmal wird Geld die Situation erleichtern können. Man sollte dabei aber nicht vergessen, daß die Mittel, die dazu herangezogen werden, Steuermittel sind! Es erscheint deshalb wichtig, daß die zukünftige Schlichtungsstelle nicht völlig ungeprüft Ersatz leistet. Aber daß bei einer Neuinstallierung eines großen Apparates, Wirtschaftskörpers, diese Tradition so übernommen wird, wundert mich, denn zumindest die Generaldirektoren hätte man heute bei dieser Diskussion erwarten können. (Beifall bei der SPÖ.) Es sind wohl der Finanzdirektor und der ärztliche Direktor auch hier, aber die beiden Großverantwortlichen glänzen durch Abwesenheit. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sind sie eingeladen worden, Frau Präsident?“) Ich meine nicht eingeladen, denn von den Herrschaften, die hier draußen im Publikum sitzen, sind die meisten wahrscheinlich auch nicht eingeladen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich würde vorschlagen, wir laden sie das nächste Mal ein. Ich vermute, daß sie das gar nicht wissen!“) Von Generalmanagern kann

man auch Initiative erwarten. (Abg. Ofner: „Herr Landeshauptmann, ist die Feuerwehr eingeladen worden?“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist alte Tradition!“) Sie müßten sich das auch anhören, vielleicht, was die Abgeordneten sich vorstellen, die ja weiter auch Mitverantwortung tragen.

Die Klärung der Arzthaftungsfrage müßte also rasch, rascher als Gerichte es können, durchgeführt werden. In Deutschland hat ein Großteil der Bundesländer Schlichtungsstellen oder Gutachungskommissionen eingerichtet. Antragslegitimiert sind sowohl der Patient als auch der behandelnde Arzt oder der in Anspruch genommene Krankenträger. Dem Rechtsstatus nach handelt es sich dabei um einen unverbindlichen Vorschlag der angesprochenen Institution an die Parteien, einen außergerichtlichen Vergleich über den Streitfall abzuschließen. Insgesamt hat sich die Arbeit dieser Einrichtungen so weit durchgesetzt, daß sich auch die öffentlich-rechtlichen Klinikträger mehr und mehr der Schlichtungsstellen bedienen. Selbst die Gerichte tendieren dazu, die Parteien anzuleiten, doch vorerst einmal die Schlichtungsstelle aufzurufen. Der Prozeßweg steht dann noch immer offen. In der BRD zeigt es sich also, daß beide Institutionen – Schlichtungsstelle und Gutachungskommission – bestens geeignet sind, Streitigkeiten aus fehlgeschlagenen Heilbehandlungen zur allseitigen Zufriedenheit zu erledigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube daher, daß die steirischen Einrichtungen einer Beschwerdekommission beziehungsweise eines Patientenanwaltes ein weiterer Schritt zur Mündigkeit des Patienten sind. Eine Berufshaftpflichtversicherung für Ärzte und Spitalsbedienstete wäre aber sicherlich angezeigt. Nach wie vor halte ich aber als wichtigstes Moment das partnerschaftliche Vertrauensverhältnis Arzt-Patient! Dieses auszubauen oder überhaupt herzustellen, muß Aufgabe aller in den Spitälern Tätigen sein. Ist dieses vorhanden, wird die Beschwerdekommission wenig zu tun haben. Ich wünsche uns dieses zum Wohle der Patienten, aber auch für den guten Ruf unserer steirischen Spitäler!

Ich möchte aber jetzt noch ein Wort zum Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher sagen, und zwar zu den Worten, die Sie zur VOEST gesagt haben. Da nehme ich wieder den Spitalskörper, wieder die Krankenhausgesellschaft. Auch die Ärzte haben hier bei uns ganz außergewöhnliche Verträge. Ohne Leistungsprinzip, das Leistungsprinzip ist nicht fix verankert, und sie haben diese Verträge, und es wird immer wieder davon gesprochen, die Ambulanzgebühren anzuheben. Es ist eigentlich auch kein Gewinn bei den Spitälern zu machen. Das sollte man auch einmal bedenken. Diese Verträge sind mindestens so gut wie die Verträge der Manager bei der VOEST. Und wenn Sie von den 220 Millionen gesprochen haben, die wir nach Wien schicken, so möchte ich nur sagen, wir bekommen von Wien 580 Millionen dafür zurück. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

**Abg. Dr. Wabl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Thema Gesundheit, zur Spitalsreform, am Anfang eine Anmerkung zum Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Er hat die VOEST-Katastrophe zum Anlaß genommen, einige Überlegungen zu den Gehältern anzustellen. Ich glaube, daß es richtig ist, sich zur Frage der Gehälter im allgemeinen im Industriebereich, im geschützten Bereich, im staatlichen Bereich Gedanken zu machen und hier Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aufzuzeigen. Auch wir sind der Meinung, daß die Pensionsregelungen, die oft vereinbart worden sind, übertrieben sind und daß es hier mehr Leistungsgerechtigkeit geben soll. Aber Sie stellen das so dar, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, daß die Gehälter der beiden Generaldirektoren angemessen sind, daß sie relativ bescheiden sind. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ich habe von den Gehältern überhaupt nicht geredet, sondern von den Abfertigungen und Pensionen!“) Sie haben die Gehälter verglichen, ich kenne die Verträge der beiden Direktoren, ich will auch nichts Negatives voraussagen, ich hoffe, daß es ein Erfolg wird und daß sie ihr Geld verdienen. Aber eines können Sie sich nicht ersparen zu sagen, wenn man die Verantwortung der beiden Direktoren im Krankenanstaltenbereich und die Verantwortung mancher Industriemanager vergleicht, die ich nicht verteidigen will, aber es ist ein Unterschied, ob ich heute ein Unternehmen mit 70.000 Beschäftigten führe, wo ich ein Produkt produzieren muß, das ich im Wettbewerb verkaufen muß. Und daß dort entsprechende Löhne bezahlt werden, dafür bin auch ich, obwohl ich sehr kritisch eingestellt bin, und dazu (Abg. Dr. Hirschmann: „Sprichst du im Namen deiner Fraktion?“) stehe ich auch – wir werden ja sehen, ob es ein Erfolg wird. Zufällig bekommt gerade der Bosch das gleiche, wie der Apfalter bekommen hat, also 160.000 Schilling. Da frage ich mich, da sind 10.000 Beschäftigte, der Betrieb kann kaum in Konkurs gehen, das werden wir nicht hoffen. Die Krankenanstalten brauchen keine Werbung, sie brauchen kein Produkt zu verkaufen. Sie belegen sich von selbst. Sicherlich wird es notwendig sein, gewisse Erfolge zu erzielen, wobei ich eines sagen muß, auch bisher sind sie hervorragend gelaufen unter Landesrat Heidinger und seinen Beamten. Aber ich glaube, die Beamten und Landesrat Heidinger haben nur einen Bruchteil von dem bekommen, was die beiden Generaldirektoren in Zukunft bekommen. Wenn Sie sagen, das ist gerechtfertigt – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist ein totaler Widerspruch zu Landeshauptmannstellvertreter Gross!“) Ich sage eines, in der Industrie kann man, wo ein internationaler Wettbewerb ist, darüber diskutieren. Und die Pensionsregelungen, die im Bankenbereich bezahlt werden, sind sicherlich ungerechtfertigt. Ich will niemanden in Schutz nehmen. Aber bitte, wenn Sie so tun, weil der Apfalter hier gescheitert ist, wobei man allenfalls das Verschulden wird prüfen müssen, und es wird auch schon geprüft. Aber man kann nicht die Verantwortung eines VOEST-Managers mit der Verantwortung eines Generaldirektors der Spitalsholding vergleichen. Das ist Äpfel mit Birnen vertauschen, was Sie öfters machen. (Abg. Schützenhöfer: „Genau das tun Sie jetzt!“) Ich glaube, man muß die Dinge wirklich im rechten Lot sehen! Es ist ja klar, weil Sie hier initiativ waren. Die bisherigen Beamten haben es auch einigermaßen gut über die Bühne gebracht. Es gibt immer Dinge, die zu verbessern sind.

Aber, daß 160.000 Schilling mit der linken Hand wegzustecken sind, sagen Sie es den Leuten draußen, die auch fleißig arbeiten, dem Mechaniker, der Frau in der Textilindustrie, ob 160.000 Schilling so einfach zu akzeptieren sind. (Abg. Dr. Hirschmann: „Vielleicht klärst du das einmal in deiner Fraktion!“) Wir haben dann dem Gesamtpaket zugestimmt. Wir haben aber sehr wohl unsere Bedenken gegen die Höhe angemeldet, weil wir der Meinung sind, das sei ein geschützter Bereich. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist eine grauenhafte Zustimmung!“) Gut, dem Gesamtvertrag haben wir zugestimmt, aber es gibt auch Punkte, wo man nicht ganz einverstanden sein kann. Aber ich möchte die Gelegenheit zum Anlaß nehmen, um zwei Wünsche an die zukünftigen Geschäftsführer hier zu deponieren. Ich weiß, daß das zwei heiße Eisen sind. (Abg. Schützenhöfer: „Du legst die Strategie der SPÖ offen! Du hast dich mit keiner Frage im Klub durchgesetzt!“) Was regst du dich so auf, Kollege Schützenhöfer? Man wird wohl in Zeiten wie diesen, die schwer genug sind, über Fragen der Gerechtigkeit oder der gerechtfertigten Bezüge sprechen können. Wenn uns das nicht mehr erlaubt ist, warum seid ihr so erbost, wenn man fragt, ob das gerechtfertigt ist? Ich verstehe das nicht. (Abg. Dr. Hirschmann: „Du stielst uns die Zeit!“) Ich habe nur gesagt, man kann das schwer vergleichen, und man muß die Frage stellen – (Abg. Dr. Dorfer: „160.000 Schilling netto!“) Wir wollen keine Gehaltsdebatte führen, das wird morgen sein. Aber zwei Wünsche an die Geschäftsleitung! (Abg. Dr. Dorfer: „Welche Verantwortung hat der Herr Ruhaltinger?“)

Herr Kollege Dr. Dorfer, warum regen Sie sich so auf? Ich habe Sie nicht kritisiert. Ich habe nur gesagt, man wird ja wohl noch diskutieren dürfen, wenn ein neuer Abschnitt kommt, ob diese Gehälter gerechtfertigt sind. Ich hoffe auch, daß alle Ihre Wünsche sich erfüllen. Ich muß eines sagen, da kann ich dem Kollegen Heidinger nur recht geben, daß ich bisher mit der bisherigen Arbeit der Krankenhausverwaltung sehr zufrieden war. Daß sich etwas verbessern läßt, das ist keine Frage, aber man wird wohl noch angesichts der Diskussion über die Frage diskutieren dürfen, ob 160.000 Schilling im Krankenhausbereich hier gerechtfertigt sind, ohne daß ich Ihnen nahetreten wollte. (Abg. Dr. Dorfer: „Über Ruhaltinger wird man diskutieren müssen!“) Kann man auch diskutieren. Man soll auch über diese Frage diskutieren. Richtig, über all diese Entwicklungen im staatlichen Bereich. Aber zwei Wünsche bitte, das war der eigentliche Anlaß meiner Wortmeldung.

Da kann man ehrlich darüber sprechen, wer zuviel hat. Aber man wird das hier wohl aussprechen dürfen. Man kann über alles diskutieren, ich glaube, die VOEST-Krise ist Anlaß, über diese Fragen zu diskutieren, und das wird man im Landtag auch noch tun dürfen, ohne daß Sie beleidigt sind. Ich frage mich, warum Sie das so vehement verteidigen. Aber, zwei Wünsche an die Geschäftsleitung: Ich bin froh, daß der Herr Moser da ist, daß der Herr Direktor Hecke und der Herr DDr. Stepantschitz da sind. Ich möchte nur zwei Themen aufwärmen. Ich weiß, das erregt auch manchmal Ihre Abneigung, aber ich möchte das trotzdem sagen, weil ich glaube, es ist viel Positives in unseren Krankenhäusern geschehen, aber diese zwei Dinge liegen uns allen am Herzen. Das eine ist die Nebenbe-

schäftigung der dort beschäftigten Ärzte. Wir alle kennen das Problem, wir alle wissen, daß leider Gottes der Zustand vorhanden ist, daß manche Ärzte nebenbei eine Praxis haben – dort und da –, und ich persönlich glaube halt, um das Gehalt, das sie verdienen, sind ihre volle Arbeitskraft und ihre Präsenz im Krankenhaus notwendig, und ich habe daher keine Freude. Wir haben als SPÖ-Fraktion einen Antrag eingebracht, der auf die Erledigung wartet. Wir können natürlich selbst nichts mehr beschließen, nur Wünsche übermitteln, Anregungen machen, aber ich glaube doch, daß die Krankenhausführung in Zukunft dieses Problem angeht. Und, Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, du hast das letzte Mal gesagt, daß die Professoren zuwenig Freiheiten haben. Ich persönlich habe im Krankenhausbereich sehr oft erlebt, daß gerade die Primärärzte dort, die Universitätsprofessoren, sehr viele Freiheiten haben: daß sie auswärts operieren und auch die Möglichkeit haben, gigantische Nebeneinkünfte zu erzielen. Und ich glaube, da sollte man gemeinsam – es geht ja nicht darum, daß ich da hier jemandem nahetreten will – darangehen, auch das Problem in den Griff zu bekommen. Ich habe das letzte Mal erzählt, daß der Professor sagt: „Na, komm nicht ins Krankenhaus, gehen wir ins Sanatorium“, weil er dort entsprechend mehr verdient. Wir brauchen diese Auslastung der Krankenhäuser, und sie sollen dort ihre Arbeit verrichten, und sie bekommen genug bezahlt, daß sie wirklich ihre volle Arbeitskraft im Krankenhaus einsetzen. Ich glaube, da werden Sie mir ja zustimmen.

Ein zweiter Wunsch: Ich glaube, wir haben mit der Neuregelung der Sondergebühren sehr viel erreicht. Ich persönlich wäre trotzdem glücklicher, wenn man auch in Zukunft darüber nachdenken würde, ob es nicht fixe Gehälter gibt, angemessene Gehälter für die Primärärzte dort, damit dieser Beigeschmack der Sondergebühren wegfällt, weil ich glaube, daß die Kärntner Regelung mit einer Höchstgrenze sehr sinnvoll ist. Ich glaube, das wäre auch ein Wunsch für die Zukunft, der möglich ist.

Und noch etwas: Ich weiß auch, daß das manchmal nicht überall akzeptiert wird, aber vor kurzem ist ja die Entscheidung ergangen, daß Sondergebühren keine Honorare für die Ärzte sind. Bisher, glaube ich doch, daß manchmal bei den Ärzten der Eindruck vorhanden war, daß das ein Honorar ist, und die Honorare haben sich dann verstärkt. Wir kennen ja alle das Problem, das ja ein menschliches Problem ist. Man fragt: „Was bist du bereit, für eine Operation zu geben?“ Dann sagt der Arzt: „Die Hälfte von dem, was du vorher gegeben hättest.“ Diese Erscheinungen, daß die Patienten den Ärzten Geldbeträge übergeben, auch oft die ärmsten Leute, weil sie hoffen, daß sie besser behandelt werden – man kann schon sagen: Wenn sie nichts hergeben, kann man nichts nehmen –, ich glaube aber trotzdem, daß man in Zukunft – das ist ja nicht überall gleich, bitte, aber das sind Sitten und Entwicklungen, die unserem Gesundheitswesen nicht förderlich sind. Ich würde wirklich bitten, daß die zukünftige Leitung noch stärker darauf dringt, daß eine Geldannahme im Krankenhausbereich verboten und unterbunden wird, einfach, weil ich glaube, daß es dem Ansehen und den Leistungen der Ärzte gar nicht zuträglich ist. Sie verdienen ausreichend, und diesen halboffiziellen Bereich sollte man wirklich einschrän-

ken. Manche sagen vielleicht: „Das gibt es nicht!“ Ich weiß, daß es das gibt. Ich habe nichts gegen die Kaffeekasse, aber trotzdem sollte man hier einiges überlegen.

Ich bin schon am Schluß, weil es ja schon spät ist. Ich muß eines sagen: Ich persönlich glaube, daß bisher gute Arbeit geleistet worden ist. Ich wünsche mir, daß diese Reform, die wir in der Steiermark besprochen haben, ein Erfolg wird, vor allem für die steirischen Patienten. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky.

**Abg. Dr. Kalnoky:** Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich glaube, wir haben alle gemerkt, wir sprechen zum Thema „Gesundheit“, aber eigentlich reden wir über die Krankheiten. Es gibt nur eine Gesundheit, und es gibt viele Krankheiten. Und das ist auch gleichzeitig das Problem der Gesundheit, daß sie unauffällig ist und erst, wenn sie nicht mehr da ist, zur Krankheit wird, die Krankheit gehört aber in ein anderes Ressort. Ein Zeichen, daß unser Gesundheitssystem vom Konzept her nicht mehr stimmt. Wir brauchen eine humane, aber auch eine effizientere Gesundheitspolitik, und ich glaube, Sie können sich vorstellen, wie ungefähr die Stimmung ist, wenn sich die drei Verantwortlichen für das Gesundheitssystem treffen. Da sitzt der Hauptverband und sagt: „Ich habe das Geld.“, da sitzt die Ärztekammer und sagt: „Ich habe die Personen, die Ärzte.“, und dann sitzt der Gesundheitsminister da, der hat eigentlich nichts. Er hat nichts, und wir sehen daran, daß diejenigen, die mit der Krankheit umgehen, auch gleichzeitig das Geld und die Macht haben, und die für die Gesundheit verantwortlich sind, sind ohnmächtig. Hier muß die Regierungspartei ein neues Zeichen setzen, sie müßte eigentlich neue Konzepte haben – das erwartet man sich von einer Regierungspartei. Bisher habe ich da noch sehr wenig gespürt. Aber ich möchte heute eigentlich nicht als Kritikerin hier auftreten, ich möchte eigentlich um ein neues Gesundheitsbewußtsein werben. Die alten Konzepte gehören der Vergangenheit an, in bezug auf diejenigen Krankheiten, die jetzt sozusagen dominant sind. Wir können nicht nur Krankheiten heilen, sondern wir können Krankheiten vor allem auch verhindern. Ich möchte dabei etwas feststellen, denn das wird noch sehr oft verwechselt. Bitte: Frühuntersuchungen, Gesundenuntersuchungen sind Früherkennungen, und Prophylaxe heißt Krankheit verhindern. Das sind eigentlich zwei sehr verschiedene Dinge. Vielleicht kann ich Ihnen an den jetzigen Gegebenheiten der VOEST das Problem erklären: Gesundenuntersuchung wäre gewesen, wenn man bei der ersten Milliarde aus dem Ölgeschäft ausgestiegen wäre, Prophylaxe heißt, daß man gar nicht mit dem Ölgeschäft begonnen hätte. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Preamsberger: „Da kann ich auch zu einem Menschen sagen: ‚Du darfst nicht soviel essen und trinken!‘“) Das werde ich Ihnen noch sagen. Ich werde nicht einen Punkt, ich werde Ihnen mehrere Punkte sagen, und Gott sei Dank, ich habe wirklich Hoffnung, es gibt auch unter Ihnen einige, und ganz besonders habe ich der Rede vom Kollegen Loidl zugehört, und da hat man wirklich Hoffnung: Er, aus der langen

Arbeit im Gesundheitswesen, hat längst begriffen, daß es wirklich auch darum geht, Krankheiten zu verhindern, und nicht nur die Früherkennung zu fördern. Außerdem ist es ja so, daß die Gesundenuntersuchung, so, wie sie konzipiert ist, ein großer Reifall ist. Sie wissen, zwei Prozent der Bevölkerung nehmen sie nur an, und davon ist nur ein Prozent die Gesundenuntersuchungen der Jugendlichen, und die sind, bitte, verpflichtend. Also, ein Prozent ist eigentlich nur freiwillig. Es heißt aber für die Zukunft – und wir sprechen immer davon –, daß wir unser System finanzieren müssen. Bitte, da heißt es, daß wir nicht nur älter werden – wir wissen, daß wir älter werden können, wir müssen auch gesünder bleiben. Sie wissen auch, daß in der Gegenwart ungefähr 18 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre sind, und im Jahr 2000, bitte, werden es 38 Prozent sein. Was heißt das? Im Jahr 2000 wird es doppelt so viele alte Menschen geben, als es jetzt gibt, und das heißt, daß wir das alles erst recht nicht finanzieren können, wenn die Menschen, wie auch Sie, Kollege Preamsberger, lernen, gesund zu leben, weil sie dann noch sehr lang gesund sein können und nicht nur in Pension gehen, sondern auch ihr Leben noch genießen können.

Der Herr Kollege Sponer hat gemeint: „Gesundheit muß in das Versorgungssystem“, und da muß ich ihm leider widersprechen. Das ist ein total verkehrtes Konzept, wenn man sagt: Gesundheit gehört ins Versorgungssystem. Bitte: Gesundheit kann man letztendlich nicht verordnen. Zeigen Sie mir das Rezept, auf dem Gesundheit verschrieben ist. Gesundheit – dazu gehört viel mehr! Das heißt, daß wir die Menschen neu motivieren, um sie von ihren liebgehabten, leider krankmachenden Lebensgewohnheiten abzubringen. Ich will nur einige Punkte als Anregung sagen, und in der Pension werden Sie vielleicht noch ein paar weitere Punkte dazulernen. (Abg. Preamsberger: „Oder die Angst vor dem Arzt!“) Ja, das ist überhaupt keine schlechte Motivation. Aber wir, bitte, können das überhaupt nicht zahlen. Es gibt von Ionesco ein Wort, das sagt: „Wenn die Sehenden das Augenlicht verlieren, dann sind die Blinden verloren.“ Und was heißt das, bitte? Einige von uns müssen einfach aktiv und gesund sein. Sie wissen vielleicht, daß ein Pflegefall dreieinhalbmal soviel kostet wie ein Platz in einem Altersheim. Allein solche Zahlen müßten uns nachdenklich machen.

Ich möchte aber zurückkehren zu meinen Anregungen, zur Änderung krankmachender Lebensgewohnheiten. Dazu gehört, daß wir alle viel zu wenig Bewegung machen, und deshalb begrüße ich ganz besonders, daß wir jetzt einen Landesrat für Sport haben, weil in der heutigen Zeit Sport auch ein Medikament ist. Und ein Medikament gehört verordnet und dosiert. Wir müssen dem Sport viel mehr Gewicht zugestehen. Dann müssen wir anders essen. Wir essen zuviel, und wir essen verkehrt. Angefangen von den Jausen der Schulkinder, aber auch in den Heimen, in den Kantinen und vor allem in beklagenswerter Weise auch in den Spitälern werden die Menschen nicht motiviert, das Richtige zu essen. Das ist gar nicht so einfach, weil sie einfach gewohnt sind, zum Frühstück zum Beispiel ihr Semmel zu haben. Da muß man sich mit ihnen auseinandersetzen, da muß man sie motivieren, daß sie selber ja dazu sagen. Es ist eben kein Versorgungs-

system, wo man etwas verordnen kann. Das wäre die große Wende. Es gehört aber auch zum Gesundheitssystem, daß wir erkennen, daß das soziale Engagement zu unserer seelischen Gesundheit gehört. Wir wissen, und einige von uns sehen das schon, aber in unserem Gesundheitssystem ist es kaum verankert, daß seelische Vorgänge durchaus auch ihre Auswirkungen auf den körperlichen Bereich haben.

Ich frage den Gesundheitsminister Dr. Steyrer: Wo ist das Psychologengesetz, wir warten schon lange darauf. Es gibt keinen Konsumentenschutz der Seele. Wenn Sie eine Heizung in Ihrem Haus einrichten lassen, da braucht man sehr viele Vorbedingungen, aber eigentlich kann jeder dem anderen seelisch etwas zu- oder abraten. Es gibt diesen Konsumentenschutz der Seele eben nicht. Es gehört auch - und das hat Frau Präsident Zdarsky gesagt - im Spital nicht nur die Heilung durch Medikamente, sondern auch die Heilung durch das Gespräch, Heilung durch menschliche Zuwendung, auch hier ist von der Krankenkasse das Problem noch überhaupt nicht anerkannt. Sie wissen, daß ein Quartalschein verrechnet werden kann, für das ärztliche Gespräch 150 Schilling. Ich glaube, ich habe das schon öfter gesagt, das ist wirklich zuwenig. Wir müssen leider bedauern, daß die Krankenkassen und alle Paragraph-2-Krankenversicherungsträger immer noch schauen, daß der Mensch einfach erst einmal in die Fallgrube der Krankheit fällt, und dann wird ihm vielleicht geholfen. Es ist aber bisher nicht möglich, ihm eine Brücke über diese Fallgrube zu bauen oder auch nur eine Warntafel aufzustellen. Hier muß wirklich eine Änderung der Einstellung erfolgen. Bisher ist alles so konzipiert, daß der Mensch erst einmal krank werden muß. Und wenn er es auch nur im Vorstadium ist, durch die Früherkennung, und dann wird teuer gesund gemacht. Das beginnt bei der Arbeitswelt. Es ist verkehrt, krankmachende Arbeiten teurer zu bezahlen, das heißt, den Menschen in die Krankheit treiben. Wir müssen eigentlich Wege finden, ihn davor zu bewahren. Es heißt, daß orthopädische Schäden bei der Frühinvalidität an zweiter Stelle stehen. Wir müssen frühzeitig Maßnahmen ergreifen. Es gibt immer noch schicksalhafte Momente, wo die Fehlhaltung korrigiert werden kann und nicht zur Fehlform wird, die dann nicht mehr korrigiert werden kann. Es ist schlimm, daß bei der Zahnbehandlung immer noch Kariesfälle ansteigen und auch immer noch der Zahnersatz ansteigt. Es gibt immer mehr junge Menschen, die schon Zahnersatz brauchen. In anderen Ländern, wo Prophylaxe betrieben wird, diskutieren die Zahnärzte darüber, wie schaut unser Berufsbild überhaupt in zehn Jahren aus? Wir sind weit davon entfernt. Ich habe vorgestern mit der Schweizer Schulzahnklinik gesprochen. Im vergangenen Jahr 1984 hat dort die Krankenkasse 13 Millionen Schweizer Franken, auf 120.000 Schulkinder umgerechnet, eingespart. Ich glaube, den Schweizern kann man schon glauben, daß sie rechnen können. Es ist zu spät, wenn im Kassenbericht unter dem Kapitel „Gesundheitsförderung und Krankheitsverhütung“ in den Paragraphen 155 und 156 im ASVG nur Früherkennung und Erholungs- und Genesungsaufenthalte aufscheinen sowie Kur- und Rehabilitationszentren. Sie alle wissen, in den Rehabilitationszentren gibt es Apparate, von denen Kliniken oft nur träumen. Eigentlich ist das zu spät. Es ist nicht richtig, so spät zu sparen und dann doppelt teuer zu

zahlen. Ich sage das immer wieder, bei unserem Auto haben wir eine viel vernünftige Einstellung. Allerdings müssen wir das alle selber bezahlen, das geben wir zum Service, lassen es anschauen, und wir warten nicht bis zum Zusammenbruch, um einen neuen Motor zu kaufen. Auch die Steirische Gebietskrankenkasse weigert sich bisher, leider, Prophylaxe zu betreiben. (Abg. Loidl: „Darf sie nicht!“) Existiert nicht! Die darf nicht! Und das werde ich dir jetzt sagen, wie sie sich da herauswindet. Auf das Argument habe ich gewartet. (Abg. Loidl: „Das ist gesetzlich geregelt. Es muß ja finanziert werden, ich habe die Zahlen bekanntgegeben!“) Es stimmt schon. Du hast total recht, daß das alles gesetzlich geregelt ist. Es ist alles wirklich bestens gesetzlich geregelt, daß das Geld nach Wien geht. Aber dann, wie es aus dem Topf herausgenommen wird, das ist lang nicht so geregelt. Da gibt es durchaus Änderungen, wenn man bei der Wiener Gebietskrankenkasse schaut, da gibt es Zuwendungen, Zuschüsse und Zweckzuschüsse, drei verschiedene Sorten. Dabei gibt es einen Paragraph 447 im ASVG, der ausdrücklich sagt, daß Anwendungen für Bauzuschüsse nicht aus dem Ausgleichsfonds gezahlt werden dürfen. Und bitte, wir zahlen nach Wien zum Hanusch-Spital dazu, weil sie dort sehr aufwendig gebaut haben. Viel schlimmer ist es noch mit der Zahlung in den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherung. Pünktlich in jedem Jahr, und bitte die gesetzliche Regelung erfolgt so, daß es immer eine Sonderregelung ist, und merkwürdigerweise immer im Dezember oder Ende November, kommt eine Sonderregelung, und dann wird das Geld für die Pensionsversicherungen gezahlt. Ich will heute gar nicht über die Sonderregelungen diskutieren, ob sie notwendig sind oder nicht, aber ich frage nur, wenn wir schon Sonderregelungen machen, warum nicht eine Sonderregelung auch einmal zur Gesundheit der Einzahler, nämlich der steirischen Einzahler? (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Preamsberger: „Darf ich zwischenrufen: Ich möchte Ihnen nur sagen, gnädige Frau, daß die Krankenkassen tatsächlich Vorbildliches für die Gesundheit der Menschen leisten! - Beifall bei der SPÖ.) Da möchte ich Ihnen nur antworten mit den Worten Ihres Kollegen auf der Regierungsbank:

Es ist nicht so gut, daß es nicht verbessert werden kann, und - ich habe das heute schon gesagt - ich möchte eigentlich viel weniger kritisieren als auffordern, doch Ihre Einstellung zu ändern. Und ich sehe zum Beispiel beim Kollegen Loidl, der weiß einfach, daß man da sehr viel tun könnte. (Landesrat Heindinger: „Er unterliegt Ihrem Charme!“) Er ist intelligent genug, die Zusammenhänge zu kennen. (Abg. Loidl: „Ich weiß nur nicht, wer das bezahlt, das ist das Problem!“) Oh ja, wir, der steirische Einzahler wird das bezahlen. (Abg. Loidl: „30 Prozent für die Spitäler, 32 Prozent für die Ärzte, 18 Prozent für Medikamente, Personal, und dann ist Schluß!“) Natürlich! Es gibt nämlich zwei Ausgleichsfonds, einmal geht es in den Ausgleichsfonds der Krankenkasse, und dann geht es in den Ausgleichsfonds noch einmal der Pensionsversicherung. Und das ist immer eine Sonderregelung. (Abg. Preamsberger: „Das ist ein Hin- und Hergeschiebe!“) Ja. Das ist ein Hin- und Hergeschiebe, aber wir geben mehr als wir bekommen, und die Wiener bekommen mehr als sie einzahlen. Das ist die traurige Wahrheit. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Preamsberger:

„Das heißt, wir müssen von den Wienern lernen!“) Die Steiermark würde es Ihnen danken. Es würden Ihnen viele danken. Ich glaube, es wäre ein wunderbarer Erfolg, wenn wir in 15 Jahren zum Beispiel sagen können: Unsere steirischen Kinder haben gesunde Zähne. Das gibt es in anderen Ländern nämlich. Wir haben keine Utopien. Da sind wir ganz der gleichen Meinung. Da werden wir uns zusammentun.

Ich war heute früh doch sehr erstaunt, wie der Herr Minister Blecha sagte, er wird jetzt ein System der Katastrophenversorgung aufbauen, und dort wird er auch die Feuerwehr und gleichzeitig die Hauskrankenpflege einbauen. Und Minister Blecha sagte, er ist es leid, daß der Österreicher sagt: „Hier geht nichts weiter, weil es kein Geld gibt“, er wird zahlen, er hat's. So hat er es gesagt, und er wird die Hauskrankenpflege bezahlen, die zwar immer im Budget der Krankenkasse aufscheint, die aber nie ausgezahlt wird. Ich weiß nicht, was wir alles beweisen sollen, bis der Obmann Sametz dieses Geld, das längst festgelegt ist, bezahlt.

Ich glaube, wir werden umdenken. Wir hoffen auch, daß in der nächsten Zeit prophylaktisch mehr getan wird, daß in der Steiermark die Alkoholiker und die Süchtigen noch besser betreut werden können. Ich bin überzeugt, daß wir hier im Land eine gute Regelung finden, und ich hoffe, daß wir hier im Land, bis sie vom Bund lernen, oder besser noch, wenn eine andere Regierung kommt, oder auch, daß der Bund jetzt gleich schnell lernt, Gesundheitspolitik anders zu konzipieren. Solange das nicht ist, müssen wir hier im Land die falsche Regierungspolitik immer wieder korrigieren. Korrigieren ist das richtige Wort; Sie haben so interessiert zugehört.

Gott sei Dank wird mir vom zuständigen Referenten und auch vom Landeshauptmann Dr. Krainer immer wieder geholfen. Beim Landesfinanzreferenten gibt es noch einen blinden Fleck. Ich weiß nicht, wie der Plural von „blinder Fleck“ heißt. Durch diese blinden Flecken ist er nicht fähig zu merken, daß es besser ist, Gesundheit zu erhalten, statt Krankheit zu heilen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Landesrat Heidinger.

**Landesrat Heidinger:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die veränderte Situation spiegelt sich tatsächlich, wenn auch nur in der Papierform – vom Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher angedeutet –, aber so doch auch in Zahlen im Budget 1986 wider. Die KrankenanstaltengesmbH. wird, so hoffe ich, am 1. Jänner ihre Tätigkeit aufnehmen, nachdem mehrere Termine schon vorher in Aussicht genommen waren.

Aber, meine Damen und Herren, wer immer in diesem Lande die Verantwortung für die Krankenanstalten trägt, hat sich ganz sicher mit zwei Tatsachen zu beschäftigen, nämlich mit der rasant fortschreitenden medizinisch-technischen Entwicklung, mit dem Begehren der Menschen nach mehr Gesundheit, über die Krankenvorsorge zu erreichen einerseits, und andererseits auf den einfachen Nenner gebracht: Wer soll das bezahlen? Diese Frage spielt bei jedem Budget und selbstverständlich auch zu dieser Budgetgruppe

eine bedeutende Rolle, und die Frage der Finanzierbarkeit, wer was wo wann zu bezahlen hat, wie es auch gerade in der Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Dr. Kalnoky zum Ausdruck gekommen ist, so schiebt es letztlich einer auf den anderen, aber in Wirklichkeit ist es der österreichische Bürger, der österreichische Steuerzahler. Und in einem vereinten Europa, das wir alle anstreben, ununterbrochen vom steirischen Bürger, vom steirischen Steuerzahler, vom steirischen Teilnehmer zu reden – ich bin ja selber ein Steirer, ich bitte Sie, und wir alle sind ja Steirer, aber ich würde doch sagen: Eine überregionale Solidarität – von mir aus – über die Grenzen hinaus sollten wir doch erkennen, und gerade im Hinblick auf das neue Beginnen hätte ich mir ehrlich gewünscht, daß nach diesen langen, schwierigen Verhandlungen, die wir geführt haben, heute hier ein anderes Klima vorherrschen möge.

Na, ich will ja niemanden qualifizieren, aber ich meine eben – ich will überhaupt keine Personen nennen –, daß manchmal wirklich Birnen mit Zwetschen verwechselt werden, und ich komme noch darauf zurück, daß das leider auch heute mehrmals passiert ist.

Schauen Sie, im Mittelpunkt der Diskussion steht immer die Frage des Defizits, die Frage des Abganges. Ich sage Ihnen, sowohl der Ausdruck „Defizit“ als auch „Abgang“ ist meiner Meinung nach hier zu Unrecht verwendet, solange es nicht eine allseits befriedigende Einnahmenseite gibt. Und wer zeichnet für diese Einnahmenseite verantwortlich? Auch hier sind es wieder viele: die Sozialversicherungsträger, die öffentliche Hand, letztendlich die Privatversicherungen und wieder auch der einzelne Bürger in diesem Lande. Und, meine Damen und Herren, Gesundheitspolitik ist halt eine die ganze Gesellschaft umfassende – wenn Sie wollen – Gesellschaftspolitik, zu der wir uns alle solidarisch, meine Damen und Herren, bekennen sollten.

Wir sind leider, Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky, in einem Zustand, daß wir eine Gesundheitspolitik betreiben müssen, die letztlich nicht mehr oder weniger eine Reparatur am Krankenbett darstellt. (Abg. Dr. Kalnoky: „Weil wir falsch ansetzen!“) Ich bedauere das. Ich bin mit Ihnen einer Meinung – zufällig. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß wir zu spät ansetzen. Und am meisten wird hier immer wieder die Frage des Krankenhauses im Zusammenhang mit Kosten zitiert. Leider ist das Krankenhaus sicher die höchste, die beste, aber ganz sicher auch die teuerste Versorgungsstufe in unserem Gesundheitssystem – meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, Sie sollten sich in dieses Schuldgefühl mit einschließen –, weil wir alle zuschauen zum Beispiel beim Mißbrauch von Bagatellfällen, die in den Krankenanstalten auch Aufnahme finden, die längst andersorts – ich bin hier wieder einmal zufällig mit der Ärztekammer und mit dem Präsidenten Dr. Piaty einer Meinung –, die viel mehr außerhalb des Krankenhauses beim praktischen Arzt behandelt werden sollten. Aber ich bitte Sie, meine Damen und Herren, niemand unserer ärztlichen Direktoren, unserer ärztlichen Leiter oder unserer Verwaltungsleiter steht auf der Straße und fängt sich den Patienten ab oder ein, sondern der wird einfach in dieses Haus eingewiesen, und dort ist er zu versorgen,

und man hat für ihn zu sorgen. Leider meist zu lange, bis man daraufkommt, das wäre ein Bagatellfall gewesen, der dort nichts verloren hat. Zuviel Egoismus des Verdienens ist in unseren Krankenanstalten versteckt. Und nicht zuletzt fehlen die flankierenden Maßnahmen, das muß man gerechterweise dazusagen, um das alles verhindern zu können, daß es nicht geschehen muß. So würde ich fast um eine Klimaverbesserung in der Gesundheitspolitik bitten, um einen Konsens in der steirischen, wenn Sie wollen, jetzt der österreichischen Gesundheitspolitik (Beifall bei der ÖVP - Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Lokal denken, lokal handeln!“) Ich weiß jetzt nicht, was Sie damit meinen, den habe ich leider im Krankenbett, im Radio, gehört, und ich war enttäuscht von ihm. Er war mir zu pathetisch und zu patriarchalisch. Ich habe zuerst fast geglaubt, ich bin in der Kirche, aber ich war es dann doch nicht. Schauen Sie, wir haben es also mit 1. Jänner 1986 mit einer neuen Betriebsgesellschaft zu tun, und diese Betriebsgesellschaft hat das gleiche Problem, wie wir es haben, die wir in diesem Lande für die Krankenhäuser verantwortlich sind, waren oder es weiterhin in einer anderen Funktion sind. Sie werden mit einer unzureichenden Pflegegebühr ausgestattet. Das Wort „Pflegegebühr“ stammt übrigens aus dem vergangenen Jahrhundert und hat sich bis heute herübergerettet und ist sowohl in seinem Wort an und für sich unzureichend für das, was sich in unseren Krankenanstalten tatsächlich ereignet.

Diese Pflegegebühr - ich muß Ihnen sagen, und man soll das ja, bevor man eine gutfunktionierende Organisation weitergibt, man soll das ja sagen, man soll Bilanz ziehen, ist in der Steiermark nach wie vor im Bundesländervergleich die kostengünstigste, und es soll angeblich, ich war leider bei dieser Sitzung nicht dabei, der Vorstandsdirektor Bosch in der letzten Aufsichtsratssitzung dies auch bestätigt haben, und wenn er es nicht bestätigt hat, so gibt es eine Zeitung „Der Privatpatient“, die von den Privatversicherungen herausgegeben wird, in der dies auch bestätigt wird. Aber ich kann noch so kostengünstig sein, wenn ich eine kostendeckende Pflegegebühr von 1184 Schilling mache und 704 Schilling Pflegegebührenersatz bekomme, so erreiche ich zwar, wie schon angedeutet, nur die höchste Deckung in Österreich mit 59 Prozent, aber der tägliche Abgang pro Bett, pro Tag, ist 480 Schilling. Das heißt, meine Damen und Herren, das System des Abganges ist in unserer Kostenträgung, vom Kostenträger, ich sage noch einmal, alle die damit zu tun haben, eigentlich von Haus aus programmiert. Und das Land, meine Damen und Herren, hat sowohl die gesetzliche als auch die moralische Verpflichtung, diesen Kostenabgang zu decken. Nun gibt es den immerwährenden Streit zwischen dem Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher und mir, was ist nun der Abgang, und was ist der Landeszuschuß? Ich rede ja, nachdem ich Landespolitiker bin, einmal vom Landeszuschuß, denn der belastet ja das Land Steiermark, den hat das Land Steiermark aufzubringen. Er ist etwas anderes als der tatsächliche Abgang. Ich sage noch einmal ein Wort, das zu Unrecht verwendet wird, denn wenn ich von Haus aus keine kostendeckenden Einnahmen habe, aber über Umweg und Umverteilung über den KRAZAF auch jene 200 Millionen fließen, sicherlich, ich weiß nicht, ob es die direkt sind, die dort hineinfließen, aber ich weiß, daß alle Paragraph-2-

Kassen in diesen Ausgleichsfonds mit hineinzahlen. Und wenn ich dann einen Abgang von 1,2 Milliarden habe und davon 570 Millionen Schilling zurückbekomme, dann bin ich der Auffassung - und wenn ich allein stehe, ich bleibe bei dieser Auffassung -, das ist eine Mehreinnahme. Eine Einnahme, die mir zur Verfügung steht, weil sie mir auf eine andere Art, aber nicht am ersten Tag, wo der Patient hineingekommen ist, zur Verfügung gestellt wurde. Es ist eine Einnahme in veränderter Form. Schauen Sie, ich habe ja nichts davon. Sie mögen noch so lächeln, Herr Professor. Es ist ja an und für sich egal, ob Sie mir zustimmen oder nicht. Tatsache ist, daß die 570 Millionen das Land Steiermark entlasten und der Landeszuschuß sich in den letzten Jahren, 1984, bei 603 Millionen bewegt hat.

Bitte, ich sage Ihnen noch einmal. Ich bin weder „schilchergläubig“ noch „Rechtsabteilung-10-gläubig“, es steht eines fest, wir bekommen 570 Millionen Schilling vom KRAZAF, der durch eine Umverteilung innerhalb von Österreich in die Steiermark fließt, und der Landeszuschuß ist 603 Millionen für 1984. Zu Ihrem Ziffernsturz für das nächste Jahr komme ich noch dazu. (Landesrat Dr. Heidinger: „Herr Kollege, dafür müssen wir dem KRAZAF wieder etwas abliefern!“) Aber weit weniger, als wir hineinzahlen, das steht auch fest! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Trotz dieser Einnahme kalkuliert die Rechtsabteilung 10 1,1 Milliarden! Das wurde korrigiert auf 1,3 Milliarden, und das haben wir gestern beschlossen!“) Ich weiß schon, durch die Umstellung auf die sogenannte kaufmännische Rechnung kommt das. Ich hoffe, daß dieses Doppel kein doppelter Boden wird für uns alle miteinander. Aber bitte, was angelastet wird, ist der Abgang. Was kritisiert wird, ist das Defizit. Na bitte, dann kritisieren Sie beim steirischen Straßenbau, wieviel haben wir drinnen, 300 Millionen Schilling Abgang, weil die Straßen werden auch wieder kaputt, es wird etwas geleistet. Wir tun es ja auch nicht. Ich möchte so eine Rechnung überhaupt nicht anstellen. Es sind auch die Pensionslasten drinnen. Bitte, wo noch? In welchem steirischen Betrieb wird noch beim Straßenbau, im Kulturbetrieb und so weiter, werden diese Lasten dort - (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Jeder Privatbetrieb muß das buchhalterisch erfassen!“) Wir leben uns da auseinander. Ich kann Ihnen nicht helfen. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, nachdem wir die letzten drei Jahre zusammengespannt waren und noch weitere Jahre zusammengespannt sein werden, werden wir uns in der nächsten Sitzung im Aufsichtsrat, im Gesellschafterausschuß genauer ansehen können. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß der Landeszuschuß in den Jahren 1978 bis 1984 um 16 Prozent gestiegen ist, um 16 Prozent!

Schauen Sie sich das an! Ja, weil dort der KRAZAF beginnt. Natürlich war er vorher höher, aber Sie müssen ja, wenn Sie die jetzige Situation im Auge haben, eben diesen KRAZAF mitberücksichtigen. Ich sage Ihnen noch einmal: Diese Frage des Abganges, des Defizits, war eine Frage von gestern, ist eine Frage von heute und wird eine Frage von morgen sein. Wissen Sie, wenn wir glauben, daß die neue Gesellschaftsform, die neue Betriebsform Wunder wirken kann, so sage ich Ihnen eines: Wenn es tatsächlich gelänge, das, was im Übertragungsvertrag drinnen steht - einerseits - und was in den Zielvorstellungen,

die wir noch nicht genau formuliert haben, das heißt, formuliert bekommen haben, wenn es also dort heißt, den Abgang mittelfristig zu stabilisieren, so sage ich: Schön wär's! Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß es so läuft. Aber wissen Sie, eines mache ich nicht: Ich nehme Lorbeeren nicht vorweg. Ich bin der Meinung – wirklich –, wir sollten diese Leute, die wir nun mit dieser neuen Aufgabe betraut haben, wirklich arbeiten lassen. Dieses Hick-Hack und Meck-Meck, was sich heute ab und zu so ergeben hat – (Beifall bei der ÖVP – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Herr Landesrat, geben Sie Organisationsfreiheit!“) Schauen Sie, nur ein Beispiel: Wir sollten sie arbeiten lassen, aber wir haben doch nicht umsonst drei Jahre lang verhandelt, und zwar über die Organisationsform, über die Geschäftsordnung der Geschäftsführung et cetera, et cetera, um es dann mit einem Federstrich in der Frage der Stabsstellen wegzuwischen. Schauen Sie, ich bin nicht Philipp II. und ich bin nicht „Don Cralos, der Infanterist von Spanien“ – wenn Sie das meinen. Ich meine schon: Oh, wie schön wäre es hier in diesem Hause, wenn alle Gedankenfreiheit hätten, und da schaue ich Sie so gerne an.

Aber Spaß beiseite: Bei Fragen der Geschäftsordnung, bei Fragen dieser Art, bei Fragen der Verfassung – um es kurz zu fassen –, da sind wir allergisch. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen, und ich bitte Sie, das zu bedenken: Es geht auch anders! Wenn in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung drinnen steht: „Hier sind die Vorstandsdirektoren, und dann sind die Bereichsdirektoren“, dann gibt es dazwischen nichts. Die können Sie links, rechts, unten, oben anschließen, wo immer Sie wollen. Auch das sei hier ganz offen gesagt.

Und nicht zum Schluß zu dem, was Sie gemeint haben: Wir hätten sehr lange verhandelt, und der Herr Kollege Schützenhöfer hat gemeint: „Na ja, verhandeln und nicht dazu stehen, aber sich im Bett der Regierung wohl fühlen.“ Herr Kollege Schützenhöfer, ich stehe zu dem, was wir ausgehandelt haben, die ganze Fraktion steht dazu. Wir haben ja hier in diesem Hohen Haus darüber abgestimmt, wir haben ein verfassungsänderndes Gesetz beschlossen. Es wäre ja ohne unsere Zustimmung gar nicht möglich gewesen, obwohl Sie anfänglich der Meinung waren, es ginge ohne Verfassungsänderungen, aber es haben sich im Laufe der Verhandlungen viele unserer Meinungen halt als richtige Meinung durchgesetzt.

Ja, weil Sie meinen: „Im Bett der Regierung wohl fühlen.“ Na, wissen Sie, ich würde das nicht als geduldet betrachten, daß wir dort sind. Wir sind auf Grund eines Gesetzes, einer Landesverfassung, auf Grund eines Proporzrechtes, eines Verhältniswahlrechtes et cetera dort drinnen. Ich würde sagen, als großes Entgegenkommen empfinde ich das nicht, daß ich in der Regierung bin. Das kann ich höchstens meiner Partei verdanken, aber sonst niemandem, und dem Wähler, der mich dazu gewählt hat, nicht?

Ja, noch zu einem, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Wieder Äpfel und Birnen. Sie sagen, nunmehr, nach dieser Auflistung, wie Sie sie gesagt haben, sei der Personalaufwand von bisher 70 Prozent auf 58 Prozent herabgesunken. Ja, ich brauche nur eine Seite recht anzuhäufen, dann wird sich die andere Seite, indem Sie alles hineingegeben haben, was an

Investitionszuschuß, Sonderinvestitionen et cetera da ist, na ja, gut, bitte, dann müssen Sie aber auch die 180 oder 200 Millionen Ärzthonorargebühren, die bisher als Ärzthonorar gegolten haben, mit der 8. Novelle als ein Entgelt des Dienstgebers zu betrachten sind, wieder herausnehmen, und dann stimmen Ihre 58 Prozent auch nicht mehr. Da wären Sie ungefähr bei 68. Ja, es ist ein trefflich Spiel, mit Zahlen zu streiten, nicht? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „5,4 Milliarden Umsatz – 2,9 Milliarden Personalaufwand!“) Dann sind es halt fünf Prozent – wie Sie wollen.

Nun abschließend zu dem Problem: Ich sage noch einmal: Wir haben den Verträgen zugestimmt, wir bekennen uns zur Höhe der Einkommen, wir haben darüber diskutiert, wir waren nicht von Haus aus einer Meinung, wir sind zu einer gemeinsamen Auffassung gekommen, und dazu stehe ich. Ich möchte aber eines noch dazusagen: Daß wir so lange verhandeln mußten, ist zum Teil auch auf diese Dienstverträge zurückzuführen. Diese haben also einen erklecklichen Anteil an unserer Verhandlungslänge ausgemacht. Ich für meine Person wünsche dem Vorstand der neuen Gesellschaft größtmöglichen Erfolg im Interesse dieses Landes, im Interesse der steirischen Patienten. Das sage ich aufrichtig von ganzem Herzen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich sage, ein Weiteres sogar dazu. Ich glaube, daß wir mit dem Budget 1987 einen neuen Schwerpunkt „Krankenhausbau, Krankenhausumbau, Krankenhausadaptierung“ setzen sollen. Ich wiederhole mich: Wir würden damit nicht nur unsere Krankenanstalten verbessern, sondern meiner Meinung nach auch eine echte Wirtschaftsförderung damit betreiben.

Für das Jahr 1986 ist im Wirtschaftsplan der Anstalten – und damit komme ich schon zu dem, was sowohl der Herr Kollege Harthodt als auch der Herr Kollege Gruber und die Brucker gerne hören – vorgesehen, daß, wenn es so abläuft, wie ich es Ihnen in der Fragestunde gesagt habe, sowohl Feldbach als auch Bruck im Jahre 1986 gleichzeitig, damit die Streiterei endlich aufhört, begonnen werden können. (Allgemeiner Beifall.) Für Hartberg ist im Wirtschaftsplan so viel vorgesehen, daß die Planung 1986 beendet werden kann, und ich meine – und ich habe mit dem Landesrat Dr. Klauser darüber gesprochen –, wir sollten – ich wiederhole es –, mit dem Jahr 1987 beginnend, einen Schwerpunkt „Krankenhaus“ setzen und mehr Mittel, um diese Anstalten ausbauen und verbessern zu können, einsetzen. Er hat dieser meiner Meinung zugestimmt, und ich weiß, daß darüber ganz sicherlich Einstimmigkeit im Aufsichtsrat, im Gesellschafterausschuß, im Vorstand herrschen wird. Ich hoffe, daß wir auch die entsprechenden Mittel vom Landtag genehmigt bekommen.

Ich habe damit schon drei Schwerpunkte außerhalb von Graz aufgezählt; es sind Bruck, Feldbach und Hartberg, und ich wiederhole nur, was hier – ich glaube – der Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher gesagt hat: Selbstverständlich muß sich in Graz ein Gleiches wiederholen. Hier ist eben der Med-Block, hier ist die Derma-Ambulanz, Nervenklinik, Frauenklinik, Kinderchirurgie, die derzeit schon im Architekten-Wettbewerb steht. Ich meine also, daß wir wirklich und nicht zuletzt – das gehört zwar nicht in diese Kategorie – auch die Müllproblematik am Landeskrankenhaus lösen müßten, wobei sich hier im Kran-

kenhaus Graz das Kuriose ergibt, was sich eigentlich überall in der Frage „Müll“ ergibt. Da gibt es Expertisen, und kaum hat man eine Expertise, also ein Gutachten, dann bekommt man ein mindestens ebenso gutes, wohl fundiertes Gegengutachten, daß das, was vorher gesagt wurde, manchmal kommt es sogar vom gleichen, nicht möglich sein kann.

Abschließend noch ein paar Dinge, die sich in den letzten Jahren und Monaten ergeben haben. Wir haben das Krankenhaus Deutschlandsberg in Betrieb genommen. Die große Feier konnte leider nicht stattfinden, aber – ich glaube – die Deutschlandsberger freuen sich trotzdem, daß sie ein so schönes, großes, neues und modernes Krankenhaus haben. (Allgemeiner Beifall.) Ebenfalls übergeben wurde das Strahlentherapiezentrum am Landeskrankenhaus Graz, womit an der Grazer Radiologischen Klinik eine Einrichtung geschaffen wurde, die in Österreich wohl führend und im Spitzenfeld aller europäischen und internationalen Therapiezentren gelegen ist. Die seinerzeit bestandene Patientenliste ist auf Null reduziert. Ein ähnlich hochmodernes, bildgebendes Diagnostikgerät wird ebenfalls an der radiologischen Universitätsklinik mit einem Kernspintomographen installiert. Ein neues Verfahren, das den Patienten keiner Strahlenbelastung aussetzt. Rottenmann wurde erwähnt, erste Bauetappe, Bettenstrakt und Funktionsstrakt sind ihrer Bestimmung übergeben. Die zweite Bauetappe mit der Geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung soll nächstes Jahr fertig werden. Ein besonderes Prunkstück, das gebaut wurde, ist die Kinderabteilung am Landes-Sonderkrankenhaus Graz. Und da möchte ich gleich zu einem gemeinsamen Anliegen kommen, die Frage der Psychiatrie-Reform, gemeindenahe Psychiatrie, ist leider steckengeblieben, soweit es sich außerhalb der Krankenanstalten ereignet. Ich hoffe, daß wir morgen in einem Gespräch einen gemeinsamen weiterführenden Weg finden. Diese psychiatrische Versorgung in der Steiermark ist leider auf ein Großkrankenhaus zugeschnitten, aber wir haben dort versucht, die großen Abteilungen zu verkleinern. Wir haben zusätzlich Primariate geschaffen und haben auch stationäre Betten abgebaut und die stationäre Behandlung in eine ambulante Behandlung verlagert. Ihr Steckenpferd, Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky, die Alkoholikerabteilung, ist im Werden. Ich hoffe, daß das sanitätsbehördliche Verfahren sehr bald abgeschlossen sein wird.

Damit ich nicht vergesse, zu Herrn Abgeordnetem Lind, der hier zu Recht die Frage des Notarzwagens angeschnitten hat: Ich bitte wirklich die Landesregierung, es sind leider, wie so oft in der Steiermark, vier Regierungsmitglieder hier zuständig, die ein gemeinsames Anliegen erledigen müssen, die Frage des Notarzwagens ist vordringlich, ist lebensrettend. Es ist einmalig, daß sich zum Beispiel der Sozialhilfverband Hartberg dazu entschlossen hat, diesen Notarzwagen anzukaufen, auszurichten. Ich glaube, auch das Land hat eine Subvention dem Roten Kreuz insgesamt gegeben. Aber was fehlt, ist die personelle Ausstattung. Und die muß zumindest zum Teil über die Krankenanstalten an und für sich besorgt werden.

Ich möchte, einem alten Brauch folgend, ich hoffe, ich habe niemanden ausgelassen, jenen Herren, die aus dem Landesdienst ausscheiden, einen herzlichen Dank sagen. Es sind dies der Herr Primarius

DDr. Rudolf Schill, der langjährige Leiter der Lungenabteilung am Landeskrankenhaus Graz, Herr Primarius Dr. Erich Edlinger, Leiter der landschaftlichen Anästhesieabteilung. Sie haben jahrelang ihre Pflicht an unseren Anstalten erfüllt, haben zum Wohle ihrer Patienten gearbeitet, und ich möchte ihnen dafür einen herzlichen Dank sagen (allgemeiner Beifall) und ebenfalls ein ehrendes Gedenken dem kürzlich verunglückten Leiter der Medizinischen Abteilung am Landeskrankenhaus Judenburg, Herrn Prof. Dr. Roland Stroba. Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, möchte ich allen, die in der Zentralverwaltung mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön sagen. Es war ja in den letzten Jahren für sie nicht sehr einfach. Es war ja für viele eine Entscheidung zu treffen, die sie zum Großteil persönlich treffen sollen und noch immer können, nämlich im Landesdienst zu bleiben oder als Landesbediensteter in der neuen Betriebsgesellschaft tätig zu sein. Auch allen Bediensteten einen herzlichen Dank, besonders erwähnt Herr Hofrat Dr. Schaffer, Vorstand der Rechtsabteilung 12, der ja in all den Jahren, in denen es um die Fragen der Gruppe 5 „Krankenanstalten“ ging, im Kreuzfeuer der Diskussion gestanden ist. Aber ich sage Ihnen eines: Dankbarkeit ist keine Kategorie, und ich wünschte mir, daß die Leistung, dieses Wissen, dieses Können, dieses Wissen um unsere Krankenanstalten in der neuen Betriebsgesellschaft seine Fortsetzung findet. Ihnen allen herzlichen Dank für das Zuhören. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Als nächster Redner hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Riegler:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich bedanken für die ausgesprochen sachliche Debatte zum gesamten Bereich der Umweltpolitik, die ja nicht ganz selbstverständlich ist angesichts der verschiedenen Konfliktzonen, die sich durch diese Problematik durchziehen. Ich glaube, daß wir zusammenfassend feststellen dürfen – ich meine hier alle mitsammen –, daß in diesem Jahr 1985 viel geschehen ist zur Bewältigung der dringenden Umweltaufgaben in unserem Land. Aber nicht nur in diesem Jahr 1985, sondern, wenn man die Entwicklungen betrachtet – es sind zehn bis zwanzig Jahre zurückgehend die Ansatzpunkte und wichtigen Schritte und Etappen der steirischen Umweltpolitik gesetzt worden. Aber wir wissen, daß ungeheuer viel Arbeit vor uns liegt und noch sehr, sehr viele Probleme gelöst werden müssen. Daher gibt es meines Erachtens nur eines in diesem Bereich, nämlich miteinander arbeiten. Das gilt für die Gebietskörperschaften, Länder und Gemeinden genauso wie für die politischen Parteien, die in Gesetzgebung und Regierung Verantwortung tragen. Das gilt für die gesetzgebenden Körperschaften, für die Behörden, für die Verantwortungsträger in den Unternehmungen ebenso wie für die gesamte Bevölkerung. Wir wissen, daß Umweltschutz und Umweltpolitik praktisch alle Lebensgrundlagen umfassen.

Lassen Sie mich zu einigen wenigen Schwerpunkten, auch bezugnehmend auf die Debatte, einige Anmerkungen machen. Zur Problematik Verbesserung

der Luftqualität in unserem Lande: Die Steiermark ist auf Grund der Industriestruktur und der Belastung durch Verkehrsadern in einer Reihe von Belastungsregionen im Bereich der Luftqualität gekennzeichnet. Um in der Verbesserung der Luftqualität rasch voranzukommen, brauchen wir die schwerpunktmäßigen Bemühungen im Bereich der Industrie ebenso wie im Bereich der Energiewirtschaft. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf das in der Öffentlichkeit in den vergangenen Wochen so heftig diskutierte Thema „Kalorisches Kraftwerk Zeltweg“. Es wurde auf Grund der Gesetzeslage und der Sachverständigengutachten eine Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung steht nun in der zweiten Instanz zur Behandlung. Es ist überhaupt keine Frage, daß angesichts der Problematik und angesichts der verschiedenen angesprochenen Fragen dieses zweite Verfahren zügig, aber auch entsprechend gewissenhaft durchgeführt werden muß. Das heißt, daß auf der Grundlage entsprechender neuer Gutachten die Behörde die Entscheidungsfindung vorzunehmen haben wird und jede Einflußnahme auf diesen Entscheidungsvorgang hintangehalten werden muß. Darüber hinaus bemühen wir uns, auch im Kontakt mit der Unternehmensleitung der ÖDK, Fragen der Technologie und der Energieträger zu diskutieren. Ich möchte unterstreichen, daß angesichts der besonderen Problematik des Standortes Zeltweg von der Belastungsseite her und von der infrastrukturellen Voraussetzung – nämlich einer bereits vorhandenen Gasleitung, die unmittelbar an dem Werk vorbeiführt – durch eine Umstellung auf den Energieträger Gas viele Probleme einer optimalen Regelung zugeführt werden könnten. Deshalb würden wir uns darüber freuen, wenn mit Hilfe eines solchen Entscheidungsvorganges eine einvernehmliche Lösung, die die Sicherung des Standortes ebenso wie die Umweltinteressen der dort lebenden Menschen zum Ziel hat, gefunden werden könnte.

Es ist mit Recht in der Diskussion – und der Herr Abgeordnete Halper hat deutlich darauf hingewiesen – auch die Problematik des Hausbrandes angesprochen worden. Im Energieplan des Landes Steiermark ist gerade dieser Problemstellung sehr hohe Aufmerksamkeit geschenkt worden. Das heißt, dem Bemühen der Versorgung mit Fernwärme, mit Abwärme, der Umstellung auf Gas für die Raumwärmeversorgung kommt hier Bedeutung zu. Wir stimmen voll überein, wenn darauf hingewiesen wird, daß die entsprechenden Schritte auch mit Bedacht auf die besondere Situation des Kohlebergbaues in der Steiermark getroffen werden müssen. Ich bin auch überzeugt, daß wir hier einen vernünftigen und gemeinsamen Weg finden werden und finden können.

Der große Sektor des Kraftfahrverkehrs ist jedenfalls ein vierter Schwerpunktbereich, wo wir in der Verbesserung der Luftqualität vorankommen wollen. Die Möglichkeiten dazu im Bereich der Gesetzgebung haben wir und haben Sie hier in diesem Hohen Haus wahrgenommen. Ich verweise auf die Novellierung des Ölfeuerungsgesetzes in diesem Jahr, die Novelle zum Raumordnungsgesetz, die Verordnung zum Luftreinhaltegesetz, um nur die Gravierendsten aufzuzeigen. Im Kfz-Bereich ist als Gesetzgeber in erster Linie der Bund verantwortlich, aber ich möchte ebenso festhalten, daß gerade in diesem Jahr einige wichtige und

wertvolle Schritte auch im Bereich der Bundespolitik gesetzt wurden: die Maßnahmen zum Abbau der Kfz-Emissionen, wie die Qualitätsverbesserung des Treibstoffes, Einbau von Katalysatoren, bessere Überprüfung der Motoren. Ebenso die Senkung des Schwefelgehaltes bei Heizöl.

Offen und für uns besonders vorrangig ist die Frage der Verabschiedung des angekündigten Luftreinhaltegesetzes und der dazugehörigen dritten Durchführungsverordnung. Warum liegt uns das so am Herzen? Weil die Lösung so konfliktreicher Probleme, wie wir sie hier vor uns haben, mit einem verbesserten Instrument für die durchführenden Behörden und für die politischen Verantwortungsträger mit mehr Sicherheit vorgenommen werden kann.

Der zweite Aufgabenbereich ist die Vollziehung. Es ist auch nur stichwortartig darauf hinzuweisen, daß wir für die Belastungsregionen intensiv an der Erstellung des Emissionskatasters arbeiten und darauf aufbauend die Bescheidüberprüfungen vorzunehmen sind. Es gibt Tausende Gewerbescheide, die hinsichtlich der Anforderungen nach den heutigen Richtlinien überprüft werden müssen. Wir sind dabei, die Erhebung und die Kontrolle auszubauen, und ich freue mich, daß es gelungen ist, auch seitens des Herrn Landesfinanzreferenten für diese Maßnahmen vor allem im Bereich der Fachabteilung Ia beachtliche Mittel im Budget 1986 unterzubringen. Es werden damit wichtige Schritte in Richtung der Umweltkontrolle realisiert werden können, die ja letztlich in einem landesweiten Umweltinformationssystem unter Ausschöpfung der modernen Techniken, der Datenübertragung und der elektronischen Datenverarbeitung und -speicherung, münden sollen.

Aber ich möchte eines schon auch offen sagen: Gerade in diesem riesig anwachsenden Aufgabenbereich des Umweltschutzes sehen wir auch die Konfliktzonen. Denn die Bewältigung von weiteren und zusätzlichen Aufgaben, die mit Recht verlangt und erwartet wird, erfordert mehr Personal, mehr Geld. In diesem Konfliktfeld der begrenzten Möglichkeiten der Landesfinanzen müssen wir uns letztlich bewegen. Ich möchte es nochmals unterstreichen: Wir haben im Laufe dieses Jahres und für das Jahr 1986 sowohl in der personellen Ausstattung wie auch in den budgetären Grundlagen und Vorkehrungen wirklich überzeugende positive Schritte setzen können. Trotzdem – und das möchte ich auch festhalten – ist es nach wie vor so, daß die Mitarbeiter einer Reihe von Verwaltungsbehörden auf Landesebene und auf Bezirksebene enorm überfordert sind im Hinblick auf den Arbeitsanfall, der hier zu bewältigen ist. Wir wissen, daß, was die Sachverständigenarbeit wie auch die Durchführung von Behördenverfahren anlangt, vieles überhaupt nur bewältigt werden kann, weil viele dieser Mitarbeiter bereit sind, Dienstleistungen zu vollbringen, die weit darüber hinausgehen, als ihnen eigentlich von der Dienstzeit her auferlegt wären. Ich möchte mich dafür wirklich ausdrücklich und aus Überzeugung besonders bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

Wir haben in diesem Jahr über das neu geschaffene Bundesumweltamt eine kontroversielle Diskussion geführt. Es ist nun eingerichtet und wird, so wie es angekündigt ist, mit einem großen Personalstab und hohem Sachaufwand ausgestattet werden. Wir würden

uns zumindest erwarten, daß wir für die Bewältigung unserer Aufgaben davon auch eine entsprechende Hilfestellung bekommen werden. Ich darf Ihnen jedenfalls versichern, daß seitens der Vollziehung wirklich alles getan wird, um dieser vorrangigen Aufgabe auch entsprechen zu können.

Zum dritten Bereich, nämlich über die Maßnahmen der Förderung, um verschiedene, vor allem finanzielle Aufwendungen auch zumutbar bewältigen zu können, möchte ich ausdrücklich festhalten, daß der Bundesumweltfonds sowohl von seiner Einrichtung her als auch von der Art, wie er administriert wird, eine ausgesprochen wertvolle Hilfe für die Bewältigung wichtiger Anliegen zur Verbesserung der Umwelt darstellt. Dasselbe gilt für die Fernwärmeförderung. Es ist erfreulich, daß die Novellierung und Weiterverlängerung des Fernwärmeförderungsgesetzes gerade auch der vielschichtigen Aufgabenstellung in unserem Lande noch besser entsprechen wird. In der Steiermark haben wir eine Vielzahl von Förderungsmaßnahmen, angefangen von der Wirtschaftsförderung über den neuen Schwerpunkt im nächsten Jahr im Bereich der landwirtschaftlichen Förderung wie auch im Bereich des Landesenergievereines in Richtung der Nahwärmeversorgungscentren, auch unter Ausnützung der heimischen nachwachsenden Energieträger, und es ist mit dem steirischen Umweltfonds ein wichtiges ergänzendes Förderungsinstrument geschaffen worden.

Ich darf, weil das in der Diskussion angesprochen wurde, zur Finanzierung beziehungsweise zum angestrebten Abverkauf der ÖDK-Aktien festhalten, daß seitens der Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft folgendes mitgeteilt wurde: Die Kelag hat das Kaufangebot mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die zuständigen Organe der Kelag werden sich jedenfalls intensiv mit diesem Kaufangebot befassen. (Abg. Mag. Rader: „Das steht nicht einmal auf der Tagesordnung der nächsten Aufsichtsratssitzung!“)

Ich möchte, meine Damen und Herren, aber trotzdem festhalten, daß natürlich vieles nicht auf einmal bewältigt werden kann, daß wir aber die Voraussetzungen haben, um eingeleitete Maßnahmen rasch und zügig weiterführen zu können. Ich möchte auch – und das ist auch eine Frage der Fairness – festhalten, daß sowohl die industriellen als auch die gewerblichen Betriebe von sich aus riesige Aufwendungen zur Verbesserung der Umweltsituation in ihren Bereichen aus eigenen Mitteln bereits getätigt haben und auch weiterhin die Bereitschaft bekunden, solche Maßnahmen zu setzen. Ich glaube, daß dies auch dazugesagt gehört bei aller Auseinandersetzung, die wir in verschiedenen Fragen im Detail zu führen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Diese Bemühungen im Bereich der Verbesserung der Luftqualität sind für uns aus zwei Gründen besonders vorrangig. Zum einen, weil es um die Gesundheit der Menschen geht, und zum anderen, weil es um die Erhaltung eines der wertvollsten Wirtschaftsgüter der Steiermark geht, der Grünen Mark, nämlich um den Wald. Ich möchte etwas davor warnen, Herr Abgeordneter Zellnig, daß man einem Irrtum verfällt, der durch die Interpretation verschiedener Erhebungsmethoden erfolgen könnte. Man muß nämlich sehr darauf achten, wenn Schadenflächen miteinander verglichen werden,

wie die Untersuchungsmethoden zusammenpassen. Ich glaube nicht, daß es Anlaß dazu gibt, zu sagen, die Schadenflächen wären bereits kleiner geworden. Das ist sicher nicht der Fall. Ich glaube aber umgekehrt, daß wir die realistische Chance haben, das rapide Ansteigen der Schadenflächen stoppen zu können. Das kann nur gehen, wenn die eingeleiteten Maßnahmen mit entsprechender Energie weiterverfolgt werden.

Damit komme ich zum zweiten großen Bereich, nämlich der Frage „Wasser und Sicherung der Wasserversorgung.“ Wir können festhalten, daß es erfreulicherweise seit den sechziger Jahren eine konzeptive Arbeit in der Erfassung und in der Sicherung unserer wertvollsten Wasserreserven gibt. Es geht um zweierlei in dem Bereich: Um den sorgsam Umgang mit dem Wasser im eigenen Bereich und um die Sicherstellung der überregionalen Reserven zur landesweiten Versorgung mit diesem wichtigsten Lebensmittel. Die begonnene Baumaßnahme Hochschwab-Süd ist in diesem Zusammenhang sicher ein beachtlicher und wichtiger Schritt für eine solche überregionale Sicherung der Wasserversorgung in unserem Land. Die Frage der Abwasserreinigung hängt unmittelbar mit dieser Aufgabe der Vorkehrung zusammen. Auch hier muß man festhalten, weil das ja sehr gerne übersehen wird in der aktuellen Diskussion und Berichterstattung: Die Wasserqualität der Fließgewässer in unserem Land ist seit den siebziger Jahren beachtlich besser geworden. Anfang oder Mitte der siebziger Jahre war es so, daß weite Bereiche der Enns, des Erzbaches, der Mur, der Pöls, des Vordernberger Baches, der Mürz, des Thörlbaches, des Übelbaches, der Kainach, der Raab, des Weizbaches und des Safenbaches entweder Güteklasse 4 oder überhaupt Verödung aufgewiesen haben. Wir haben derzeit die Situation, daß im Bereich der Raab, des Safenbaches, der Pöls und der Mur teilweise noch die Güteklasse 3 bis 4 vorhanden ist, und es ist das Ziel der nächsten Etappe, innerhalb von etwa fünf Jahren im großen und ganzen auf eine Güteklasse 2 der steirischen Fließgewässer zu kommen. Das erscheint uns deshalb wichtig, weil, wie gesagt, der Zusammenhang gerade auch mit der Sicherung der Wasserreserven damit eng verbunden ist. Ich möchte auch festhalten, daß in den abgelaufenen zehn Jahren etwas viereinhalb Milliarden Schilling in betriebliche und etwa eineinhalb Milliarden Schilling in kommunale Abwasserreinigungsanlagen investiert wurden. Wir wissen, daß Gemeinden und Betriebe trotz der Hilfe des Wasserwirtschaftsfonds und des Landes eine langfristige und große Belastung auf sich genommen haben. Wobei ich auch der Auffassung bin, und es ist auch in den Debattenbeiträgen angesprochen worden – die Art der Vorbereitung, der Durchführung und der Weiterarbeit am Beispiel des Mur-Gipfels und des Raab-Gipfels ist meines Erachtens geeignet, als Paradebeispiel für die Bewältigung von Umweltproblemen angesehen zu werden. (Allgemeiner Beifall.)

Es haben hier Gemeinden, Betriebe, die Stadt Graz, das Land und die Bundesstellen, die zuständigen Ministerien und der Wasserwirtschaftsfonds in einer großen Kooperationsbereitschaft zusammengewirkt, und wir sind derzeit dabei, die in Aussicht genommenen Maßnahmen sehr konsequent auch in die Realität

umzusetzen. Es werden allein für das Jahr 1986 Investitionsanträge im Umfang von voraussichtlich 550 Millionen Schilling im Rahmen des Mur-Sanierungsprogrammes und etwa 100 Millionen Schilling im Rahmen des Raab-Sanierungsprogrammes dem Wasserwirtschaftsfonds vorgelegt und auch für das Land Steiermark zur Förderung heranstellen. Ich freue mich daher, daß im Landesbudget 1986 wieder entsprechende Vorkehrungen getroffen werden konnten. Dank der Bemühungen des Landeshauptmannes wurde bereits für das Jahr 1984 und dann nochmals für das Jahr 1985 eine entsprechende Aufstockung der Budgetmittel für die Förderung in diesem Bereich vorgenommen, die im Jahr 1986 eine Fortsetzung findet. Wir werden damit bis Ende des nächsten Jahres die Förderungsrückstände gegenüber den Gemeinden voraussichtlich zur Gänze abgebaut haben. Wir werden allerdings mit einer Lawine neuer Aufgaben und Anträge konfrontiert sein, wie ich es allein aus den beiden vorliegenden Mur- und Raab-Sanierungsprogrammen erwähnt habe. Ich bin auch überzeugt, meine Damen und Herren, daß die Novellierung des Wasserbautenförderungsgesetzes positiv bewertet werden kann, weil wir damit mehr Möglichkeiten haben, auf die spezielle Situation der Industrie, des Gewerbes, aber auch der kleinen ländlichen Gemeinden in der Bewältigung dieser großen Aufgabe entsprechend Rücksicht nehmen zu können. Es sind allerdings verschiedene Hoffnungen, die die Novellierung gebracht hat, derzeit in den Durchführungsrichtlinien noch nicht abgedeckt, aber ich bin optimistisch, daß es auch hier einen guten und vernünftigen Weg geben wird.

Ich darf, weil ich mich dann nicht mehr zu Wort melden möchte, auch zu den Aufgaben des Schutzwasserbaues einige Sätze sagen. Auch hier konnte im Budget 1986 Vorsorge getroffen werden, so daß zur Durchführung von Baumaßnahmen und Erhaltungsmaßnahmen im Umfang des Jahres 1985 weitergearbeitet werden kann. Das heißt, daß an Investitionen gut 200 Millionen Schilling für Baumaßnahmen und gut 40 Millionen Schilling für Erhaltungsmaßnahmen getätigt werden können.

Gleichzeitig arbeiten wir derzeit intensiv insbesondere mit der Fachabteilung IIIa, aber auch mit vielen anderen Dienststellen daran, die Richtlinien für den naturnahen Wasserbau weiterzuentwickeln, um einerseits dem notwendigen Schutzbedürfnis der Menschen und des menschlichen Gutes entsprechen, und andererseits auf die Anforderungen der Ökologie und auf die vielfältigen Zusammenhänge in Planung und Ausführung entsprechend Bedacht nehmen zu können, wobei sich der Zusammenhang mit Fragen der Agrarpolitik und der Energiepolitik geradezu aufdrängt. Das Thema „Energiepflanzen“ ist beispielsweise durchaus im Zusammenhang mit Bemühungen zu sehen, auf die Regulierung bis ins letzte da und dort auch verzichten zu können.

Ich komme damit schon zum letzten wesentlichen Teil, den ich ansprechen möchte, nämlich zur Frage der Abfallentsorgung: Auch hier, meine Damen und Herren, sollten wir trotz der zum Teil heftig und emotionell geführten Diskussionen nicht übersehen, daß ungeheuer viel geschehen ist: durch das Abfallbe-seitigungsgesetz 1974, durch den Müllentsorgungsplan des Landes vom Jahr 1975. Es sind derzeit etwa

96 Prozent der steiermärkischen Bevölkerung in einer geordneten Müllentsorgung erfaßt. Es sind 16 Müllregionen im Land derzeit in aktiver Aufgabenstellung, wobei die Entsorgung in vier Müllklärschlammkompostieranlagen und in zehn regionalen geordneten Verdichtungsdeponien erfolgt. Wir wissen aber, daß verschiedene Fragen nur mittelfristig gelöst sind und daß einige große, aktuelle Fragen gelöst werden müssen. Die Realisierung des Müllentsorgungskonzeptes für die Landeshauptstadt Graz einschließlich ihrer Umlandgemeinden ebenso wie die Entlastung der Region Radkersburg in der regionalen Mülldeponie, und das heißt ganz konkret: die Schaffung neuer regionaler Entsorgungsstandorte. Wir werden um eine sachliche Lösung dieser Probleme nicht herumkommen. Deshalb möchte ich das immer wieder unterstreichen, daß wir hier vor der Aufgabe stehen, innerhalb der Regionen diese Standortprobleme einer Lösung zuzuführen. Ich freue mich auch darüber, daß es aus einer gemeinsamen Überlegung mit dem zuständigen Referenten der Salzburger Landesregierung und mir möglich war, daß sich vor wenigen Tagen die Länder Salzburg, Kärnten, Oberösterreich und Steiermark zusammengesetzt haben, um einerseits gemeinsame Konzepte für die Verwertung des Kompostes der Kompostieranlagen zu überlegen, auch im Zusammenhang mit der gemeinsamen Erarbeitung der notwendigen Forschungskonzepte, um hier mehr Sicherheit schaffen zu können und auch in einem gemeinsamen Marketing Sorge tragen zu können, daß dieser an sich wertvolle Rohstoff nicht wieder zu einem Sonderabfall wird, sondern eine entsprechende Verwertung in den verschiedenen Bereichen finden kann.

Wir haben bei dieser Aussprache auch einhellig – und da sind, wenn Sie es so verstehen wollen, zwei rote und zwei schwarze Regierungsmitglieder – den Standpunkt vertreten, daß wir vom Bund, und hier insbesondere vom Handelsministerium und vom Gesundheitsministerium, verlangen müssen, daß die Einschränkung nicht nur der Abfalllawine an sich, sondern vor allem der Problemstoffe rasch voranzutreiben ist, das heißt: PVC-Einschränkung. Es ist wirklich nicht notwendig, daß PVC im Verpackungsbereich zur Anwendung kommt und uns dann vor neue Probleme in der Entsorgung stellt, aber ebenso gilt das für den Bereich der Chemikalien und der Waschmittel. (Allgemeiner Beifall.)

Ebenso wäre zu überlegen, daß durch entsprechende Pfandsysteme die Frage der Wiederverwertung gefördert wird und damit eine Einschränkung des Müllanfalles angestrebt werden kann.

Als letztes die Frage „Sondermüll“. Ich bekenne mich uneingeschränkt dazu, daß dieses Problem der Sonderabfallentsorgung gemeinsam gelöst werden muß. Es ist nach dem Gesetz das Gesundheitsministerium beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erstellen, und natürlich wird es notwendig sein, mit den Ländern die einzelnen Detailfragen zu behandeln. Wir haben das – und ich habe das auch persönlich zum Ausdruck gebracht – bei einer Aussprache Ende Mai dieses Jahres gegenüber dem Gesundheitsminister auch ganz klar und deutlich aufgezeigt. Ich unterstreiche es nur, Herr Abgeordneter Mag. Rader, wenn Sie sagen, man soll gemeinsam Probleme lösen. Wir haben das auch anlässlich des Gespräches mit dem Herrn

Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld hinsichtlich der Luftverbesserung für den Raum Graz so gehandhabt. Ich verstehe nur eines nicht, und ich sage das sehr emotionslos: Wir haben seit Monaten darauf gewartet, daß man uns zu Gesprächen über die Grundlagen für dieses Konzept einlädt. Ich habe sogar brieflich solche Gespräche beim Gesundheitsminister mehrmals urgiert. Nun haben wir seit wenigen Wochen da und dort über verschiedene Medien Teile eines angeblichen Konzeptes in Erfahrung gebracht, wobei allein dieser Vorgang, daß für irgendwelche Regionen Depo-niestandorte genannt wurden und ähnliches mehr, zu neuer Aufregung geführt hat. Nun hat es zwar vor einigen Tagen einen Karton von Papier gegeben, der der zuständigen Rechtsabteilung 3 übermittelt wurde, und es hat dann geheißt, es werde am 10. Dezember ein Gespräch zunächst einmal auf Beamtenebene stattfinden. Tatsächlich gab es gestern eine Pressekonferenz des Gesundheitsministers, und es gab heute ein Papier, das als Konzept bezeichnet wurde, das auf die tatsächlichen Fragen aber keine Antwort gibt. Das geplante Gespräch am 10. Dezember wurde angeblich aus Termingründen abgesagt. Ich halte das für einen völlig ungeeigneten Weg, ein Problem zu lösen, wofür der Gesetzgeber eine Frist bis Ende 1985 gestellt hat. Ich bedaure es sehr, daß die Kooperationsbereitschaft, die ich nochmals unterstreichen möchte, in diesem Bereich derzeit scheinbar nicht gewollt wird. Ich hoffe, daß sich das ändert. Ich darf noch etwas dazusagen: Ich hoffe, daß sehr bald der Beweis kommt, daß man die Probleme wirklich lösen will. Und noch etwas, meine Damen und Herren: Der Vorschlag des Herrn Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld, eine Art öffentliches Verbundsystem zu schaffen, worüber man durchaus diskutieren kann, wird ausdrücklich nicht als der Standpunkt des Gesundheitsministeriums bezeichnet.

Das möchte ich auch aufzeigen, daß hier die Diskussion derzeit eben etwas schwierig ist. Aber vielleicht ändert sich das sehr bald, denn es wird ja in absehbarer Zeit ein neuer Gesundheitsminister amtieren, und möglicherweise wartet man darauf, bis hier eine neue Situation geschaffen sein wird. Aber nochmals gesagt, an unserer Bereitschaft, dieses Problem zu lösen, fehlt es nicht. Wir halten es für vordringlich, denn sowohl im Interesse der Betriebe wie auch der Entsorgungsunternehmen brauchen wir die Möglichkeit der Grundlagen, die in diesem Konzept zu treffen sind.

Ich schließe ab, indem ich darauf verweise, daß wir auch für einen vierten wichtigen Bereich, nämlich die Sicherung der Bodenqualität, in diesem Jahr beachtliche Schritte setzen konnten, nicht nur durch die Bemühungen der Landeskammer in der Beratung und in der Entwicklung eines eigenen Konzeptes und der Arbeiten im Rahmen der landwirtschaftlichen Schulabteilung, sondern wir konnten für das Bodenschutzkonzept des Landes Steiermark fünf Dienstposten neu im Dienstpostenplan 1986 unterbringen und auch die entsprechenden Vorkehrungen für die Inangriffnahme dieser Aufgabe sicherstellen. Das Bodenschutzgesetz ist derzeit in Anhörung, genauso wie weitere Gesetze, die zum Teil genannt wurden. Wir wollen hier die Möglichkeiten durchaus nicht überschätzen, die einzelne Gesetze in der Bewältigung der Aufgaben bringen können. Es geht um das gesamte Bündel von Maßnahmen, die notwendig sind.

So darf ich auch, und gerade in diesem Bereich, abschließend ein wirklich herzliches und aufrichtiges Wort des Dankes sagen, erstens den Mitarbeitern der zuständigen Abteilungen der Landesverwaltung, die für die vielschichtigen Aufgabenstellungen verantwortlich sind. Und wenn ich die Namen der Verantwortlichen für diese Abteilungen nenne, Hofrat Ertl, Hasewend, Grancy, Holzer, Ressi, Kalhs, Neubauer, Haas, so gelten sie stellvertretend für alle Mitarbeiter in der Landesverwaltung, aber ebenso im Bereich der Bezirksverwaltungsbehörden. Ich möchte ganz besonders dem Umweltschutzkoordinator Winkl. Hofrat Dr. Rupprecht danken, der mit Hingabe sich dieser schwierigen Aufgabe widmet (Allgemeiner Beifall.), mit dem Landeshygieniker danke ich allen, die im Bereich der Wissenschaft und der verschiedenen Institutionen unsere Arbeit unterstützen. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke den politischen Verantwortungsträgern innerhalb der Landesregierung, dem Herrn Landeshauptmann, dem Personalreferenten, dem Finanzreferenten und allen, letztlich sind es fast alle auf der Regierungsbank, die in den Problembewältigungen immer wieder mittragen und uns unterstützen, aber ebenso den anderen Gebietskörperschaften des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Ich danke auch den Medien ganz ausdrücklich im Zusammenhang mit dieser Problematik des Umweltschutzes. Sie machen es uns nicht leicht, wenn allzu sehr der Versuchung der Skandalberichterstattung erlegen wird. Aber es ist ganz eindeutig festzuhalten, daß die Medien, die Zeitungen, der Rundfunk, das Fernsehen, ungeheuer viel beigetragen haben, daß ein Umweltbewußtsein in Österreich in dem Maß geschaffen werden konnte, denn das ist letztlich auch die Voraussetzung für die notwendigen Entscheidungen der Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft. Ich darf den Mitarbeitern in meinem Büro besonders danken, daß ohne Rücksichtnahme auf die Uhr länger gearbeitet wird, wenn es notwendig ist. In diesem Sinne glaube ich, daß wir auch im kommenden Jahr, das durch verschiedene Wahlgänge geprägt sein wird, in der Lage sein werden, zwischen den Parteien dieses Landes nach dem Motto vorzugehen: „Weniger reden, aber dafür mehr handeln“. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Am Ende der Gruppe 5 möchte ich zu drei Fragen Stellung nehmen. Erstens zur Hauskrankenpflege, zweitens zu den Suchtgiften und drittens zum Nationalpark Niedere Tauern.

Zuerst möchte ich eingehen auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Freitag. Er sieht sich unser Match derzeit auf der Tribüne an. Ich weiß mich mit Ihnen, Herr Abgeordneter, eines Sinnes, wenn wir der Überzeugung sind, daß die Steirische Berg- und Naturwacht hervorragende Verdienste auf ihre Fahnen gehettet hat. Und ich bin auch ihrer Überzeugung, daß sie dafür die bestmögliche finanzielle Dotation des Landes verdient. Sie haben mich in diesem Hohen Haus dafür gerügt, daß diese Dotation nicht ganz Ihren

Wünschen entspricht. Ich kann sie insofern aufklären, als daß wir selbstverständlich in unserem Finanzentwurf die Dotation der Berg- und Naturwacht mit 900.000 Schilling wohlbegründet fixiert hatten, daß Sie aber dann im Entwurf des Finanzreferenten auf 720.000 Schilling hinuntergeschraubt wurde, und es war dann erst in den Parteienverhandlungen möglich, sie wiederum auf 900.000 Schilling hinaufzubringen. Ich bitte Sie also, das nächste Mal innerhalb Ihrer Fraktion sich darüber klar zu werden, wie Sie es mit der Bergwacht halten, denn Ihre Rüge habe ich in diesem Hause natürlich nicht verdient. (Beifall bei der ÖVP.) Der Trick ist sehr gut, aber nicht fair. (Abg. Loidl: „Wir wissen ja, wie das geht!“) Jawohl, genau, Sie sind sich also untereinander nicht einig, was Sie wollen. Für das nächste Mal, im nächsten Jahr, wird es hoffentlich von vornherein in Ordnung gehen. (Abg. Kohlhammer: „Es gibt einen Landtagsantrag der sozialistischen Abgeordneten, wir sind uns einig!“) In Ihrem Entwurf war es nicht so. Ihr Entwurf hat sich nicht nach Ihrem Antrag gehalten. Das war das Problem. (Abg. Freitag: „Die ÖVP hat einen Antrag auf Erhöhung gestellt!“) Jawohl, selbstverständlich. (Landesrat Dr. Heidinger: „Wir haben ja wieder erhöht!“) So ist es, genau! (Abg. Brandl: „So wird ein Erfolg daraus!“) Wir haben 900.000 Schilling beantragt, Sie haben auf 720.000 Schilling zusammengestrichen, wir haben es wieder hinaufgebracht. So war der Vorgang. Das nächste Mal wird es hoffentlich ohne den Umweg gehen. Sind wir uns einig? (Abg. Loidl: „Ja, wir kennen uns aus!“) Ich auch!

Nun, meine Damen und Herren, zur Problematik der Hauskrankenpflege. Der Sachverhalt ist klar. Es kostet ein Verpflegungstag in einem Landeskrankenhaus die Gebietskrankenkasse rund 750 Schilling. Die Differenz auf die wahren Kosten ist sehr hoch und wird vom Land dazugezahlt. Ein Tag, den der Kranke oder die Kranke zu Hause verbringt, ist natürlich wesentlich billiger. Es ist unbestritten, daß das Krankenhaus für Akutfälle lebensnotwendig und lebensrettend und auch für manche Langzeitbehandlungen notwendig ist. Aber es ist ebenso unbestreitbar, daß manche Fälle nicht ins Spital gehören und daß es am Platze wäre, dafür zu sorgen, daß sie zu Hause fachmännisch behandelt werden, gepflegt werden. Das ist die menschlichere Lösung, weil der Kranke zu Hause in seinen eigenen vier Wänden bleibt, und das ist zweitens auch die volkswirtschaftlich billigere Lösung. Nun gibt es seit einigen Jahren in der Steiermark verschiedene Initiativen auf dem Gebiet der Hauskrankenpflege. Es betreibt sie das Rote Kreuz, es betreiben sie einzelne Gemeinden, es betreibt sie die Volkshilfe, es betreibt sie ein Verein für Hauskrankenpflege, in dem die drei im Landtag vertretenen Parteien vereinigt sind. Aber wir haben ein Problem, es ist hier schon angezogen worden. Seit Jahren bemüht sich die Hauskrankenpflege in der Steiermark um eine Mitfinanzierung durch die Gebietskrankenkasse. Und seit Jahren heißt die Antwort auf diese Ansuchen immer wiederum „Njet“. (Abg. Loidl: „Sagen Sie, was drinnensteht: Es heißt ja, aber wenn die Spitalsbetten verringert werden!“) Null! Ich kann Ihnen Briefe vom Herrn Obmann Sametz vorweisen, die immer den gleichen Wortlaut haben. Diese Situation bleibt aber unverständlich, denn erstens sind solche Nachweise bereits belegt worden, zweitens gibt es kleinere, schwächere Krankenkassen,

die bereits auf die Finanzierung der Hauskrankenpflege eingestiegen sind, zum Beispiel die Krankenkasse der gewerblichen Wirtschaft und auch die Bauernkrankenkasse. (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens gibt es den berühmten Ausgleichsfonds, und dazu muß ich auch noch ein Wort sagen – er ist ja bereits etwas abgehandelt worden –: Den Ausgleichsfonds gibt es seit dem Jahr 1961. Er hat natürlich nichts mit dem KRAZAF zu tun, sondern ist mit dem ASVG geschaffen worden. Er dient dazu, strukturelle Einkommensunterschiede zwischen den Gebietskrankenkassen durch unterschiedliche Verdienste in den Bundesländern auszugleichen. Das heißt mit anderen Worten: Die Bundesländer, in denen durch wirtschaftlich schwierigere Situationen die Beitragsleistungen geringer sind, sollen dadurch von den reicheren Bundesländern einen Beitrag bekommen. Auf Grund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation hätte die Steiermark immer wiederum Anspruch auf diesen Ausgleich aus dem Ausgleichsfonds. Aber es gibt einen zweiten Punkt in diesem Paragraphen, und dort heißt es: „Diese Zuschüsse richten sich nach der Liquidität der betreffenden Gebietskrankenkassen.“ Das heißt, daß eine Gebietskrankenkasse, die weniger liquid ist, das stärkere Anrecht auf Zuschüsse aus diesem Ausgleichsfonds hat. Das ist mit Regelmäßigkeit die Wiener Gebietskrankenkasse. Das heißt mit anderen Worten – (Landesrat Dr. Heidinger: „Gute Wirtschaft wird bestraft!“) So ist es. Die steirische Gebietskrankenkasse wirtschaftet gut und liefert ihre Überschüsse an die Wiener Gebietskrankenkasse ab, die schlecht wirtschaftet, und das ist für uns ein Zustand, der auf die Dauer nicht akzeptabel ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben diese Ziffern aus den vergangenen Jahren, und wir können also nachweisen, daß diese 200 Millionen Schilling seit dem Jahr 1979 tatsächlich abgeliefert worden sind. Es ist beispielsweise im Jahr 1982, um nur ein einziges Beispiel zu nennen, so gewesen, daß Wien zwar in diesen Ausgleichsfonds doppelt so viel wie die Steiermark eingezahlt hat, aber 21mal so viel herausbekommen hat, und zwar für die Führung des Hanusch-Krankenhauses.

Ich möchte sagen, meine Damen und Herren, wir sind sehr für die österreichische Solidarität, aber wir sind nicht für die Solidarität der Armen für die Reichen, sondern wir sind für die Solidarität der Reichen für die Armen. Und das ist das Problem in diesem Ausgleichsfonds. Deswegen ist die Haltung der steirischen Gebietskrankenkasse wirklich nicht verständlich, noch dazu, wo in sechs anderen Bundesländern die Gebietskrankenkasse zur Hauskrankenpflege finanzielle Beiträge leistet. Sie tut es im Burgenland, in Wien, in Oberösterreich, in Salzburg, in Tirol und in Vorarlberg. Es geht in diesen Bundesländern seit Jahren, in Salzburg in einer Höhe von über 7 Millionen Schilling in diesem Jahr; es geht in der Steiermark bisher mit null Schilling. Das ist ein Zustand, den wir auf die Dauer ganz einfach nicht akzeptieren können. Darum geht es beim Problem Hauskrankenpflege und Gebietskrankenkasse.

Nun, meine Damen und Herren, zu einem anderen Punkt:

Ich glaube, die Situation ist hinlänglich geklärt, und ich möchte zu einem anderen Thema ein paar Worte sagen. Das ist die Frage der Drogen, der Suchtgifte in

der Steiermark. Wir haben uns um die Frage der Vorsorge und der Nachsorge in diesem Hohen Haus immer wiederum gekümmert. Es gibt einerseits die sogenannten illegalen Drogen. Auf diesem Gebiet leistet die Drogenberatungsstelle des Landes Steiermark unter Primarius Jaklitsch seit dem Jahr 1972 Hervorragendes. Es gibt auch andere Beratungsstellen in Judenburg und Leoben, die sich inzwischen auf diesem Gebiet sehr verdienstvoll tätig gemacht haben. Es gibt aber auch auf der anderen Seite die sehr legale Droge des Alkohols, und das Problem des Alkoholismus ist zweifelsohne nicht geringzuschätzen. Auch hier gibt es verschiedene Initiativen in der Steiermark. Es sind zum Teil Initiativen von privaten Vereinen; ich nenne ganz besonders die Initiativen des Herrn Dr. Sebastian, der sich mit großem Engagement in Graz und auch draußen in den Bezirken mit seinen Mitarbeitern ambulant auf diesem Gebiet betätigt. Es geht auch hier wiederum darum, teure Spitalszeiten zu ersparen. Darum geht es bei diesen Aktivitäten! Es ist ein Kuratorium zur Koordinierung dieser verschiedenen Aktivitäten mit Land, Stadtgemeinde Graz, Gebietskrankenkasse, Sozialhilfeverbänden, Staatsanwaltschaft, Caritas und anderen in Gründung, und es herrscht dort ein gutes Klima, und es wird sicherlich möglich sein, durch den Austausch von Informationen gezielte Maßnahmen gut vorzubereiten. Wir brauchen auf diesem Gebiet eine koordinierende Persönlichkeit, und ich möchte auch dem Hohen Haus mitteilen, daß ich in der Regierung beantragen werden, den Herrn Primarius Dr. Jaklitsch zum Suchtbeauftragten des Landes Steiermark zu bestellen. (Beifall bei der ÖVP.) Er ist eine sehr qualifizierte Persönlichkeit mit langjähriger Erfahrung und ist bereits seit 13 Jahren für das Land Steiermark auf diesem Gebiet sehr erfolgreich tätig.

Dritter und letzter Punkt: Naturschutz und Nationalpark. Die Fachstelle für den Naturschutz in der Rechtsabteilung 6 hat ein umfangreiches Arbeitsprogramm hinter sich und vor sich. Sie wird in Zukunft auf Grund des neu eingerichteten Fonds für Umwelt- und Naturschutz größere Bewegungsfreiheit haben. Sie hat auch inzwischen ein Fünf-Jahres-Programm ausgearbeitet – sehr sorgfältig, sehr fachmännisch. Im Beirat für Naturschutz unter Vorsitz des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller wurde dieses Programm bereits diskutiert und grundsätzlich akzeptiert. Wir wissen also sehr genau, in welche Richtungen wir in den nächsten Jahren im Natur- und Landschaftsschutz in der Steiermark gehen können und gehen werden.

Ich komme auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Ritzinger zurück, der sich ausführlich mit dem Projekt des Nationalparks „Niedere Tauern“ befaßt hat. Ich kann seine Äußerungen voll unterstreichen. Wir sind diese Frage planmäßig angegangen, und wir sind sie sehr behutsam angegangen, weil wir wissen, daß nur im Einvernehmen mit den Betroffenen, mit den Berührten, wie wir sagen, das heißt mit den Menschen, die dort wohnen und arbeiten, insbesondere mit den Land- und Forstwirten ein solches Projekt gut über die Bühne gehen kann. Und es freut mich, daß hier das Korreferat mit meinem Regierungskollegen Dipl.-Ing. Riegler großartig funktioniert. Es ist sehr sinnvoll, daß hier Natur- und Landschaftsschutz auf der einen und Land- und Forstwirtschaft auf der anderen

Seite kooperieren. Wir werden uns in dieser Angelegenheit weiter auf der Linie, die wir eingeschlagen haben, bewegen. Wir haben das Architektenteam Resch und Falch beauftragt, ein Arbeitsprogramm auszuarbeiten. Wir kennen die Salzburger Erfahrungen, wir haben sie studiert, sogar an Ort und Stelle in Rauris: Sie sind hervorragend, und wir können sie uns zunutze machen. Es ist zu hoffen, daß wir Schritt um Schritt sehr behutsam, sehr klug und zugleich sehr zielbewußt auf diesen Nationalpark „Niedere Tauern“ zusteuern. Es gibt in Österreich einen in den Hohen Tauern, der bisher nur Stückwerk ist. Er funktioniert gut in Salzburg, mittelmäßig in Kärnten und noch nicht in Tirol. Und es gibt einen weiteren, der projektiert ist in den Donau- und Marchauen, aber der wahrscheinlich noch ferne Zukunftsmusik ist. Das heißt, auch österreichisch gesehen liegt hier die Steiermark sehr gut im Rennen. Und wir wollen diesen Weg weitergehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte auch von meiner Seite den Männern und Frauen danken, die sich einerseits um Gesundheit und andererseits um Natur- und Landschaftsschutz im ganzen Land sehr tätig das ganze Jahr kümmern und bemühen. Ich möchte meinen Mitarbeitern danken in der Fachabteilung für das Gesundheitswesen, Herrn Wirkl. Hofrat Markant und seinem Team, und der Rechtsabteilung 6, der Fachstelle für den Natur- und Landschaftsschutz, Herrn Dr. Steinbach, dem Landesnaturschutzbeauftragten, und seinen Mitarbeitern in Graz und in den Bezirken. Sie alle leisten viel für Gesundheit und für Natur und Naturschutz, hat sehr wohl auch mit Menschen und Menschenschutz zu tun. Guter Naturschutz ist auch Menschenschutz, würde ich sagen. Sie leisten also für Natur und Mensch Großartiges, und wir müssen ihnen dankbar sein. Wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet, und den möchte ich am Ende meiner Ausführungen ausgedrückt haben. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Dr. Horvatek:** Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag.

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Sollten Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, bitte ich um Handzeichen.

Die Gruppe 5 ist damit einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung auf zehn Minuten. Wir setzen dann mit der Gruppe 6 fort. (Unterbrechung von 20.50 Uhr bis 21.05 Uhr.)

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kanduth:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 umfaßt Straßen, Wasserbau und Verkehr. Die Einnahmen in dieser Gruppe belaufen sich auf 31,6 Millionen Schilling, die Ausgaben auf 1.299.365.000 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme der Gruppe 6.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ofner.

**Abg. Ofner:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Wir Abgeordnete haben uns darüber eigentlich sehr gefreut, daß die Redezeit bei dieser Budgetdebatte etwas verkürzt wird. Wir hätten uns aber noch mehr gefreut, wenn sich auch die Regierungsmitglieder ein bißchen danach gehalten hätten. (Abg. Dr. Kalnoky: „Nehmen Sie Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer auch dazu?“) Ja, selbstverständlich, nehme ich genauso dazu – denn ich glaube, es geht nicht an, daß die Abgeordneten verkürzt reden, damit die Regierungsmitglieder lange Reden halten können.

Meine geschätzten Damen und Herren! In der Gruppe 6 sind „Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung“ enthalten, und Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat ja eigentlich zu dieser Gruppe auch schon sehr ausführlich Stellung genommen. Ich habe schon einige Male die Möglichkeit gehabt, hier in diesem Hause über die Wasserversorgung und über die Abwasserbeseitigung zu sprechen. Leider mußte ich immer wieder die großen Rückstände, die das Land bei den Gemeinden und den Wasserverbänden gehabt hat, aufzeigen und an den Pranger stellen. Heute schaut die Situation ganz anders aus. Die Schulden sind durch die Aufnahme der zusätzlichen Mittel im vergangenen Jahr und in diesem Jahr fast zur Gänze abgebaut, und ich glaube, mit Ende des kommenden Jahres sind kaum noch Beträge offen. Im Voranschlag 1985 wurden zusätzlich 100 Millionen Schilling aufgenommen, und in diesem Voranschlag sind weitere 100 Millionen vorgesehen. Und das, glaube ich, ist sehr erfreulich und gehört besonders gewürdigt. Das war sicherlich ein wesentlicher Kraftakt des Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die sozialistischen Abgeordneten Trampusch, Ofner, Brandl und Hammer haben im Oktober 1984 diesen Antrag um Aufnahme der zusätzlichen Mittel eingebracht. Daß die Aufnahme aber im Budget 1985 und 1986 so rasch erfolgt ist, dafür – glaube ich – gehört dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und dem Landesfinanzreferenten Dr. Christoph Klausner ein besonderes Dankeschön gesagt. (Beifall bei der SPÖ.) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß ohne die beiden vorgenannten Herren die Aufnahme sicherlich nicht so rasch und vor allem in dieser Größenordnung erfolgt wäre. Man darf dabei nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß mit 31. Dezember 1984 noch Rückstände in einer Größenordnung von etwa 280 Millionen Schilling vorhanden waren. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Zur Streuung der Wahrheit, damit Sie keine Legende erfinden: Wir haben uns das unter vier Augen mit dem Kollegen Gross gemeinsam ausgemacht. Das ist ein gutes Beispiel für eine gute Führung im Lande. Ich spreche Ihnen nicht ab, daß Sie leider gezwungen zu sein scheinen, nur den einen Teil darzustellen. Ich wollte Ihnen auch den anderen Teil mitteilen!“) Herr Landeshauptmann, mir steht es nicht an, auch Ihnen dafür Dank zu sagen, daß sie aufgenommen wurden, da gibt es gar keine Frage. Nur glaube ich, war es wirklich eine Notwendigkeit, daß dies geschehen ist. Man sollte dabei sicherlich aber nicht vergessen, meine Damen

und Herren, daß die Förderung bis zum 1. Jänner 1981 30 Prozent betragen hat und eine der höchsten Förderungen aller Bundesländer war. Umso schwieriger war es dann, als eben die Gemeinden zu diesem Zeitpunkt nur mehr zehn Prozent Förderung erhielten. Der Übergang konnte nur insofern verkraftet werden, weil der Bund so rasch eine Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz beschlossen hat, und dies im Jahre 1982. Mit dieser Novelle konnten sehr rasch wesentliche Erleichterungen für die Bauträger getroffen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 7. November 1985 hat das Plenum des Nationalrates eine weitere Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz beschlossen. Weitere ganz große Verbesserungen und Hilfestellungen wurden für die Gemeinden und für die Betriebe dabei beschlossen. Die verbesserten Konditionen gelten für künftige Vorhaben und auch für die laufenden, vor allem aber auch für jene, die noch nicht endabgerechnet wurden, und das im besonderen für die Kanalbauten. Diese verbesserten Förderungsbedingungen werden die Investition beim Kanal- und Kläranlagenbau sicherlich sehr wesentlich steigern und anheben.

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich auf einige Maßnahmen, die die Novelle beinhaltet und die zur Entlastung der Gemeinden und Verbände dienen, aufmerksam mache, die sich sicherlich sehr wesentlich auf die finanzielle Situation auswirken werden.

Erstens: Die Darlehenslaufzeit wurde für finanzschwache Gemeinden, die 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt bei der Steuerkraftquote liegen, von 30 auf 40 Jahre verlängert, vor allem was den Ortskanal betrifft.

Zweitens wurde auch die Darlehenslaufzeit für die Transport- und Sammelschächte der Verbände von 30 auf 40 Jahre angehoben.

Drittens: Bei Kläranlagen gibt es bei der Rückzahlung einen Annuitätennachlaß von zehn Prozent, wenn die gute Funktion der Kläranlagen alljährlich nachgewiesen werden kann.

Viertens: Auch bei teuren Anlagen, wo die Belastung pro Kubikmeter 18 Schilling und höher liegt, wird die Möglichkeit bestehen, bis zu 30 Prozent des Darlehens in einen Zuschuß umzuwandeln.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die aufgezählten Punkte schon eine sehr wesentliche Verbesserung bedeuten. Der Wasserwirtschaftsfonds hat eine sehr große Bedeutung für den Umweltschutz und auch eine ebenso große Bedeutung für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Ich glaube, er ist wirklich ein sehr wirksames Instrument für den Umweltschutz. Seit seinem Bestehen wurden für rund 7900 Vorhaben der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung etwa 67 Milliarden Schilling Förderungsmittel freigegeben. Das initiierte Bauvolumen liegt bei 114 Milliarden Schilling. Dazu ein paar Zahlen, meine Damen und Herren: Im Auszahlungszeitraum 1959 bis 1969 wurden vom Wasserwirtschaftsfonds für Wasser und Abwasser 2536 Millionen Schilling freigegeben. 1970 bis 1980 war es schon das Zehnfache, 20.065 Millionen Schilling, und im kurzen Zeitraum 1981 bis 1984 waren es 19.223 Millionen Schilling.

Österreichweit sind derzeit über 3700 Anlagen der Abwasserversorgung und der Abwasserentsorgung in Bau. Diese Bauten haben ein Investitionsvolumen von 28,6 Milliarden Schilling. Dazu bringt der Wasserwirtschaftsfonds etwa 20 Milliarden Schilling auf. Im Jahre 1986 werden bereits Zahlungen des Wasserwirtschaftsfonds in einer Größenordnung von 5,5 Milliarden Schilling erwartet. Und zum Vergleich, meine Damen und Herren: 1970 wurden 617 Millionen Schilling ausgegeben. Damit werden für das kommende Jahr über neun Milliarden Schilling ausgelöst. Mit diesen Umweltschutzinvestitionen können mit den rund 18.000 Arbeitsplätzen in der Zulieferungsindustrie, die noch dazukommen, etwa 30.000 Arbeitsplätze vergeben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat in den siebziger Jahren mit Milliardenaufwand die österreichischen Seen saniert. Sie haben heute fast alle ausschließlich Trinkwasserqualität, und wir alle wissen, daß sie Anfang der siebziger Jahre noch vom Umkippen bedroht waren. In der Regierungsklausur, die im Vorjahr in Steyr stattgefunden hat, wurde die Aktion „Saubere Flüsse“ propagiert, und zwar im besonderen von Bundesminister Dr. Kurt Steyrer. Und wenn heute hier von meinem Kollegen Ritzinger gesagt wurde, daß kaum Konzepte von der Bundesregierung vorhanden sind, so darf ich sagen: Schon sehr lange, und ganz klare Konzepte, und es ist ja heute von der Regierungsseite bestätigt worden, daß sich die Qualität der Fließgewässer und auch der anderen ganz wesentlich verbessert hat. Es sollten für die Fließgewässerreinigung in der nächsten Zeit 60 Milliarden Schilling aufgewendet werden. (Abg. Ritzinger: „Ich habe behauptet, das stimmt! Sie haben das bestritten!“) Ich komme noch auf das, Kollege Ritzinger. Mit den bisherigen Mitteln konnte schon eine weitere Verschlechterung hintangehalten werden. Nun gilt es, eine Verbesserung unserer Fließgewässer zu erreichen. Zwei Drittel des Betrages werden vom Wasserwirtschaftsfonds zur Verfügung gestellt, und zirka ein Drittel müssen eben das Land, die Verbände oder die Gemeinden und die Betriebe aufbringen. Bis 1993 sollen stark verunreinigte Flüsse saniert werden und die Wassergüte II weitgehend erreicht werden. Gerade die Mur und die Raab müßten und werden wohl eines der wichtigsten und notwendigsten Projekte sein, die sehr rasch in Angriff genommen werden müssen. Und es ist erfreulich, daß in der nächsten Zeit 500 Millionen Schilling für die Mur und 100 Millionen Schilling für die Raab zur Verfügung stehen werden. (Abg. Ritzinger: „Das ist wenig!“) Hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler gesagt. Dazu werden sicherlich noch beträchtliche Mittel kommen, die von den Betrieben her gefördert werden.

Das biologische Gütebild unserer Fließgewässer, herausgegeben vom Wasserwirtschaftskataster, weist noch zahlreiche Strecken auf, die die Güteklasse III und IV haben. Das sind stark und außergewöhnlich stark verunreinigte Gewässer. Die Mur, die Raab, die Kainach und die Pöls gehören zu diesen vorerwähnten Güteklassen. Wer diese schwer verunreinigten Abschnitte auf der Gewässergütekarte ansieht, wird feststellen können, daß sich diese weitgehend mit den Standorten der Industriebetriebe, vor allem mit der Papier- und Zellstoffindustrie, decken. Es ist daher aus der Sicht des Gewässerschutzes und aus der Sicht der

Aufrechterhaltung der Betriebe naheliegend, daß auf die Förderung der Sanierungsmaßnahmen der Betriebe großes Augenmerk gelegt wird. Durch die Neuregelung der Förderungsrichtlinien wird ein großer Anreiz für eine rasche Inangriffnahme der Gewässersanierung geschaffen. Die Betriebe werden für die Errichtung einer biologischen Kläranlage und einer Reinigungsanlage bis 20 Prozent des Darlehens als Zuschuß erhalten, wenn sie die Schmutzfracht bis 1990 auf ein Minimum reduziert haben. Es ist zu hoffen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß damit wirklich ein entscheidender Schritt in eine saubere Umwelt getan wird.

Abschließend möchte ich noch erinnern, daß eben die Abgeordneten Trampusch, Ofner, Brandl und Loidl einen Antrag auf Änderung der steirischen Förderungsrichtlinien für Wasserbauvorhaben eingebracht haben. Diese Änderung wird einfach notwendig, da der Bund im Paragraph 18 des Wasserbautenförderungsgesetzes einen nicht rückzahlbaren Beitrag unter gewissen Voraussetzungen des Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe von 30 Prozent seines Darlehens gewährt, wenn auch das Land einen mindestens 15prozentigen Zuschuß gibt. Die unterfertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß eine solche Erhöhung gerechtfertigt wäre. Ich hoffe, Herr Landeshauptmann, daß man wirklich sagen kann, daß mit Anfang 1987 hier diese 15 Prozent wirklich den Gemeinden und Verbänden zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, Sie würden sich wirklich wesentlich leichter tun, und Sie könnten die Aufgaben, die das Raumordnungsgesetz den Gemeinden auferlegt, wirklich erfüllen. Wir alle wissen, daß die Gemeinden fast alle in einer finanziellen Krise stecken und daß die Aufgaben beim Umweltschutz in nächster Zeit sicherlich nicht geringer werden. Die großen Vorhaben, die an die Gemeinde in der Zukunft durch den Umweltschutz, aber auch durch die Raumordnung gestellt werden, können ohne zusätzliche Hilfe des Landes nicht oder kaum verwirklicht werden. Ich hoffe daher, daß unser Antrag auf eine Erhöhung des nicht rückzahlbaren Beitrages von zehn auf 15 Prozent in Erfüllung geht. Auch möchte ich daran erinnern, daß das Kanalgesetz 1975 und das Kanalabgabengesetz 1955 eigentlich schon längst novelliert gehört hätten. Die steirischen Gemeinden sind auf Grund der prekären finanziellen Lage sehr oft gezwungen, sich mit Hilfe von Kompromissen oder durch Lösungen außerhalb des Gesetzes zu helfen und sehr oft mit, ich würde sagen, sehr untauglichen Mitteln die Finanzierung zu bewerkstelligen. Ich ersuche daher nochmals im Namen der Gemeinden, diese Anträge rasch zu verwirklichen zum Wohle der Wirtschaft, des Umweltschutzes und letztlich der gesamten Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich folgendes in Erinnerung rufen: Wir haben gestern in der Klubobmännerkonferenz vereinbart, daß die Redezeit nach Möglichkeit mit zehn Minuten eingehalten wird. Wir haben weiters vereinbart, daß die Präsenz während der Debatte befriedigend sein soll. Das haben wir erreicht. Nicht erreicht haben wir die Einhaltung der Redezeit. Ich würde wirklich bitten, sich daran zu halten, und zwar im Interesse aller.

Der Herr Abgeordnete Lind ist am Wort.

**Abg. Lind:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Autobahn - der Weg in die Zukunft! Mit der Eröffnung der Autobahn, Teilstück Hartberg-Grimmenstein, wurde die dringende Verbindung vom Lavanttal in Kärnten bis nach Wien geschaffen. In die Freude über die Schaffung dieser wichtigen Straßenverkehrsader mischen sich auch ein paar Wermutstropfen. So wurde das Teilstück Gleisdorf-Hartberg bekanntlich nur als Sparvariante ausgebaut. Nicht genug damit, daß diese gegenüber der Bundesstraße Hartberg-Gleisdorf um 16 Kilometer längere Straßenverbindung nur mit Tempo 100 befahrbar ist, so stellt dieses Teilstück auf Grund seiner räumlichen Beengtheit bereits eine Unfallstelle erstens Ranges dar, welche durch Errichtung von Zwischenmauern keineswegs entschärft werden kann. Aus diesen Gründen müssen wir alle für eine Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes und damit für einen Vollausbau des Autobahnteilstückes Gleisdorf-Hartberg eintreten. Es zeigt sich, daß eine Autobahn zunächst den Schwerverkehr von den überbelasteten Bundes- und Landesstraßen zieht und damit eine verkehrsmäßige Erleichterung für die ganze Region einleiten kann. Dies bewirkt aber im Zusammenwirken mit der durch die Autobahn gegebenen leichteren Erreichbarkeit unserer schönen Oststeiermark, in welcher im kommenden Jahr die Steiermärkische Landesausstellung im Schloß Herberstein stattfindet, ein Anwachsen der Besucherfrequenz und damit eine Hebung des Fremdenverkehrs. Auch eine bessere Versorgung unserer oststeirischen Region erscheint sichergestellt. Und die Absatzmöglichkeiten werden weiter verbessert.

Wenn heuer meine schon seit vielen Jahren auf die Südautobahn ausgerichtete Rede eine Fortsetzung findet, so gibt es dafür zwei Gründe: Erstens die Freude, die sich mit der durchgehenden Verkehrsfreigabe verbindet, und zweitens, wie bereits erwähnt, die Enttäuschung über die Haltung eines schlecht beratenen Bautenministers. Er kann nur schlecht beraten sein, sonst könnte er das nicht machen, was den Ausbau der zweiten Richtungsfahrbahn zwischen Hartberg und Gleisdorf betrifft. Daß in der Steiermark heute eine durchgehend befahrbare Südautobahn mit 134 Kilometer Länge zur Verfügung steht, ist nicht zuletzt auf die kompromißlose Kampfansage unseres Landeshauptmannes, aber auch auf die oststeirische Bevölkerung zurückzuführen, die nicht mehr gewillt war, den Verkehrsterror - wir konnten ihn bereits so nennen - des gesamten Durchzugsverkehrs auf sich zu nehmen. Möglich wurde der durchgehende Ausbau aber nur, weil das Land Steiermark bereits dank unseres Landeshauptmannes Vorfinanzierungskosten im Umfange von 400 Millionen Schilling trägt, obwohl es sich dabei um eine reine Bundesaufgabe handelt. Und wer von Ihnen kennt nicht das damalige Ballspiel um die Finanzierung, von dem die „Kleine Zeitung“ einmal so treffend geschrieben hat: „Kreisky flankt, Moser köpfelt und Androsch trippelt weiter“. Eine dazu immer wieder gestellte Frage ist die, wie es überhaupt zum Halbausbau im Abschnitt Hartberg-Gleisdorf gekommen ist. Sie ist einfach zu beantworten: Weil der Bund nicht bereit war, die Vorfinanzierung für beide Richtungsfahrbahnen zu übernehmen. Eine verkehrswirksame Entlastung der bestehen-

den Bundesstraße zwischen Hartberg und Gleisdorf war nur mit einem durchgehenden Halbausbau der Autobahn auf einer Länge von 45 Kilometern zu erreichen. Mit der Eröffnung des Wechselüberganges ist das Verkehrsaufkommen wesentlich angestiegen, und es wird berechtigt der Bau der zweiten Richtungsfahrbahn gefordert. Ein Versprechen des Herrn Bautenministers Sekanina, den Steirern bereits abgegeben und im Abschnitt Allhau-Hartberg auch schon realisiert, zeigt, wie wichtig und notwendig es ist, auch dieses Versprechen vom nachfolgenden Minister einzulösen. Sein Nachfolger also, unser jetziger Bautenminister Dr. Übleis, redet ständig davon, daß mit der Reduzierung der Schnellstraßen 30 Milliarden Schilling eingespart werden können und daß die Verkehrssicherheit und die Verbesserung der Umweltverhältnisse Vorrang haben werden. Wenn der von ihm angeordnete Einbau der grauenhaften Betonmittelwand ein Beitrag zur Verkehrssicherheit und zur Verbesserung der Umwelt sein soll, dann wissen wir wenigstens, was der Herr Bautenminister mit solchen Aussagen meint. Wir werden alle von ihm dargestellten Maßnahmen, die reine Alibihandlungen eines falsch beratenen Ministers sind, ablehnen, weil befürchtet werden muß, daß sich eine zusätzliche Gefährdung der Verkehrsteilnehmer ergeben wird. Ich kann dazu nur sagen, er hat dieses Übel bei eisiger Fahrbahn noch nicht miterlebt. Was wir und alle Verkehrsteilnehmer wollen, ist der Bau der zweiten Richtungsfahrbahn wie auf den Wechsel, weil wir Steirer nicht Staatsbürger zweiter Ordnung sind. Unsere Straßenbautechniker haben überdies erklärt, daß bereits 60 Prozent der Erdarbeiten, des Erdausbaues fertig sind und daß sich die Brücken - insgesamt sind es 37, darunter zahlreiche Großbrücken - technisch gar nicht verbreitern lassen. Wir hoffen daher, daß der Herr Minister über Initiative unseres Landeshauptmannes Anfang des kommenden Jahres eine Arbeitsgruppe zur Entscheidungsfindung hinsichtlich der Verkehrssicherheit und Wirtschaftlichkeit einsetzen wird. Eindringlich möchte ich nochmals feststellen, daß dieser Pfusch mit der Betonmittelwand in jenen Abschnitten, wo es ohnedies nie zu einem Unfall kam, beseitigt und eine zweite Richtungsfahrbahn gebaut werden muß. Ich freue mich, daß sich die hier im Landtag vertretenen Fraktionen in dieser Frage einig sind. Wir Oststeirer rechnen mit dem Ausbau, und wir fordern dies auch, daß die Südautobahn schon bald ihre volle Funktion erfüllt, damit man sie wirklich gefahrlos befahren kann und daß auch die Südautobahn der Weg in die Zukunft ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernitz:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dem Abgeordneten Lind müßte man sagen, jetzt müssen wir Obersteirer uns vehement an den Herrn Landeshauptmann hängen, um auch den Dank doch in relativ kurzer Zeit über den Ausbau unseres Teiles der Autobahn in Empfang nehmen zu können.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß die Gruppe 6, Straßen, Wasserbau und

Verkehr, sicherlich auch in Zukunft immer wieder von besonderer Bedeutung im Landesbudget sein wird. Ich glaube, die steigende Mobilität bewirkt ein ständiges Ansteigen der Verkehrsstärken im übergeordneten sowie auch im regionalen Straßennetz. Ich glaube, daß der Wunsch der Menschen, ein eigenes Fahrzeug zu besitzen, immer noch sehr stark vorhanden ist, sobald es eben die finanziellen Mittel ermöglichen. Man kann vielleicht die Mobilität oder vor allen Dingen den Motorisierungsgrad besonders daran messen, wenn man bedenkt, daß in den Vereinigten Staaten zum Beispiel auf 1000 Einwohner zirka 540 Pkws kommen. In Österreich sind es derzeit rund 310 Pkws auf 1000 Einwohner, und wir liegen damit eigentlich im europäischen Mittelfeld. Dies bedeutet, daß sowohl der regionale wie auch der überregionale Verkehr in Zukunft mit weiteren jährlichen Steigerungen sicher zu rechnen hat. Es ist daher auch unsere Aufgabe, daß wir uns gemeinsam bemühen müssen, uns auf einen für die Wirtschaft, den Handel, das Gewerbe und natürlich auch für den Fremdenverkehr so bedeutenden Ausbau unseres Straßennetzes in unserer steirischen Heimat zu konzentrieren. Und ich bin überzeugt, neben den noch offenen Fragen der Südauto- bahn, die hier vom Herrn Abgeordneten Lind aufge- zeigt worden sind und sicherlich die Unterstützung aller Abgeordneten dieses Hauses haben, müssen wir natürlich auch der Pyhrnautobahn oberste Priorität einräumen. Unter Beachtung aller noch so notwendi- gen Umweltschutzmaßnahmen dient die Pyhrnauto- bahn natürlich nicht nur dem internationalen Verkehr, sondern sie ist auch ein Bestandteil des Europastraßen- netzes und schließt das so dringend notwendige Auto- bahndreieck Wien – Graz – Linz. Diese Verbindung ist natürlich auch ein wesentlicher Bestandteil für die Wettbewerbschancen der Betriebe im steirischen und vor allen Dingen im obersteirischen Zentralraum. Durch die dadurch erreichte verkürzte Fahrzeit mit erhöhter Sicherheit, die ja auf Autobahnen gegeben ist, werden natürlich auch wiederum für den Bezirk Liezen die bedeutenden Fremdenverkehrsgebiete attraktiver, weil ja die Lage zu den Zentralräumen selbstverständlich wesentlich günstiger wird. Die große Anzahl der Pendler in der Steiermark, die unser steirisches Straßennetz benützen müssen, die ständige Zunahme des Verkehrsaufkommens, das ständig fest- gestellt wird, und Spitzenwerte bis zu 35.000 Fahr- zeuge pro Tag, die gerade hier in diesem Grazer Bereich gemessen wurden, berechtigen uns, mit allem Nachdruck den Ausbau der Pyhrnautobahn auch auf der oberösterreichischen Seite zu verlangen. Denn auch im Staatsvertrag zwischen Oberösterreich und der Steiermark und auch in dem gemeinsam erarbei- teten „Leitbild Oberösterreich – Steiermark zur Raum- ordnung“ weist ja gerade die Verkehrslage und vor allen Dingen der Ausbau des Straßennetzes ganz besonders auf die künftige wirtschaftliche Entwick- lung durch die Verbesserung der Erreichbarkeit der Zentralräume und ihre Bedeutung in dieser Broschüre hin. Denn gerade die verkehrsmäßig günstige Verbin- dung vielleicht der Grundstoffindustrien im Linzer Zentralraum mit der Finalindustrie in unserem steiri- schen und obersteirischen Raum kann und wird sicher- lich die wirtschaftliche Entwicklung beider Räume günstig beeinflussen. Wir alle wissen – und es ist schon des öfteren in diesem Hohen Haus gesagt

worden –, daß die Pyhrnautobahn darüber hinaus im Süden natürlich den Anschluß an das angrenzende Jugoslawien und im Nordwesten über die Innkreis- autobahn und die deutschen Autobahnanschlüsse die Verbindung mit internationalen Verkehrsadern bildet, wodurch auch eine Achse von der Nordsee bis zur Adria auf diesem Gebiet hergestellt wird. Ich glaube, wir Steirer können uns eigentlich über den forcierten und beschleunigten Ausbau der Pyhrnautobahn in unserem steirischen Bereich freuen, wie es in einer Erklärung des Bundesministers Dr. Übleis am 22. November 1985 anläßlich der Eröffnung der Süd- autobahn geheißen hat. Wir weisen mit allem Nach- druck auf diese Bedeutung und Dringlichkeit des Weiterbaues der Pyhrnautobahn in unserem Bereich hin. Und wir hoffen, und ich glaube, hier darf ich wirklich das Ersuchen auch an unsere Kollegen in Oberösterreich richten, daß diese Bedenkzeit, die man dort in verschiedenen Teilen nun eingeführt oder festgelegt hat, daß es auch hier zu jenem Weiterbau der Pyhrnautobahn kommt, weil ich davon überzeugt bin, daß auch eine gut ausgebaute Pyhrnautobahn im steirischen Bereich im Endeffekt nichts bringt, wenn nicht die internationalen Anschlüsse dann am Ende vorhanden sind. Wir alle wissen, daß es doch Milliar- denbeträge sind, die hier in den steirischen Straßenbau geflossen sind, und es ist ja nicht nur einmal gewesen, daß ja auch der Herr Landeshauptmann immer wieder dem Bundesminister für das Verständnis gedankt hat und sicherlich auch das Land seinen Anteil geleistet hat. Das ist sicherlich auch unbestritten, weil ich glaube, daß es notwendig ist, und ich persönlich bin davon überzeugt, daß ein gut ausgebautes Straßen- netz, der Anschluß an internationale Anschlüsse und Verbindungen eine jener Voraussetzungen ist, die wir hier in diesem Hohen Haus immer wieder verlangen, daß sie zur Erhaltung, zur Sicherung auch unserer Arbeitsplätze in unserer steirischen Heimat beitragen sollen und überhaupt jenen, die die Chance ergreifen oder überhaupt bereit sind, hier Betriebsansiedlungen zu machen, eben ein gut ausgebautes Verkehrsnetz anbieten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben der Wichtigkeit des Ausbaues der Autobahn und der Schnellstraßen dürfen wir natürlich nicht auf den Ausbau auch unserer Landes- und Bundesstraßen ver- gessen. Wir wissen auch, welche großartigen Leistun- gen in der Mürz-Mur-Furche gerade auf diesem Gebiet erbracht werden. Die S 36, Sankt Michael – Judenburg, ist fertiggestellt, und es geht nun darum, auch hier jenen Anschluß an das gut ausgebaute Kärntner Netz zu finden, wo wir an der steirischen Grenze von Kärnten her eine gut ausgebaute Straße haben, und ich weiß, daß teilweise – ich glaube, daß es stimmt – nun Planungen vorliegen, vor allen Dingen für die so schwierigen Teile der Scheiflinger Öfen und auch des Teilstückes Wildbad-Einöd, weil ich glaube, daß man auch hier die Planung vorantreiben soll, um dann gemeinsam für dieses noch offene Stück von Rothen- thurm bis an die Landesgrenze eben einen vierbahni- gen Bundesstraßenausbau in diesem Bereich so bald als möglich fertigzustellen. Natürlich brauchen wir – und das ist in vielen Anträgen hier im Hohen Haus immer wieder bekanntgegeben worden – die so wich- tigen Autobahnzubringer für die Verbesserung der Infrastruktur, und ich bin davon überzeugt, daß gerade

die Menschen in unseren wirklich so schwierigen Regionen der steirischen Heimat ein Recht auf eine gute Verkehrserschließung, gerade speziell auch im obersteirischen Raum, so wie es von anderen Abgeordneten für andere Teile unseres Landes genannt wurde, haben.

Für unseren Bereich vielleicht nur einige Punkte, wo ich glaube, daß sie unbedingt notwendig sind: Das ist eben jener Weiterbau der Eisenbundesstraße, wo wiederum Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Es ist vor allen Dingen das für uns in der Obersteiermark so bedeutende und wichtige Teilstück dieser ennsnahen Trasse Stainach–Liezen, das doch unbedingt auch einmal einer Realisierung zugeführt werden müßte. Es ist das Teilstück Frenz–Altenmarkt, wo nun mit dem Ausbau begonnen wurde, und es ist vor allen Dingen auch ein Landesstraßenstück, das zum Teil gut ausgebaut wurde. Ich möchte aber auch die Bitte hier anbringen, daß die Straße über Erb und das letzte Stück nach Großreifling auch noch einem weiteren Ausbau zugeführt werden sollte, um nur einige kleine Dinge zu nennen. Wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es große finanzielle Belastungen sind, die der Bund, das Land hier auf sich nehmen, weil eben ein Ausbau eines modernen Straßennetzes sehr wohl eine kostenaufwendige, aber auch langlebige Investition darstellt.

Ich möchte eigentlich zum Abschluß auf eines zurückkommen, was der Herr Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger in seiner Festansprache anlässlich „75 Jahre zweite Wiener Hochquellenleitung“ in Wildalpen am Sonntag, dem 1. Dezember 1985, gesagt hat, nämlich auf den Weitblick der Menschen und deren Einsatz so großer finanzieller Mittel. In dieser feierlichen Stunde wurde darauf hingewiesen, daß Wien heute als einzige Großstadt dieser Welt zu 80 Prozent mit steirischem Quellwasser versorgt wird. Eine gigantische Leistung, die eigentlich vor 75 Jahren nicht nur von Technikern, sondern überhaupt dort geleistet wurde, große Leistungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die eben – möchte ich sagen – zur Verbesserung der Infrastruktur beigetragen haben. Auf Grund dieser Leistungen, die dort gelobt wurden, glaube ich, daß auch der Ausbau des steirischen Straßennetzes und jene Kosten, die dieser Ausbau verursacht und damit auch zur Sicherheit der heimischen Wirtschaft natürlich und deren Arbeitsplätze beitragen würde, daß man vielleicht auch hier jenen Spruch bringt, der eigentlich am 1. Dezember vom Bundespräsidenten gesagt wurde, daß wir hoffen, daß in 50, 70 oder 80 Jahren von unseren Kindern oder deren Nachfolgern auch jene Wertschätzung diesen Leistungen im Straßenbau entgegengebracht wird, die sich diese Investitionen für die Zukunft in unserer steirischen Heimat tatsächlich verdienen würden. Setzen wir uns verstärkt auf Landesebene für die unbedingt notwendige Verbesserung der diesen Teil betreffenden Infrastruktur ein, um also jenen Teil zu leisten, der für die Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze durch den Ausbau unseres steirischen Straßennetzes sicherlich Grundvoraussetzung ist. Ihnen allen ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kanduth:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein vordringliches Anliegen der Steiermark ist der weitere Ausbau der Pyhrnroute im Bereich Liesing- und Paltental. Dieses Autobahnstück sollte im Vollausbau errichtet werden und weist eine Länge von rund 49,3 Kilometern auf. Die Gesamtkosten für diesen Ausbau betragen 3,73 Milliarden Schilling ohne Betondecke, zweifellos ein ansehnlicher Betrag. Die Projektierungen und Behördenverfahren laufen termingerecht. Mit den Grundeinlöseverhandlungen wurde bereits im Jahre 1984 begonnen. Der frühere Bautenminister Karl Sekanina sah einen durchgehenden Ausbau der A 9 bis 1990 vor. Der Ministerwechsel trifft daher die Steiermark besonders hart. Der gegenwärtige Bautenminister Dr. Übleis veranlaßt sicherlich aus finanziellen Gründen eine Reduzierung des Autobahnquerschnittes von 24 auf 19,6 Meter mit Betongleitschienen, obwohl – wie wir wissen – diese Teilung der Autobahn mit diesen Dingen ja wirklich mehr als bekrittelt und umstritten ist. Ein späterer Vollausbau ist vorgesehen. Es muß daher – und das ist es, was mich im besonderen berührt – wiederum projektiert werden. Dies ist umso bedauerlicher, meine Damen und Herren, weil die Detailplanungen fast alle abgeschlossen und genehmigt sind. Das Detailprojekt „Umfahrung Rottenmann“ wird nun zum vierten Mal neu projektiert. Das, glaube ich, kann man auf die Dauer wirklich nicht mehr hinnehmen, das ist nicht mehr zumutbar. Wobei man auch in aller Deutlichkeit sagen muß, daß sämtliche Umplanungen kostenmäßig vom Land zu tragen sind, wenn nicht der Auftrag vom Bund für diese Umprojektierung gegeben wird. Und der wird in der Regel nicht gegeben. (Abg. Tschernitz: „Herr Abgeordneter, das war der Wunsch der Landwirtschaft, bitte!“) Ich frage hier nicht nach dem Wunsch, irgendjemand muß ja entscheiden. Es sind ja Zusagen dagewesen. Der Herr Minister muß sich eben ein bißchen mehr um die Dinge dort kümmern, wie sie wirklich sind. Ich werde noch darauf zurückkommen. Ich frage mich oft, wieviel muß man noch umprojektieren in vielen Bereichen, und haben wir wirklich so viel Geld zum Hinausschmeißen? Ein vom Bundesministerium für Bauten und Technik genehmigter Bauzeitplan liegt bis jetzt für diese Strecke nicht vor. Bei entsprechender Mittelzuteilung könnte folgender Bauzeitplan aus technischer Sicht realisiert werden: Das Baulos Selzthal mit 3,1 Kilometer Länge mit einem Kostenaufwand von 350 Millionen Schilling von 1988 bis 1991, das Rottenmanner Baulos: 7,1 Kilometer, 540 Millionen Schilling, Baubeginn 1986 – wenn möglich, Fertigstellung 1989; Treglwang: 7,4 Kilometer, Gesamtkosten 540 Millionen Schilling, Baubeginn 1987, Fertigstellung 1991; Wald: 8,4 Kilometer, 1160 Millionen Schilling Aufwand, 1988 Baubeginn, Fertigstellung 1991; Liesing: 12,8 Kilometer, Aufwand 625 Millionen Schilling, Baubeginn 1987, Fertigstellung wäre 1991 denkbar; Kammern: 10 Kilometer, 515 Millionen Schilling, Baubeginn 1987, Fertigstellung bis 1991 denkbar; der Vollausbau bei Trieben würde 11,7 Kilometer betragen mit einem Aufwand von 400 Millionen Schilling. Es könnte bei einigem guten Willen die Pyhrnautobahn ab 1991 wenigstens befahrbar sein. Der von der Steiermark vorgelegte Bau- und Finanzierungsplan wurde vom Bautenministerium leider bisher noch nicht genehmigt. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Auto-

bahn brauche ich nicht näher auszuführen, das haben Kollege Tschernitz und Vorredner schon getan. Aber es gibt auch einen weiteren Aspekt, und den soll man überhaupt nicht übersehen, daß ist der menschliche, und das sind die Unfallziffern. Und wenn wir, die Ennstaler Abgeordneten, gerade auf dieser Strecke unterwegs sind, dann erleben wir es ja ununterbrochen, welches Leid auf dieser Strecke passiert. Vieles wäre vermeidbar, wenn der Ausbau schneller vorangetrieben werden würde. Und wenn ich Sie jetzt fragen würde, was schätzen Sie, wieviel Unfälle sich in den letzten fünf Jahren in diesem Teilbereich, auf diesen 49 Kilometern, ereignet haben? Niemand könnte es beantworten. 5176 Unfälle! 1082 Personen wurden verletzt, und 178 Menschen sind auf dieser Strecke gestorben. Wenn ich nur zwei Jahre herausgreife: 1983 gab es 138 Unfälle, 250 Verletzte, 29 Tote. 1984: 153 Unfälle, 309 Verletzte, 21 Tote. Ich glaube also wirklich, man müßte dem Herrn Minister diese Zahlen täglich auf den Tisch legen, damit ihm die Notwendigkeit eines schnellen Ausbaues deutlicher wird. Ich würde wirklich ersuchen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, Ihren Minister auf diesen aufgezeigten Umstand mit besonderem Nachdruck aufmerksam zu machen. (Abg. Tschernitz: „Er hat es dem Herrn Landeshauptmann zugesagt, bitte!“) Erich, die Zusagen kennen wir, bitte! Ich bin skeptisch. Auch ein Karl Sekanina hat zugesagt, daß die Pyhrnautobahn 1990 befahrbar ist. Heute wissen wir, daß es nicht so ist. Und daher bin ich überhaupt skeptisch, solange nicht der Bauzeitplan und die Finanzierung, wie sie von der Steiermark vorgelegt wurden, vom Herrn Minister genehmigt wurden. Wenn das vorliegt, dann glaube ich, daß es möglich ist. Ich danke! Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prutsch:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich zur Gruppe 6 einen kurzen Beitrag über die Vor- und Nachteile des Straßen- und Schienenverkehrs aus der Sicht des Energieverbrauches, der Umweltbelastung und Wirtschaftlichkeit bringe. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich ist das mit Abstand am stärksten belastete Transitland Europas. Bereits im Jahre 1977 hatte unser Land im Straßengütertransitverkehr mit 14 Millionen Tonnen ein mehr als doppelt so großes Verkehrsaufkommen zu bewältigen als die Schweiz, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei zusammengenommen. Seit diesem Zeitpunkt ist der Straßentransit noch weiter angestiegen. Im heurigen Jahr werden rund eine Million Lastkraftwagen an die 20 Millionen Tonnen Güter auf der Straße durch Österreich transportieren, das heißt, meine Damen und Herren, an jedem Werktag rollen mehr als 3500 Fernlaster durch Österreich. Bezogen auf die Staatsfläche ist der durch Österreich fließende Transitverkehr auf der Straße rund viereinhalbmal so groß wie der Transitverkehr durch die Bundesrepublik Deutschland. Auch durch unser Bundesland Steiermark verkehren zwischen Salzburg und Spielfeld täglich rund 500 Lkw. Diese Transitwelle, meine Damen und Herren, verursacht beziehungs-

weise mitverursacht kaum wieder gutzumachende Umweltschäden und erfordert sündteure Straßen und deren Erhaltung. Hunderte Tonnen Stickoxyde, Tonnen von unverbrannten Kohlenwasserstoffen, Tonnen von Kohlenmonoxyd und Schwefeldioxyd, insgesamt 3500 Tonnen, gehen jährlich allein durch den Straßentransitverkehr auf Österreich nieder. Dagegen ist die Umweltbelastung durch den Schienenverkehr gleich null. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß der durch Lkw-Unfälle verursachte volkswirtschaftliche Schaden jährlich über 5 Milliarden Schilling beträgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch im Berufsverkehr schätzt man bis 1996 eine weitere Zunahme des Verkehrsaufkommens um über 20 Prozent. Die Verkehrsentwicklung zeigt deutlich, daß der öffentliche Verkehr, insbesondere der Schienenverkehr, nach wie vor große Bedeutung für die Verkehrsversorgung darstellt und daß die Nutzung des Schienenverkehrs geeignet ist, negativen Entwicklungstendenzen des Straßenverkehrs, wie Auswirkungen auf die Gesundheit, auf die Umwelt, insbesondere auf das Waldsterben und die Landschaftszerstörung, entgegenzuwirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin daher nicht der Meinung des Herrn Landeshauptmannes, daß der schienengebundene Verkehr in der Steiermark nicht jene Bedeutung wie in den anderen Bundesländern hat und die Ausweitung der Nahverkehrsmilliarde auf den nicht schienengebundenen Nahverkehr zweckmäßiger wäre. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Kollege Prutsch, wer hindert euch am Ausbau?“) Wir Sozialisten treten für eine rasche Verwirklichung des Schienennahverkehrs und Nahverkehrsverbundes, beginnend für den Großraum Graz mit seinen 350.000 Einwohnern und im Interesse der täglich fahrenden 55.000 Pendler, ein. Weiters treten wir dafür ein, den Lkw-Transitverkehr noch mehr auf die Bahn zu verlegen. Bedenken Sie, meine Damen und Herren: Täglich werden in diesen Zentralraum Graz nahezu 800.000 Personenfahrten getätigt; davon entfallen 45 Prozent auf die Ein-, Aus- und Binnenpendler. Der Aufteilungsschlüssel zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr liegt bei 75 zu 25 Prozent. Es ist daher unbedingt notwendig, um nicht die urbane Lebensqualität in den Ballungsräumen zu zerstören, dem weiteren Ansteigen des Individualverkehrs geordnete Maßnahmen entgegenzusetzen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wieso baut ihr nicht aus? Macht doch etwas, du redest doch nur!“)

Grund und Boden sind nicht vermehrbare Güter. Die Eisenbahnen sind das umweltfreundlichste, energiesparendste und sicherste Verkehrsmittel.

Meine Damen und Herren! Bei gleicher Verkehrsleistung ist die Schiene dem Kraftfahrzeug überlegen. Eine zweigleisig ausgebaute Strecke beispielsweise hat die vierfache Kapazität einer eingleisigen Bahnlinie. Bei einer Transportleistung von 40.000 Personen pro Stunde braucht die Bahn einen zehn Meter breiten Streifen, wogegen zur Bewältigung derselben Transportleistung im Individualverkehr eine etwa 132 Meter breite Straße erforderlich wäre.

Hohes Haus! Die Österreichischen Bundesbahnen haben für das Jahr 1986 die Planungskosten für den Ausbau des steirischen Nahverkehrs bereitgestellt. Wenn die Landesregierung die Bereitschaft bekundet,

sich an den dem jeweiligen Nahverkehrsausbau zuzurechenbaren Investitionen mit 20 Prozent zu beteiligen, ist die Österreichische Bundesbahn bereit, bereits im Jahre 1987 mit dem Bau zu beginnen. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, es liegt in Ihrer Entscheidung, raschest über die Kostenaufteilung zu verhandeln. Ich bin der festen Überzeugung, wenn man ernstlich gesprächsbereit ist, müßte es auch in der Steiermark möglich sein, wie in den anderen sechs Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Niederösterreich, Wien und Burgenland, wo bereits mehr als ein Dutzend Nahverkehrsprojekte fertig oder im Entstehen sind, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Nun schon zum Schluß kommand – auch jeder Abgeordnete hat regionale Wünsche: Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, als zuständiger Straßenbaureferent, daß der Ausbau des Autobahnzubringers von der L 208, Perbersdorfer Straße von Rabenhof zum Knoten Vogau der Pyhrnautobahn, im Interesse der Grenzlandbevölkerung von Radkersburg und des Bezirkes Leibnitz ehestens in Angriff genommen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Präsident Klasnic.

**Abg. Präsident Klasnic:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein Wort zum Herrn Kollegen Prutsch: Bei der letzten Debatte über den Huckepackverkehr hat Ihnen der Herr Dr. Dorfer sehr, sehr ausführlich geantwortet, warum es zur Zeit nicht möglich ist, Ihre Vorschläge, so wie Sie sich das vorstellen, umzusetzen. Probieren wir es anders, wenn Sie es so nicht verstanden haben. Ich lade Sie sehr, sehr herzlich ein, sich in einen Lkw zu setzen, an diesem Huckepackverkehr teilzunehmen, und Sie werden erkennen, wie wenig effizient das Angebot von seiten der Bundesbahn zur Zeit ist, nämlich was Tarif, Zeit und Beförderung betrifft. Ich lade Sie ein, nehmen Sie dieses Angebot an. Ein praktisches Beispiel: Wir haben ein Transportunternehmen, und Sie können versichert sein, daß ich mich wirklich auskenne. Sogar einen C-Führerschein hätte ich zu bieten. (Abg. Prutsch: „Warum nehmen es die bundesdeutschen an, nur die steirischen nicht?“) Das hätten Sie jetzt nicht sagen dürfen, Herr Kollege. Haben Sie vor zwei Tagen die Zeitung gelesen? Da steht, daß es der Deutschen Bundesbahn gelungen ist, einen Zug zu installieren, der 370 Stundenkilometer Durchschnittsgeschwindigkeit hat. Wenn Sie von Graz nach Salzburg fahren, dann haben sie eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 50 Stundenkilometern. Wo bleibt die Attraktivität? (Beifall bei der ÖVP.)

Und glauben Sie mir, jeder private Verkehrsunternehmer in ganz Österreich – und ich spreche heute und jetzt für die steirischen – würde sehr gerne manche Angebote annehmen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen stimmen würden und wenn nicht immer der private Verkehrsunternehmer dem öffentlichen, sprich der Bundesbahn, wo das Defizit ja mit Steuerschillingen abgedeckt wird, gegenüber schlechter behandelt werden würde.

Ein privater Linienträger, ein privater Busunternehmer, der wird nicht eingebunden in die Nahverkehrsmilliarden, sehr wohl ein öffentliches Linienunterneh-

men. Wo ist die Gerechtigkeit? Sozialtarife für Lehrlinge und Arbeiter gelten auch für den privaten Linienunternehmer, aber er bekommt keine Unterstützung. Er bekommt keinen Ausgleich, aber sehr wohl die Sozialtarife der Bundesbahn und der öffentlichen Verkehrsträger werden gestützt. Das ist die Wirklichkeit.

Zweite Frage: Wo bleibt die Gerechtigkeit? Und drittens: Ich würde Sie bitten mitzuwirken, daß die Benachteiligung der Verkehrswirtschaft, nämlich Anschaffung einer Investitionsprämie von 50 Prozent, daß auch das umgesetzt wird, weil bei der öffentlichen Verkehrsunternehmen wird die Förderung seitens der Gebietskörperschaften sehr wohl in dieser Höhe angenommen.

Weil Sie von der Umwelt reden, auch dazu eine Antwort. Ich warte eigentlich schon lange darauf, weil Sie mich wirklich jedesmal ärgern. Ich muß das sagen! In Wirklichkeit ist es so, daß die Wettbewerbschancen für den privaten und für den öffentlichen Verkehr in keinem Land in Europa so verzerrt sind wie in Österreich. Das muß ich Ihnen sagen, und wenn Sie fair sind und an die privaten Verkehrsunternehmer und an die Bediensteten dort denken – um das muß ich Sie bitten, an die Bediensteten dort müssen Sie auch denken –, dann würden Sie Ihre Wortmeldung wohl sehr oft überlegen müssen.

Aber zum Thema und zur Gruppe 6, warum ich mich eigentlich gemeldet habe. Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann danken für alle Vorbereitungen und Initiativen betreffend den Nahverkehrsverbund. Und zwar danken für die Pendler und für die Bewohner im Großraum von Graz. Sie sind selbst bei dem Symposium gewesen zum großen Teil, wie Sie hier im Raum sind, dort haben wir gemerkt, daß es doch einen Weg geben wird, private und öffentliche Verkehrsträger gemeinsam einzubinden und gemeinsam zu beschäftigen. Der zweite Dank, den ich auch hier anbringen möchte an den Landeshauptmann, ist, daß es wieder zur Schaffung eines Landesstraßenbausonderprogrammes gekommen ist und daß im Landesvoranschlag – Sie kennen ihn, 20 zu 1 ist die Relation zum Bundesbudget –, daß es in diesem Landesvoranschlag 20 Millionen Schilling mehr für den Landesstraßenbau gibt. Für diesen Ansatz bedanke ich mich als ein Transportunternehmer dieses Landes.

Ein dritter Dank: Der dritte Dank geht auch an den Landeshauptmann. Es sind heuer die Bewohner des Flughafengeländes Thalerhof zum Landeshauptmann gekommen und haben ihn um Unterstützung gebeten. Und Sie wissen schon, was jetzt kommt: Drakenkauf, und einfach über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Der Herr Landeshauptmann hat dafür gesorgt, daß es eine Landessonerdotation für die Grundablösen gibt, und die Stadt Graz und der Bund müssen jetzt nachziehen. Der Herr Landeshauptmann hat für bis maximal 30 Millionen Schilling vorgesorgt. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch etwas, ein Vorschlag, wie Sie uns helfen könnten, weil ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Kollegen der sozialistischen Fraktion nur an den öffentlichen Verkehr denken. Es ist der Dieselpreis vor kurzer Zeit erhöht worden. Dieselpreis, das heißt, daß Güter- und Personenbeförderung wieder teurer werden. Helfen Sie mit, daß die private Verkehrswirtschaft entweder in Form der Mineralölsteuer eine zweckge-

bundene Rückvergütung oder in Form der Investitionsprämie eine Hilfe erhält. Das wäre zum Wohle vieler Menschen in diesem Land, vor allem aber der Verkehrsbediensteten in diesem Land Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

**Abg. Präsident Zdarsky:** (Abg. Dr. Maitz: „Rügen Sie jetzt, daß Regierungsmitglieder nicht da sind?“) Ich hoffe, daß ich in Ihnen einen Zuhörer finde.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr viel Geld wird für die Neuerrichtung, aber auch für die Instandhaltung von Straßen – Bundes-, Landes- und sonstige Straßen – ausgegeben. Ohne Straßen wäre unser geordnetes Leben nicht denkbar. Sie sind aber auch Voraussetzung für das liebste Hobby vieler Menschen. Dieses Hobby, welches viel Geld kostet, ist besonders für den Großteil unserer Jugend das Erstrebenswerteste. Der „fahrbare Untersatz“ gehört dazu, um „In“ zu sein. Motorräder und Mopeds, oft sogar frisiert! Bei der hohen Anzahl der Verkehrsunfälle ist ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz junger Menschen beteiligt. Ich will gar nicht von den Blebschäden, die sicherlich auch einen hohen Anteil an Volksvermögen verschlingen, sprechen, sondern von der erschreckend hohen Anzahl von Verkehrstoten, und hier besonders von der großen Anzahl junger Menschen, die ihr Leben auf der Straße lassen. Dieses vorzeitige Sterben ist oft leichtsinnig herbeigeführt, unwahrscheinlich viel Geld kostet es, und unwahrscheinlich viel Leid bringt es mit sich. Es ist daher besonders gutzuheißen, daß ab 1. Jänner 1986 generell für alle Moped- und Motorradfahrer Sturzhelmpflicht gegeben ist. Ich hoffe, daß auch bei dieser Einführung ein mindest gleich positiver Effekt erzielt wird, wie durch die Gurtenpflicht. Bei der Gurtenpflicht, das hat das Kuratorium für Verkehrssicherheit auf Grund der Unfallstatistik errechnet, wurden seit der Einführung etwa 130 Tote und 4500 Verletzte – wenn man so sagen will – eingespart. Die Dickschädel, die heute noch entgegen aller Vernunft ohne Helm durch die Gegend knattern, werden nun ihre dünne Schädeldecke bedecken müssen. Sie müssen sich schützen. Mehr als eine halbe Million Mopeds sind in Österreich zugelassen, aber nur ein Drittel der Lenker fährt nach der neuesten Zählung mit Helm, obwohl nachgewiesen 30 Todesopfer und 1500 Schädelverletzungen vermieden werden könnten, wenn alle Motorrad- und Mopedfahrer Sturzhelme trügen. Fast 70 Prozent der tödlich verunglückten Zweiradfahrer sind an Kopfverletzungen gestorben. Vielleicht sollten sich schon jetzt die Zweiradfahrer für das Neue Jahr den guten Vorsatz vornehmen: „Nur noch mit Helm“ – nicht wegen irgendwelcher Vorschriften oder Strafsanktionen, sondern weil wirklich keiner einen „Dickschädel“ hat.

Hohes Haus! Sicherlich wäre aber auch der „Führerschein auf Probe“, der in Diskussion ist, eine Maßnahme, manchem jungen Menschen Leben oder Gesundheit zu erhalten. In der Steiermark sind im Jahr 1984 242 und 1985 213 Menschen bei Verkehrsunfällen gestorben. Die Abnahme durch Gurtenpflicht war zirka 12 Prozent. Nach Niederösterreich stehen wir an der zweiten Stelle, das ist ein traurige Spitzenposition!

Bei den Verletzten gab es ebenfalls einen Rückgang von zirka 474, 8866 waren es 1984, und 1985 8392 Verletzte. Jeder einzelne Mensch, der durch eine solche gesetzliche Maßnahme vor Schäden bewahrt wird, rechtfertigt diese. Führerschein auf Probe wäre sicherlich dazu angetan, als Bremse zu wirken, das heißt, weniger aufs Gas zu steigen. Wenn schon nicht der Verstand die Bremse drücken kann, dann doch die Angst, den Führerschein entzogen zu bekommen. Leid und Kummer, aber auch Volksvermögen könnten erspart bleiben. Es sei hier allen gedankt, ARBÖ und ÖAMTC für ihr Engagement zur Verbesserung der gesetzlichen Maßnahmen, der Exekutive, dem Roten Kreuz für die Hilfestellung auf den Straßen. Sie alle tragen mit dazu bei, daß unsere Straßen sicherer werden. Die besten Straßen und auch Fahrzeuge sind nur so sicher, wie vernünftige und verantwortungsvolle Verkehrsteilnehmer sie benützen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Im Telegrammstil ein paar Dinge. Ein Wort zum Verkehrsverbund: Notwendig, unbedingt rasch durchzuziehen. Eine Bitte: Daß man, wie es in der Studie leider nicht der Fall ist, auch die Weststeiermark miteinbezieht. Ich glaube auch, daß es richtig ist, wie die Frau Präsident gesagt hat, daß man auch den privaten Busverkehr miteinbezieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zehn Jahre Landesstraßenbauprogramm sind ausgelaufen, und wir stehen davor, wieder ein neues einzubringen, eines zu erstellen. Wir wissen, daß sich die Schwerpunkte verschoben haben, wir wissen, daß heute auch die finanziellen Möglichkeiten nicht so gegeben sind, daß man heute keine großen Baustellen mehr durchziehen kann, weil sie üblicherweise nach dem Florianiprinzip verhindert werden, so daß nur kleine und Kleinstbaustellen übrig bleiben. Aber der Schwerpunkt hat sich vom Neubau zur Erhaltung verlagert. Dies nicht nur im Landesstraßenbereich, sondern natürlich auch bei den Gemeinden. Vor allem ist es bei den Gemeinden noch ein bißchen drastischer, weil gerade dort die Konstruktionsstärken der einzelnen Gemeindestraßen nicht ausreichen, während sich die Tonnagen im LKW-Verkehr nach oben hin entwickelt haben. Rein politisch ist es natürlich auch leichter, schöner, ein neues Straßenstück zu verkaufen, als vielleicht eine Ausbesserung oder Regenerierung.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Landeshauptmann, ich habe Sie schon angesprochen, daß man hier Überlegungen einbringen muß, wie man den Gemeinden helfen kann, nachdem sie ja im Durchschnitt finanziell schwach sind. Vielleicht wäre eine Überlegung, die Netzschlußstraßen als Konkurrenzstraßen ins Programm zu nehmen, wenn schon eine Übernahme als Landesstraßen nicht möglich ist. Vielleicht sollte man doch ein Modell erarbeiten, das es möglich macht, daß man die Erhaltung getrennt oder doch ein bißchen mehr aus der Hand der Gemeinde nimmt und das im ganzen effektiver und qualitativ besser durchführt. In diesem Sinne schließe ich meinen Beitrag. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Heidinger.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf für zwei Bereiche, die in meine Referate fallen, in aller Kürze Stellung nehmen. Frau Präsident Zdarsky hat zu Fragen der Straßenverkehrsordnung, die ja bekanntlich ein Bundesgesetz ist, und Fragen der Verkehrssicherheit Stellung genommen. Ich kann ihr nur voll zustimmen, und was in unserer Macht steht, wird gerne geschehen, daß wir auf den Bundesgesetzgeber und die Zuständigen der Bundesregierung einwirken, daß man leider die fehlende Eigenverantwortung durch Verantwortung der Gesellschaft, sprich Gebotssanktionen – wie man dann mit Strafsanktionen oder nicht vorgeht, ist eine weitere Frage –, die Dinge zu bessern versucht. Die Gurtenanlegepflicht – glaube ich – ermuntert diejenigen, die bei Abwägung der in der Demokratie sehr ungern angewandten Ver- und Gebote doch dazu neigen, daß man sie anwenden muß. Es ist ja signifikant, daß die Zahl der Verkehrstoten in der jugendlichen Kategorie bis 25 Jahren erschreckende Zahlen ausweist und daß es vor allem bei neuen, guten Straßen, die den Geschwindigkeitsrausch anregen, zu regelrechten Todesstrecken für einspurige Fahrzeuglenker kommt. Also, volle Zustimmung, Frau Präsident!

Zu den Ausführungen von Frau Präsident Klasnic, Abgeordnetem Prutsch und Abgeordnetem Dipl.-Ing. Chibidziura: Verkehrsverbund. Ich bin noch immer gerne bereit, noch dazu für einen Abgeordneten der Weststeiermark, mich zum Nachhilfeunterricht anzustellen.

Herr Abgeordneter, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verkehrsverbund hat das Ziel, den Einheitsfahrchein im Verkehrsverbundbereich Graz, der sehr weit gezogen werden wird – und viele Abgeordnete des Hohen Hauses waren ja bei der Enquete dabei –, bis 1. Juni 1986 – das ist der neue Fahrplan –, einzuführen und ich bin sehr zuversichtlich, daß das gelingt, weil der damit befaßte Koordinator, Landeseisenbahndirektor Zauhar, als Sektionsobmann der Sektion „Verkehr“ der Handelskammer bereits sozusagen sein Amt aktivst angetreten hat, und ich hoffe, daß nicht nur die öffentlichen Verkehrsträger, sondern auch die privaten Autobusunternehmer, was für die Pendler im Raum Graz besonders wichtig ist, Frau Präsident, einbezogen werden.

Ausbau des Schienenverkehrs, Herr Abgeordneter Prutsch: Wir haben bereits um einen Termin für die Verhandlungen bei Herrn Bundesminister Lacina nachgesucht, ich fürchte, er wird in der nächsten Zeit dafür keinen haben. Wir werden ja morgen leider Gelegenheit haben, die Frage der VOEST auch in der Wirtschaftsdebatte anzuschneiden. Wir sind bereit, zu verhandeln, und ich bin nach dem bekannt sachlichen Verhandlungsklima, das wir mit Herrn Bundesminister Lacina haben, sicher, daß es nicht an uns und hoffentlich auch nicht an ihm liegen wird, Ihrem Wunsch nicht näherzukommen. Das in aller Kürze, Hohes Haus, aus meiner Sicht zu diesen Problemen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, daß es doch gut gewesen ist, auch die Gruppe 6 heute noch zu verhandeln. Wir haben dadurch die Chance, morgen nicht bis 24 Uhr hierzusitzen, und ich muß erfreulicherweise auch feststellen, was Sie vermutlich auch so empfunden haben, daß die kritische Mahnung des Herrn Landtagspräsidenten in diesem Teil der Debatte des heutigen Tages ernstgenommen wurde. Ich habe mir das kurz angeschaut; im Schnitt acht Minuten, neun Redner. Wenn man den ganzen Tag überblickt, ist das ein Schnelligkeitsrekord – ein neuer. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Dr. Heidinger: „Die Autobahnen haben dazu beigetragen!“)

Ich glaube, nicht nur die Autobahnen, sondern wirklich auch der Hinweis des Herrn Präsidenten, vielleicht ein bißchen auch die Frustration der Damen und Herren Abgeordneten an diesem Nachmittag – Sie erlauben mir diese Bemerkungen, und ich schließe mich ein –, denn ich glaube nicht, daß wir uns selber etwas sehr Gutes tun, wenn wir auch in Zukunft eine solche Struktur der Diskussion für optimal ansehen. (Allgemeiner Beifall.) Ich glaube, daß man das ganz ehrlich sagen muß. Es ist doch immerhin so, daß ein großer Teil der Zuschauertribüne unter Tags von jungen, ja sehr jungen Leuten besetzt ist. Ich frage mich dann immer wieder auch – und Sie vermutlich auch –, welchen Eindruck die jungen Leute mitnehmen; wenn dann nicht eine wirkliche Interpretation, eine wohlmeinende, seitens des Lehrers erfolgt, dann ist das sicher ein falscher Eindruck vom Wesen parlamentarischer Demokratie auch im Steiermärkischen Landtag. Denn es ist nun einmal eine – sagen wir es ganz offen – Kraut-und-Rüben-Diskussion oder eine Wald-und-Wiesen-Diskussion, jetzt redet der über den Umweltschutz, dann redet der über die Gesundheit, dann redet der dritte ich weiß nicht was, und zum Schluß kommt eine ganze Serie von Regierungsmitgliedern. Ich würde wirklich bitten und ersuchen – (Abg. Ofner: „Sehr lange, eine Stunde, Herr Landeshauptmann!“) Ich glaube, daß man da niemanden auszunehmen hat, ich würde mich da selber auch einschließen. Ich bin auch ganz unboshaft, weil ich glaube, daß das für Ihren Herrn Regierungskollegen, der trotz Grippe erfreulicherweise gekommen ist und gesprochen hat, auch gilt. Es hat jeder viel am Herzen, und wenn eine solche Diskussion eben auch sehr wichtige Dinge anspricht, erfreulicherweise, dann wird eben auch geantwortet. Ich würde nur ersuchen, daß die Klubobmänner vielleicht für das nächste Jahr überlegen, ob es nicht tatsächlich eine Strukturierung geben könnte, bei der die zum selben Thema sprechenden Abgeordneten unmittelbar auch die Antwort des Regierungsmitgliedes dann herausfordern in einem gewissen Block und die Sache damit übersichtlicher, verständlicher und tatsächlich auch der Sache zuträglicher wird. Ich wollte mir da nichts herausnehmen, aber schließlich und endlich mache ich das jetzt auch das 15. Mal in diesem Hohen Haus mit. Es gibt welche, die das viel länger mitgemacht haben, vor allem die älteren Herren Kollegen hier. Ich nehme an, daß sie ähnliche Eindrücke auch heute gehabt haben.

Ich wollte mich jedenfalls bedanken für die Diskussionsbeiträge in diesem letzten Teil und wirklich auch versuchen, mich selber an die Mahnung des Herrn Präsidenten zu halten, soweit das möglich ist, und ein kurzes Schlußwort halten. Das erste ist in dieser Debatte immer gewesen, daß wir einen kurzen Blick – ich will Ihnen diese Tradition wirklich auch nicht vorenthalten – auf das Wachstum der Wirtschaft ganz allgemein geworfen haben. Wir haben hier die Wachstumskurve und sehen, daß die Prognose 1986 nach dem Wirtschaftsforschungsinstitut eine Reduktion, eine Dämpfung der Konjunktur prognostiziert von heuer 3 auf 2,5 Prozent im nächsten Jahr. Wir haben immerhin seit dem Jahre 1981 doch eine kontinuierliche Konjunkturanstiegskurve nach diesen an sich sehr bitteren Ergebnissen, die wir vorher hatten, erfreulicherweise zu registrieren. Es ist in diesem Zusammenhang – glaube ich – doch sehr bemerkenswert zu sehen, daß die Entwicklung hinsichtlich des Beitrages der Bauwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt eine leichte Erholung zeigt, nach dem tiefen Fall der Jahre 1981 und 1982, wo bekanntermaßen das Minus 5,1 Prozent betrug, im schlimmsten Fall des Jahres 1982, und für 1985 die Prognose mit 0,5 sich zu realisieren scheint, und für das nächste Jahr die Prognose mit einem Plus von 1,5 vorliegt, bei einem allgemeinen Wachstum von 2,5 Prozent. Wir haben in der Steiermark eine in dieser Hinsicht noch erfreulichere Situation, die sich auch in der Beschäftigung der Bauwirtschaft deutlich niederschlägt, wie gerade auch im Koordinations-Ausschuß Ende November in der Landesbaudirektion unter Vorsitz des Landesbaudirektors festgestellt wurde, nach dem strengen Winter erfreulicherweise. Es ist aber auch kein Zweifel, daß wir über das Landesbudget einen ganz entscheidenden Anteil dafür auch jeweils ins Treffen bringen. Wir haben auch im Jahre 1986 erfreulicherweise einen Zuwachs im Baubudget von sieben Prozent in diesem Landesbudget, das in diesen Tagen diskutiert und verabschiedet wird. Und das ist, wenn wir die letzten Jahre beurteilen, eine sehr erfreuliche Entwicklung deshalb, weil ja das Bundesbaubudget auf der anderen Seite mit Einbußen auch im Jahre 1986 zu rechnen haben wird.

Im speziellen, und weil wir auch darauf angesprochen wurden von einigen der Redner, darf ich vielleicht aber darauf hinweisen, daß das, was wir im Landesstraßenbau tun werden können, auch in einem Zehn-Jahres-Bauprogramm, das wir in den Grundzügen wieder fertiggestellt haben, enthalten ist. Ich darf meinen Herren hier einen wirklich aufrichtigen Dank sagen für diese exzellente Arbeit, die sie auch schon im ersten Zehn-Jahres-Programm geleistet haben. Ich habe im Finanz-Ausschuß über das Thema ausführlich geredet. Ich möchte das heute nicht wiederholen, es ist aber eine vorbildliche Arbeit insbesondere auf der Basis dieser Landesstraßenneubewertung und dann der großen Übernahmen. Wir werden aber 400 Millionen Schilling ganz sicher jährlich aufzuwenden haben, wollen wir dieses Zehn-Jahres-Bauprogramm auch durchsetzen. Das muß uns auch gelingen, denn ansonsten tritt tatsächlich ein, was wir alle nicht wollten, nämlich, daß wir es nicht erfüllen können. Und wir sagen auch ganz offen, wenn wir sozusagen alle Schikanen in diesem Bauprogramm finanzieren wollten, dann liegt das bei über 6 Milliarden Schilling,

wenn wir aber sozusagen schlank operieren, sind das immerhin auch diese 4 Milliarden Schilling, die aber das Minimum darstellen. Wir werden für das Jahr 1986 diesen Zuwachs selbstverständlich und erfreulicherweise haben. Er liegt bei 26 Millionen Schilling im Ausbau, und er liegt bei rund 4 Millionen Schilling in der Bauleitung und Projektierung, das heißt also ein Zuwachs von 30 Millionen Schilling, so daß wir tatsächlich auch den Vorstellungen dieses Programmes gerecht werden können.

Es ist in diesem Zusammenhang von Herrn Abgeordneten Tschernitz die Frage gestellt worden, den Weiterbau am Erbsattel betreffend. Das Programm geht dort weiter. Ich kann dir sagen, daß bei der L 705 das Stück Gallenstein-Erbsattel auch aufscheint, und ich kann gerne auch jetzt schon dem Herrn Abgeordneten Prutsch in diesem Zusammenhang auf eine sehr konkrete Frage sagen, die Herstellung der Verbindung von Autobahnen zu nächstniedrigen Straßenzügen ist ausschließlich Bundesaufgabe. Bisher hat sich der Bund noch nicht bereit erklärt, ein in diesem Zusammenhang vorliegendes baureifes und mit der Gemeinde abgesprochenes Projekt auszuführen. Auch der Herr Präsident Ing. Stoisser hat mich nach einer ausführlichen Diskussion, die er vor zwei Tagen in Radkersburg hatte, auf dieses Problem heute im Klub angesprochen. Wir haben auch die Planung vorgelegt. Sie ist fix und fertig. Aber die Sache ist nicht abgeschlossen. Wir werden uns selbstverständlich bemühen, daß es dazu kommt. Und ich bin mit den Herren Abgeordneten völlig einer Meinung, mit Ihnen ebenso, Herr Abgeordneter Prutsch, wie mit dem Herrn Abgeordneten Ing. Stoisser, daß eigentlich das ein Torso wäre, insbesondere im Hinblick auch auf die Grenzlandsituation und das Problem, das sich nicht nur im unmittelbaren Raum von Mureck, im Raum von Straß und auch hinüber nach Spielfeld ergibt, sondern für die ganze Grenzlandbundesstraße in Richtung Radkersburg. Wir werden um diese Sache sicherlich weiterhin bemüht sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die zwei großen Fragen im Autobahnbau kurz noch einmal ansprechen, die sowohl vom Herrn Abgeordneten Lind als auch vom Herrn Abgeordneten Kanduth und in einem etwas anderen Sinn auch vom Herrn Abgeordneten Tschernitz angesprochen wurden, nämlich dieser Vollausbau der Südautobahn. Ich habe in einer sehr moderaten Weise – ich darf Ihnen das gerne hier auch berichten –, als die Kritik im oststeirischen Raum immer lauter wurde und auch eine Resolution der zehn betroffenen Bürgermeister vorlag und auch die sozialistische Bezirksorganisation sich in ähnlicher Weise protestierend in diesem Zusammenhang geäußert hat, aber weit über diese organisierten Proteste hinaus ganz spontan einen die Menschen auch wieder angesprochen haben und jeder, der Autofahrer ist und den Vorteil zweifellos auch des Halbausbaues im Vergleich zur Wechselbundesstraße registriert hat und auch sozusagen dankbar für diesen Fortschritt war, wußte aber, soweit er informiert war, daß uns der Bautenminister Sekanina die fixe Zusage gegeben hatte, nach Fertigstellung des Stückes Hartberg-Grimmenstein sofort mit dem Vollausbau im Teil Hartberg-Gleisdorf zu beginnen. Und es ist ja auch schon gesagt worden: Ein großer Teil des Erdbaues und auch der Brücken sind ja

auf diesen Vollausbau ausgerichtet und vorbereitet, so daß alles bekannt war und wir auch selber - wie gesagt - lenkend oder neben sitzend ja erlebt haben, was es heißt, bei schlechten Straßenbedingungen dort zu fahren. Ich habe persönlich, bevor die Eröffnung am Wechsel stattfand, um dort nicht eine unangenehme Situation - ich sage das auch ganz offen - entstehen zu lassen und nicht etwa bei einem so feierlichen, bedeutenden, großen Festakt, wobei es weniger um den Festakt als um die Tatsache geht, daß es sich um ein wirklich imponierendes Bauwerk handelt, das dort eröffnet wurde - der Bundespräsident sollte anwesend sein; er ist dann durch eine Grippe daran gehindert gewesen -, dem Herrn Bautenminister am Montag davor vorgeschlagen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen, um festzustellen, ob es nicht eine Lösung geben könnte, bei der seine Finanzierungsvorstellungen mit den Ausbauerfordernissen in Übereinstimmung zu bringen wären, umso mehr, als wir das einzige Bundesland waren, das für die Halbautobahn Gleisdorf-Hartberg, sonst hätten wir auch die damals nicht bekommen - der Herr Abgeordnete Loidl weiß das alles aus peinvoller gemeinsamer Vergangenheit in diesem Zusammenhang; wir sind da immer auch miteinander marschiert -, 400 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat. Kein anderes Bundesland, bitte, hat das getan! Der Bautenminister hat dem zugestimmt. Leider - muß ich sagen - hat es inzwischen diese Versuchsstrecke gegeben, von der man - bei allem Respekt für einen Wiener Zivilingenieur, der dafür verantwortlich zeichnet - sagen muß: Die Lösung ist es offenkundig nicht, die uns alle sehr glücklich macht, um das sehr nobel zu formulieren, denn Sie wissen, wie das in so einem Fall ist: Jeder fährt jetzt dort zwar langsamer, und zwar in einer Strecke, wo nie etwas - Gott sei Dank - passiert ist, weil die Straße dort relativ breit war. Vor allem im Raume Waltersdorf; herunter beim Anschluß an den Vollausbau in Gleisdorf ist die Situation etwas anders.

Aber es gibt ja leider immer wieder auch den unverantwortlichen Straßenverkehrsteilnehmer, wie das die Frau Präsident Zdarsky im Hinblick auf Gurten- und Helmpflicht gesagt hat. Es gibt eben den, der trotzdem vorfährt, auch wenn es eisig ist, auch wenn es schneit, und schon hat es auch wirklich gekracht - wie wir wissen -, in einem Teilstück, in dem es bis dahin nie etwas gegeben hatte. Der ist glimpflich davongekommen - Gott sei Dank -, war ein ausländischer Botschafter, der auf dem Weg von Wien nach Klagenfurt unterwegs gewesen ist. Wir haben nun eine Studie ausarbeiten lassen, eine sehr seriöse Studie aus dem Büro des seinerzeitigen hochangesehenen Professors Aita und seines Mitstreiters Dipl.-Ing. Bieler - Aita hat ja auch die Südautobahn 1986 erarbeitet; die Studie, die wir 1976 in Auftrag gegeben haben und die uns so viel geholfen hat -, aus der hervorgeht, daß wir tatsächlich mit 600 Millionen Schilling im Vollausbau, Modell Wechsel-Autobahn - da gibt es ja Unterschiede, Sie wissen, alle möglichen Sparvarianten -, durchkommen. Wenn sich das als eine übereinstimmende Meinung in diesem Arbeitskreis herausstellen sollte, dann habe ich Hoffnung, daß wir in dieser so wichtigen Frage, meine Herren Abgeordneten, auch zu einem in gemessener Frist realisierbaren Vollausbau kommen. Ich wollte Ihnen das mitteilen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich habe auch schon im Finanz-Ausschuß gesagt, ich weigere mich - in der Phase jedenfalls -, sozusagen den Stab über einen neuen Bautenminister zu brechen. Tatsache ist - und das habe ich nie verschwiegen -, daß in der Zeit, in der der Herr Bautenminister Sekanina am Werk war, außerordentliche Fortschritte im steirischen Straßenbau erzielt worden sind, was immer sonst über diesen Minister gesagt wird. Er war ein hervorragender Bautenminister im Zusammenhang insbesondere mit dem Straßenausbau bei uns in der Steiermark, und ich stehe nicht an, das zu sagen, auch in einer Zeit, in der jemand gesagt hat - der Landesrat Gerhard Heidinger war es, glaube ich -: „Dank ist keine Kategorie.“ Dank ist sehr wohl eine Kategorie, und ich sage Ihnen, erst recht auch dann, wenn die vielen „Freunde“ dann plötzlich jemanden alleinlassen. (Allgemeiner Beifall.) Dafür muß ohnedies jeder selber geradestehen. In dieser Frage möchte ich das ausdrücklich gesagt haben. Was die A 9 betrifft, so ist ausgeführt worden - insbesondere auch vom Abgeordneten Kanduth -, das, was stimmt, nämlich, daß wir zum Beispiel im Bereich Rottenmarkt zum vierten Mal umprojektieren, daß das eine sehr haarige Sache gewesen ist und daß wir hoffen, daß die Zusagen, die jetzt gegeben wurden, auch tatsächlich eingehalten werden. Denn es besteht gar kein Zweifel, daß der Ausbau der Pyhrnroute im Liesing- und im Paltental ganz entscheidend ist, und die Position, die du vertreten hast, Herr Abgeordneter Tschernitz, mit dem bedeutenden Verkehrsdreieck Wien-Graz-Linz zumindest in diesem Teil, in unserem steirischen Teil - für den anderen können wir nicht verantwortlich sprechen - weitergehen muß. Natürlich sind diese 49,3 Kilometer, einschließlich der zweiten Ausbaustufe Selzthal mit den 3,1 Kilometern, wiederum ein teures und nicht leicht finanzierbares Stück. Das muß auch ganz ehrlich und offen gesagt werden. Aber auch da, bitte schön, haben wir als Steirer eine Milliarde Schilling zum rascheren Ausbau der Pyhrnautobahn auf dem Wege über die Pyhrnautobahn-Gesellschaft mit beigetragen, und die Tatsache, daß der Triebener Vollausbau auch versprochen ist, daß aber auch dort einige Fragen noch offen sind, soll wirklich nicht dazu führen, daß sich die Sache länger verzögert, als das wirklich unter allen Umständen von der Sache her nötig ist. Ich wollte auch das kurz berichten. Ich habe gestern hier auf der Durchreise den Herrn Landesrat Hans Winetzhammer gesprochen, den oberösterreichischen Straßenbaureferenten, der ebenso wie morgen der Herr Landeshauptmannstellvertreter in meiner Vertretung zur ARGE Alpen-Adria nach Zagreb gefahren ist, in Vertretung des Landeshauptmannes Ratzenböck. Ich kann nicht verschweigen, daß eine gewisse Betroffenheit seitens der oberösterreichischen Straßenbauer im Zusammenhang mit den Ereignissen in den letzten Wochen vorhanden ist, aber ich sage noch einmal: Das ist in diesem Fall primär ein Problem tatsächlich auch der Oberöreicher.

Die Frage, die Sie, Herr Abgeordneter Prutsch, angeschnitten haben im Zusammenhang mit dem Nahverkehr, hat der Herr zuständige Landesrat Dr. Heidinger angesprochen. Vielleicht darf ich dem Hohen Haus drei Ziffern sagen: Im Bereiche gerade des Nahverkehrs in den letzten fünf Jahren hat unser Bundesland 414.847.000 Schilling einerseits für die Landesbahnen und andererseits als Investitionszuschuß für die Graz-

Köflacher Bahn geleistet. Das viel größere Land Niederösterreich und ebenso das viel größere Land Oberösterreich – und ich sage das ganz unbefangen im Hinblick auf sozusagen parteipolitische Zuordnung – hat Oberösterreich 227 Millionen Schilling und Niederösterreich 219 Millionen Schilling aufgewendet.

Die Relation im Verteilungsschlüssel der Bundesnahverkehrsmilliarde sieht so aus, daß 60 Prozent für den ÖBB-Schienennahverkehr ausgegeben werden, 25 Prozent für die U-Bahn in Wien und nur 15 Prozent für die Straßenbahnen und für die O-Busse. Und dieses sehr überzeugende Plädoyer einer Praktikerin, wie es die Frau Präsident Klancic gerade auch in dieser Frage war, sollte wirklich nicht ohne Echo bleiben. Ich habe jedenfalls bei meinem Gespräch mit dem Bundeskanzler Dr. Sinowatz und dem Verkehrsminister Lacina vor nunmehr rund drei Wochen in Wien den Eindruck gehabt, daß eine ernste Absicht besteht, zumindest was den Verbund in Graz anlangt, eine Änderung des Schlüssels in der Tarifierung herbeizuführen, und das wäre sicherlich ein erster Schritt, den Realitäten näherzukommen. Der vielumstrittene aber auch bedeutende Professor Josef Dorfwart, früh verstorben, ein sehr engagierter Theoretiker und auch Praktiker des Straßenbaues, Sie erinnern sich, war Professor in Graz und dann in Wien, hat immer gesagt in Diskussionen ähnlicher Art, „jeden Tag finden auf unseren Straßen und Schienen Volksabstimmungen über die Präferenzen der Verkehrsteilnehmer hinsichtlich der Verkehrsmittel statt“. Und mir ist ganz klar, daß Verkehrspolitik sich nicht darin erschöpfen kann, einfach gegebenen Bedarf sozusagen eins zu eins zu befriedigen, sondern sehr wohl auch nach bestimmten Konzeptionen insbesondere auch im Hinblick auf den öffentlichen Verkehr mit allen Umweltproblemen auch beladen, weniger oder mehr beladen, die Frage zu sehen und auch zu vertreten. Daß ein hochrangiger Eisenbahner wie Sie, Herr Abgeordneter Prutsch, ein ebenso vehementes Plädoyer für Ihre Institution hält, ist mir auch durchaus verständlich, aber es ist auch nicht zu übersehen, daß die Prognose der Europäischen Gemeinschaften, die von der Blanko-Konsulting erstellt worden ist, und hören Sie sich die Ziffern an, besagt, daß unter Berücksichtigung des Ausbaues der Pyhrnautobahn und der Tauernautobahn, also vorausgesetzt schon die fertiggestellten, sowie der Aufnahmefähigkeit der Eisenbahnen im Jahre 2000 560.000 transnationale Lkws trotzdem die Pyhrnroute benutzen werden. Derzeit sind es rund 200.000, wie Sie auch selber gesagt haben. Wir sind in jeder Weise damit einverstanden, daß alles getan wird, auch den Huckepackverkehr, wo immer möglich, zum Tragen zu bringen. Aber gerade auch als ein hochrangiger Eisenbahner wissen Sie, Herr Abgeordneter Prutsch, was die Österreichischen Bundesbahnen auf dem Gebiet alles erlebt haben. Ich brauche Ihnen also wirklich von meinem Standpunkt aus nicht mehr zu sagen. Ich wollte nur in dem Zusammenhang, weil Sie auch die Pendlerproblematik angesprochen haben, mitteilen, daß ich in der nächsten Sitzung der Landesregierung auf Grund einer erfreulichen Unterschreitung des Budgetansatzes einen Antrag stellen werde, daß wir zu einer Erhöhung unserer Pendlerbeihilfen um 10 Prozent kommen (Allgemeiner Beifall.), weil für die Anpassung in diesem Sinne ein Betrag von rund 3,5 Millionen Schilling notwendig ist und wir aber gerade auch im Budget 1986 einen Ansatz gewählt

haben, der darüber liegt, so daß eine – glaube ich – sinnvolle Hilfe auch in diesem Zusammenhang erfolgen kann.

Ich möchte zwei Dinge abschließend noch sagen und damit auch mein Versprechen hinsichtlich der Länge meines eigenen Beitrages einhalten. Meine Damen und Herren! Es ist viel gearbeitet worden in diesem meinem Referat, und ich habe die Freude, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, der einen erheblichen Teil meines Referates nunmehr betreut, sich in diesem einen Jahr so überzeugend mit dieser Aufgabe identifiziert hat (Allgemeiner Beifall.) und in seinem großen Referat auch mit großem persönlichen Engagement sich so erfolgreich diesen Aufgaben gestellt hat. Ich möchte aber gerade auch den Herren des Ressorts, den Beamten, und zwar allen Beamten der Landesbauverwaltung, dafür danken einerseits, daß die Loyalität, die sie mir immer erwiesen haben in einer sehr eindrucksvollen Weise, wir hätten vieles nicht zustande gebracht, hätten wir nicht wie ein Mann an vielen dieser großen Projekte gemeinsam gearbeitet, daß sie diese Loyalität auch meinem Regierungskollegen in einer ebenso eindrucksvollen Weise in diesem Jahr gezeigt haben. Und ich möchte abschließend dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Harald Hofer, dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Theodor Glanz, die mit Ende des Jahres in den wohlverdienten Ruhestand treten, ein Wort des Dankes sagen, klassisch altösterreichische Herkünfte übrigens. Dipl.-Ing. Hofer stammt aus Pola. Sein Vater war nämlich, wenn ich recht informiert wurde, ein Admiral sozusagen der K.-K.-Kriegs- oder sonstigen Marine, und Herr Dipl.-Ing. Theodor Glanz stammt aus Oberschlesien, ist also in diesem Sinne auch ein Altösterreicher, ein Flüchtling im übrigen, der hier eine zweite Heimat in der Steiermark gefunden hat und als Leiter der Hydrographie ebenso wie Dipl.-Ing. Hofer als Leiter der Fachabteilung V in einer Weise auch ihre Aufgaben wahrgenommen haben, die das Beste eingebracht haben, was die beiden Herren einzubringen hatten. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke aber auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand treten, und ich hoffe, daß das Budget 1986 mit seinen erheblichen Verbesserungen in allen Bereichen auch die Möglichkeit schaffen wird, daß wir einerseits vorankommen in der so wichtigen Aufgabe unserer Straßenverkehrsarbeit für die anderen, die sie benötigen, und darüber hinaus auch Arbeit schaffen für viele Tausende in diesem Lande. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Zumal der Berichterstatter auf sein Schlußwort verzichtet, schreite ich zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit den Posten und Ansätzen der Gruppe 6 einverstanden sind, um ein Handzeichen.

Die Gruppe 6 ist einstimmig angenommen.

Ich unterbreche bis morgen in der Früh um 8.30 Uhr. (Unterbrechung von 5. Dezember 1985, 22.30 Uhr, bis 6. Dezember 1985, 8.30 Uhr.)

**Präsident Zdarsky:** Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Dorfer:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, umfaßt die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, die Förderung des Fremdenverkehrs sowie die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie. Im Budgetentwurf für 1986 sind Gesamteinnahmen von 125,440.000 Schilling und Gesamtausgaben von 541,811.000 Schilling vorgesehen.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe 7:

**Präsident Zdarsky:** Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung. Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen also mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Buchberger:** Werte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist an und für sich zu Anbeginn jeder Agrardebatte hier im Hause schon üblich, daß die Bauern den Damen und Herren Abgeordneten und natürlich auch den Herren Regierungsmitgliedern und vielen anderen ein kleines Präsent auf den Tisch stellen. Und wie könnte es anders sein, als heuer, wo wir ein sehr schwieriges Weinjahr mit den im Zusammenhang stehenden Problemen gehabt haben, eine Flasche steirischen Welschriesling auf den Tisch zu stellen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich darf von dieser Stelle aus allen Weinbauern und auch allen Weinvermarktern einen herzlichen Dank sagen und darf bitten, diesen Wein bei passender Gelegenheit im Kreise Ihrer Familie zu verkonsumieren und die Siebenzehntelflasche, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Erinnerung irgendwo in die Ecke zu stellen, weil, gesetzt den Fall, daß das gegenwärtige Weingesetz nicht einer entsprechenden Novelle unterzogen wird, darf im Bedarfsfalle und in schwierigen Weinjahren der steirische Welschriesling in diesen Flaschen nicht mehr abgefüllt werden. Aber wir im Hause hier sind ja einhellig der Meinung – und das hat vor allem die Regierung einhellig festgestellt –, daß es unsere Aufgabe sein wird, in der nächsten Zeit dieses gegenwärtige Bundesweingesetz einer entsprechenden Novelle zu unterziehen, daß der steirische Bergweinbau im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht in dieser Form benachteiligt wird. (Beifall bei der ÖVP.) Die Regierung im Haus ist sich darüber einig. Ich hoffe, daß auch die anwesenden Abgeordneten der gleichen Meinung sind. Wir werden uns also um diese Fragen im besonderen im kommenden Jahr zu kümmern haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich zurückerinnere – und ich habe schon die Ehre, einige Jahre hier in dem Hohen Hause anwesend sein zu dürfen –, so war es vor ungefähr zehn bis 15 oder 20 Jahren noch so, daß wir alle von Sorge erfüllt waren, um den Tisch des Volkes in bezug auf die Nahrungsmittelversorgung decken zu können. Wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre verfolgen, ist es so, daß auch wir im Lande mit der größten Sorge belastet sind, den gegenwärtig anfallenden Überschuß irgendwo an den Mann zu bringen. Das ist nicht nur bei uns im Lande so, in Österreich so, sondern, wenn wir einen Blick in das Ausland tun, ist die Situation die, daß an und für sich in allen nördlichen Staaten in der freien Welt Überschußprobleme vorhanden sind und in Regionen der dritten Welt nach wie vor Hungersnöte herrschen. Wir wissen auch zu gut, daß vor allem auch im Bereich der EG die größte Sorge gegenwärtig die ist, wie wir mit den Überproduktionen im agrarischen Sektor zu Rande kommen. Vielfach wird uns gesagt, daß die von uns produzierten Überschüsse in den nördlichen Staaten, um es wieder einmal so zu sagen, an und für sich jenen, die an Hungersnot leiden – und das sind die Länder der dritten Welt –, zur Verfügung gestellt werden müßten. Da wissen wir aber in dem Zusammenhang sehr genau, daß das an und für sich gut gedacht, aber in der Durchführung kaum möglich ist, weil es das notwendige Verteilernetz, die Organisationen in dem Sinne nicht gibt, die Aufbewahrungsmöglichkeiten für agrarische Produkte und vieles mehr. Und vor allem wissen wir, daß all diese Länder nicht in der Lage sind, unsere von uns angebotenen Produkte auch entsprechend zahlen zu können – bedauerlicherweise! Auf der anderen Seite wissen wir aber, daß gerade diese Länder, wo absolute Hungersnot herrscht, was die Waffenversorgung betrifft, modernst gerüstet sind, und hier ein Vorwurf an die waffenproduzierenden Staaten, und da kann man von West nach Ost blicken, scheint es mir unverantwortlich zu sein, gerade wie wir in der letzten Zeit aus Libyen erfahren haben, daß dort wieder Schiffsladungen modernster Waffen diesen Völkern und Ländern zur Verfügung gestellt werden. Das ist eine Entwicklung, die wir in keiner Hinsicht als positiv betrachten können.

Wir in Österreich, meine sehr verehrten Damen und Herren, erleben nun in der letzten Zeit im verstärkten Maße – und wir sind mit der Thematik und mit der Problematik in diesen Fragen in den letzten Jahren im besonderen beschäftigt worden – größte Schwierigkeiten mit dem Absatz von Vieh, mit dem Absatz in milchwirtschaftlichen Fragen und auch in Fragen des Getreides. Ich darf in dem Zusammenhang eines sagen: Wir vom steirischen Bauernbund, vom Österreichischen Bauernbund, von der Österreichischen Volkspartei her haben schon seit Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß gerade in diesen Produktionsbereichen damit zu rechnen ist, daß wir in bezug der Absatzmöglichkeiten in größte Schwierigkeiten geraten werden. Wir haben früh genug auf diese Thematik aufmerksam gemacht. Und ich muß in dem Zusammenhang eines sagen: daß wir gerade in bezug auf Verhandlungen, um Alternativmöglichkeiten zu schaffen, nirgendwo auf größeren Widerstand gestoßen sind als beim Bundesminister Haiden selber. Ich sage das in

aller Deutlichkeit, weil ich persönlich erlebt habe – der Herr Kammeramtsdirektor Kopetz und ich –, als wir uns im Sozialpartnerbereich mit den zuständigen Leuten auseinandergesetzt haben – und wir haben mit Robert Graf gesprochen, mit Alois Mock, mit Fraktionsführer Sepp Wille, mit Sekretär Tumlpl vom Gewerkschaftsbund, Präsident Benya, mit Staatssekretär Schmied, und ich darf Ihnen sagen, bei allen diesen Leuten, und in meinen Augen sind das wissende Leute, haben wir größtes Verständnis dafür gefunden, daß es dringendst notwendig sei, die Produktion früh genug entsprechend umzulenken. Nur beim Minister Haiden – und ich muß das mit aller Deutlichkeit und mit aller Klarheit sagen – sind wir in all diesen Fragen immer wieder auf für mich unverständlichen Widerstand gestoßen. Und ich darf eines in dem Zusammenhang sagen: daß all diese Vorschläge, die von uns unterbreitet worden sind, nicht staatsbelastend gewesen wären, sondern es waren Vorschläge, die im Vergleich zu heute dem Bund und auch den Ländern wesentlich billiger gekommen wären, als wir es gegenwärtig mit den Absatzproblemen beim Vieh, bei der Milch und beim Getreide zu tun haben.

Ich darf jetzt noch einige Punkte, was die einzelnen Produktionsbereiche betrifft, sagen. Wir haben am Viehsektor eine Entwicklung, die vorauszusehen war. Wir haben, was die Exportzahl betrifft, in den letzten Jahren von 180.000 Stück Rindern, die zwangsläufig zu exportieren sind, eine Entwicklung auf 320.000. Eine ganz enorme Zunahme. Was das den Bund und die Länder kostet, das wissen die zuständigen Referenten sehr deutlich und sagen das auch bei jeder Gelegenheit. Wir haben früh genug gewarnt und haben gemeint, daß es zwingend notwendig sei, die Kalbfleischimporte früh genug zu stoppen, um hier eine entsprechende Nachfrage zu erreichen. Was das Kalbfleisch betrifft, aus dem Inland her gesehen, das ist nicht geschehen. Und daher war es zwangsläufig so, daß auf Grund kaum einer gegebenen Nachfrage die Kälber nicht früh genug zur Schlachtung geführt worden sind, sondern zur Aufzucht und zur Ausmast, und in der weiteren Folge die Konsequenzen, daß die Anzahl der zu exportierenden Rinder auf 320.000 gestiegen ist. Das ist die viehwirtschaftliche Situation.

So ähnlich ist die Situation im milchwirtschaftlichen Bereich. Da muß ich eines sagen, wir in der Steiermark haben früh genug umdisponiert. Wenn ich nur ein Beispiel sagen darf: Wir haben in der Steiermark 60.000 kammerzugehörige Bauern, 60.000! Davon sind nur mehr 22.000, die sich mit Fragen der Milchwirtschaft beschäftigen. Man sieht sehr deutlich, daß wir früh genug umdisponiert haben. Wir haben auch früh genug, von der Steiermark her gesehen, aufmerksam gemacht, daß es notwendig ist, auch die milchwirtschaftliche Entwicklung entsprechend in den Griff zu bekommen. Wir haben von der Steiermark her ange-regt, daß es notwendig sei, die Handelbarkeit der Richtmengen einzubegleiten und einzuführen, was von den Partnern der linken Reichshälfte nicht verstanden wurde. Wir haben also gemeint, daß die Richtmen-gen, von denen, die nicht mehr unbedingt auf die Milchwirtschaft angewiesen sind oder nicht mehr Milchwirtschaft betreiben wollen, daß die aus freiwilligen Motiven heraus animiert und angeregt werden, an jene, die zusätzliche Richtmengen brauchen, diese

Richtmengen abzugeben. Das hätte den Staat keinen Groschen gekostet, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ausdrücklich auch dem Herrn Minister vorgetragen worden. Das System hätte sich selbst finanziert. Wir haben uns das so vorgestellt, nicht so, wie jetzt der Vorschlag lautet, man muß generell jetzt eine Quotenreduktion von 8 Prozent durchführen, bei allen generell. Meine Herrschaften, leicht gesagt, aber schwer durchzuführen. Wenn ich so etwas tun wollte, da muß ich zuerst einmal die Richtmengen gerecht verteilen. Das wäre über unseren Vorschlag von seinerzeit möglich gewesen. Daß jene, die zusätzliche Richtmengen brauchen, sie entsprechend aufstocken, dann wären die Richtmengen gerecht verteilt gewesen, und dann hätten wir generell sagen können, gut, jetzt haben wir eine um 15 Prozent zu hohe Produktion, reduzieren wir um 15 Prozent, daß wir den Inlandsbedarf mit 1,850.000 Tonnen, dann den 16 prozentigen Bundesanteil, und auf diese 116 Prozent Milchproduktion hätten wir uns in der Produktion eingerichtet. So war unsere Meinung und unser Vorschlag. Und das hätte in der weiteren Folge bedeutet, daß alle Milchlieferanten dann an und für sich den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag nicht zu bezahlen bräuchten. Das war unser logischer Vorschlag, der den Staat keinen Groschen gekostet hätte, der allerdings, muß ich sagen, vom Herrn Landwirtschaftsminister und Herrn Staatssekretär abgelehnt wurde. Ich höre aber in letzter Zeit, ich darf das auch in dem Zusammenhang sagen, daß der Herr Staatssekretär gemeint hat, an und für sich sei der Vorschlag aus der Steiermark, den wir vor drei Jahren gemacht haben, gar nicht so schlecht. Er will bei nächster Gelegenheit zu uns in die Steiermark kommen, um sich über diese Thematik entsprechend informieren zu lassen. Wir machen das natürlich gern, weil wir Verständnis haben, daß einer die Thematik ein bißchen früher versteht und der andere eben ein bißchen später. Aber wir sind gerne bereit, eine entsprechende Nachhilfe zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Über die Handelbarkeit der Richtmengen ist auch gesagt worden, das sei ein rein kapitalistisches System, wo derjenige, der viel Geld hat, seine Richtmenge aufstocken kann und der andere, der kleine Milchbauer, der weniger Geld hat, überhaupt keine Möglichkeit hat. Meine Herrschaften, in unserem Vorschlag ist genau im Detail festgelegt, daß keiner mehr und weniger kaufen kann mit einer sozialen Staffe-lung, daß der Kleine die Richtmengen billiger bekommt und der Größere ein bißchen mehr bezahlen soll. Es ist genau in unserem Vorschlag fixiert und festgelegt gewesen, allerdings nicht angenommen und nicht diskutiert. Und da sage ich Ihnen eines noch dazu, was ich an und für sich sehr bedaure: Wir werden in allen unseren wirtschaftspolitischen Fragen und Problemen, mit denen wir konfrontiert sind, keinen einzigen Schritt weiterkommen, weil wir die Parteipolitik, nur die Parteipolitik in den Vordergrund rücken, dann lange nichts sehen und irgendwo dann auch Wirtschaftspolitik betrieben wird. Da werden wir keinen Schritt weiterkommen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das muß ausgerechnet du sagen!“) Da will ich den Staatssekretär Murer ausschließen, er sagt das auch. Aber wenn man dem Minister Haiden gegenüber sitzt, da hat man auf Schritt

und tritt das Gefühl, daß von ihm aus gesehen in erster Linie die parteipolitischen Thesen vertreten werden, dann lange nichts, und dann erst – wie gesagt – die Wirtschaftspolitik. Und das bedauere ich sehr, ich sage das. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Genauso wie die Bauernkammer!“) Und, lieber Freund Ileschitz, ein Kompliment in diesem Zusammenhang, da sind führende Funktionäre aus der Arbeiterkammer und aus dem Gewerkschaftsbund aus einem anderen Holz geschnitzt. Ich muß das auch zu eurer Ehre mit besonderer Freude und innerlicher Genugtuung feststellen, weil ich das persönlich x-mal und sehr oft erlebt habe. Ich muß das in aller Deutlichkeit sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich stehe immer für den Vorschlag des Landeshauptmannes, der heißt: „Alle Kräfte müssen zusammenhalten“. Ob es ein Blauer ist, ein Roter, ein Schwarzer oder auch ein Grüner, meine Herrschaften. Reden wir nicht so herum, daß man eine solche oder solche Koalition haben will, alle gescheiterten Leute im Land müssen zusammenhalten, sonst kommen wir keinen Schritt weiter. Das ist meine persönliche Überzeugung überhaupt. (Beifall bei der ÖVP.) Aber das ist der Krampf, meine sehr Verehrten, und daher für uns auch Verständnis zu haben, meine Freunde – ich sage es einmal so! (Abg. Dr. Hirschmann: „Eine alte Bauernweisheit sagt: Den Haiden sollst du meiden!“) Gegenwärtig müssen wir ihn meiden, weil er nicht da ist. Er ist nach Polen gefahren, habe ich gehört. Ich habe nichts dagegen, wenn er auch ein begeisterter Jäger ist. Ich bin auch einer. Soll auch möglich sein. Aber in einer Situation, meine Herrschaften, wo man mit den führenden Leuten über so wichtige und schwierige Probleme nicht mehr reden kann, oder wenn sie nicht da sind, möchte ich bitten, meine sehr Verehrten, auch Verständnis für die Bauern zu haben. Wir haben jahrelang über die Alternativproduktionen verhandelt. Da sind wir keinen Schritt weitergekommen. Ich habe auch gesagt, jetzt ist es vorbei. Wenn wir keine Basis der Verhandlungsmöglichkeiten mehr haben, und ich bin der letzte, der marschiert oder demonstriert, ich sage Ihnen das auch, das ist nicht meine Art, weil ich persönlich der Meinung bin, daß man in einem Lande, wo es nach Möglichkeit nur in der Masse vernünftige Leute gibt, daß man reden können müßte. Man kann auch im agrarischen Bereich die Dinge nicht so in den Exzeß entwickeln und weitertreiben wie in anderen Wirtschaftsbereichen, bis wir den totalen Scherbenhaufen vor uns haben. Und aus diesem Scherbenhaufen heraus sollen wir das Ganze wieder aufbauen. Wir wollen das alle miteinander gemeinsam verhindern. Ich darf das wirklich in aller Deutlichkeit sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wäre es Ihnen recht, meine sehr verehrten Freunde, ich spreche in dem Zusammenhang alle Konsumenten an, wäre es Ihnen recht, daß der agrarische Bereich genau so zusammenbricht wie es im VOEST-Bereich bedauerlicherweise jetzt ist? Das kann ja keinem Menschen recht sein. Aus der Verantwortung heraus, wir als Bauern, ich sage Ihnen das, als praktizierende Bauern, müssen natürlich früh genug aufmerksam machen auf eine solche Entwicklung, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wenn ich denke, mit welchen Schwierigkeiten das Vieh noch zu verkaufen ist, welche Probleme es momentan in der Milchwirtschaft gibt.

Das ist ja nicht aus der Luft gegriffen, wenn die Bauern selbst vom Milchpreis, den sie bekommen, jetzt einen Abzug von 64 Groschen haben. Welcher Arbeitnehmer läßt es sich gern gefallen, daß er von seinem Lohn, den er bekommt, eine Ecke wegzahlen muß, was weiß ich, um den Betrieb aufrechtzuerhalten? Wer tut das gern? Auch wir lassen uns das auf die Dauer nicht bieten, ich sage Ihnen das in aller Deutlichkeit. (Beifall bei der ÖVP.) Und das sind ja, um es noch einmal zusammenzufassen – ich habe früher darauf hingewiesen –, am Viehsektor die Probleme, im milchwirtschaftlichen Bereich die Probleme, und dann kommt man daher und sagt: „Ja, machen wir den Ab-Hof-Verkauf. Lassen wir jeden die Milch verkaufen, wo er will. Sie müssen halt laufen, um mehr Milch an den Mann zu bringen.“ Da muß ich Ihnen eines sagen: Vor dem warne ich, daß der Ab-Hof-Verkauf unkontrolliert funktionieren soll. Ich habe das in den dreißiger Jahren selber mitgemacht, Freunde, wo es diese Milchorganisation noch nicht gegeben hat. Und damals – ich bin in der Einsicht zu Hause, und wir haben drei bis vier Kilometer zur Schule – sind wir nicht mit dem Bus gefahren – es war anders als heute, muß ich sagen, kein Straßenverkehr –, sondern wir sind alle Tage in der Früh mit drei Liter Milch gegangen und haben sie vor Weiz den Kundschaften zugestellt – drei, vier Liter. Das war für uns, die wir am Rande einer Stadt wohnen, noch möglich, dort ein paar Liter Milch zu verkaufen. Beim Heimgehen haben wir die Kannen wieder geholt. Aber alle jene Bauern, die irgendwo dezentral in den Bergbauerngebieten daheim sind, haben überhaupt keinen Liter Milch verkaufen können. Und dann war die Zeit in den dreißiger Jahren – da braucht mir kein Mensch davon etwas zu erzählen! Der Exekutor war bei uns daheim Stammgast gewesen. Aber reden wir nicht darüber! Ich habe das schon oft sehr deutlich formuliert. Da nehme ich mir auch kein Blatt vor den Mund, um zu sagen, wie dann die Umschuldungsmaßnahmen eingesetzt haben. Ich sage das auch, ich habe alles selber miterlebt, wie es gewesen ist, keine Frage. Das sage ich auch in aller Deutlichkeit. Was sonst gewesen ist, darüber wollen wir nicht reden. So war es. Ich steige von der Wirklichkeit keinen Zentimeter, weder nach links noch nach rechts. Die Wahrheit ist der entscheidende Faktor.

Ich warne also vor einem unkontrollierten Ab-Hof-Verkauf. Da bricht uns das ganze System zusammen, und dann werden die Bergbauern sehen, ob sie überhaupt noch in der Lage sein werden, noch eine Milch zu verkaufen. Das Transportausgleichssystem, meine sehr verehrten Freunde, hält das ganze System aufrecht. Und das haben wir für den Entfernteren, der an und für sich sowieso der Benachteiligte ist. Wenn wir ihm diese Gleichstellung gegenüber dem Stadtrandbauern auch nicht geben, dann können wir mit der Bergbauernförderung aufhören, dann können wir mit der Grenzlandförderung aufhören, dann können wir mit dem Hügelprogramm aufhören, dann können wir zusperrern. Ich sage Ihnen das früh genug, bevor es zu spät ist! Lassen wir uns auf solche Dinge nicht ein! Ordnung muß sein im Laden, wenn wir eine Gerechtigkeit für die Bauern auch in der Zukunft erreichen wollen. Das sind die zwei schwerwiegenden Punkte, die die Steiermark im besonderen berühren; logischerweise auch der Getreidebau. Wir zahlen jetzt bei den

Getreideexporten, die nach Rußland gehen, pro Kilogramm einen Exportförderungszuschuß von 2,53 Schilling. Die Russen bezahlen für das Getreide 1,70 Schilling, und wir zahlen selber, der Bund und die Bauern zur Hälfte, 2,53 Schilling dazu. Meine Herrschaften, wir halten ja das kommunistische System aufrecht, und zwar als Steuerzahler in Österreich. So billig können die Russen ihr Getreide gar nicht produzieren; so ist es doch, meine sehr Verehrten!

Wir müssen aber trotzdem noch dankbar sein, daß wir einen Abnehmer haben. Und ich sehe heute schon voraus – und ich bin keiner, der die Zukunft zu deuten weiß – und kann mir vorstellen, wenn man weiß, was Gorbatschow plant, daß die Bauern in Rußland, Kolchosebauern, zu dem, was sie an Privatgrundstücken besitzen, zwei Drittel dazubekommen, und dann wird es in Rußland so, daß in bezug auf die Getreideversorgung die Russen autark sein werden und auf den Import von Getreide aus dem Westen überhaupt nicht mehr angewiesen sein werden. Das betrifft uns Österreicher sehr. Was die Kanadier und die Amerikaner dann machen, ist eine andere Frage, aber in dem Zusammenhang nicht unsere Sorge. Aber wir hängen dann mit einer Million Tonnen Getreide, die wir jetzt in den Osten exportieren, in der Luft, und der ganze Bereich bricht zusammen. Daher – ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit – haben wir den Vorschlag unterbreitet, daß die Alternativen zum Tragen gebracht werden müssen, zum Beispiel wenn wir Raps anbauen, um die pflanzliche Fettversorgung bei uns im Lande zu sichern. Wir haben nur eine Eigenversorgung von 4 Prozent; wir müssen also noch und nöcher importieren. Insgesamt haben wir bei agrarischen Produkten Importe – da gehören allerdings die Datteln und Orangen auch dazu, die wir momentan noch nicht selber produzieren – von ungefähr 27 Milliarden Schilling. Vieles von dem könnten wir selber im eigenen Land produzieren, meine Herrschaften, und es käme wesentlich billiger als die Exportstützungen, die wir gegenwärtig zu leisten haben. Und das ist für mich die Rechnung, meine sehr Verehrten, weil es immer heißt: „Die Bauern verlangen immer mehr, die haben nie genug und wollen immer mehr haben.“ Meine Herrschaften, so ist das nicht! Unsere Vorschläge sind so, daß sie den Finanzsäckel, ob das das Land Steiermark betrifft oder den Bund, nicht belasten und billiger sind als die ganze Exportfinanzierung. Das ist für mich ein ganz entscheidender Faktor. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich muß in dem Zusammenhang eines dazu-sagen: Es dürfen die Belastungen – wir verlangen keine höheren Preise für unsere Produkte – nicht immer höher werden. Wenn man die Statistik hört, wie gut es den Bauern geht: um 24 Prozent wieder mehr, um 15 Prozent mehr im Jahr 1984 im Vergleich zum Jahr 1983; man sagt aber nicht, daß das Jahr 1983 ein saumäßiges Jahr gewesen ist und das Jahr 1984 gut und daher im Vergleich das Jahr 1984 ein recht gutes Jahr gewesen sei, dann sage ich Ihnen als Praktiker eines: Entscheidend ist nicht, was die Statistik errechnet, sondern für mich ist entscheidend, wie es mit dem Tauschwert aussieht. Was bekomme ich mit dem, was ich heute verdiene, wenn ich gewisse Produktionsmittel kaufen muß. Die Statistiker sollen auch ihr Recht haben, aber ich bin da halt in dieser Frage ein bißchen skeptisch. Und wenn wir uns den Tauschwert

anschauen, da muß man ja sagen, meine Herrschaften, wenn es so weitergeht, da ist eine Kluft drinnen, die immer größer wird. Wenn ich nur zwei Zahlen sagen darf: Ein 50-PS-Traktor im Jahr 1970 hat mir eine Weizenmenge von 43.000 Kilogramm abverlangt, jetzt sind es 83.000 Kilogramm Weizen. Das spürt man halt, wenn auch die Produktivität gestiegen ist. Trotz alledem brauche ich um zwei bis drei Hektar Fläche mehr als im siebziger Jahr, meine Herrschaften. Da soll mir keiner sagen: Das ist so! Ich bedaure es im besonderen, wenn du, lieber Freund Zellnig, sagst, daß das nicht stimmt. Dann bist du mit der Realität des Lebens nicht mehr in Verbindung, lieber Freund, um dir das ganz klar zu sagen. (Abg. Zellnig: „Man muß den Rationalisierungsfaktor miteinbeziehen!“) Das ist alles mitberechnet, meine Herrschaften, und trotzdem ist es so, daß ich heute mit dem, was ich an Einnahmen und Erlösen habe, bei Gott nicht mehr das bekommen wie vor 10 bis 15 Jahren. Meine Herrschaften, das ist die Realität und durch nichts wegzudiskutieren, wenn man in der Praxis steht – einem anderen ist das leicht einzureden, und da habe ich auch das Verständnis dafür.

Wir werden uns also um diese Thematik kümmern müssen. Der Tauschwert ist für mich ein entscheidender Faktor, und alles andere soll auch gemacht werden, aber das berührt mich nicht – ich sage Ihnen das. Der Tauschwert ist der entscheidende Faktor für mich!

Und wenn ich an die Agrarimporte denke – meine Herrschaften, wenn da in dieser Frage nicht etwas geschieht! Auch im milchwirtschaftlichen Bereich! Was da über den kleinen Grenzverkehr nach Österreich hereinkommt! Und es waren von Ihnen sicher auch schon viele in Ungarn, und Hand aufs Herz, ich möchte den kennen, der keinen Käse und keine Butter mitheringekommen hat. Jeder macht das. (Abg. Preamberger: „Ich habe nichts mitgenommen!“) Ich habe es auch nicht gemacht, um das auch zu sagen, aber die meisten machen das professionell, Freunde. So ist das leider Gottes. Und da wird nicht geprüft, ob dort die entsprechenden Voraussetzungen in verschiedenen Belangen getroffen worden sind. Bei uns wird genau kontrolliert, ob das dem Lebensmittelkodex entspricht oder nicht, aber da aus dem Osten kann hereinkommen was will. Wir haben in diesem Bereich fast eine Liberalisierung. Wenn da nicht etwas geschieht – auf der einen Seite werden die einheimischen Bauern immer mehr belastet, und auf der anderen Seite ist für die, die an uns anrinnen, die Möglichkeit gegeben, ihre Produkte fast grenzenlos verkaufen zu können.

Und ein Weiteres, meine sehr Verehrten: Ich habe es schon angedeutet, das Weingesetz wird für uns eine Belastungsprobe werden. Wenn da nicht schon in nächster Zeit die entsprechende Novelle geschaffen wird, weil man kann den steirischen Bergweingebäuern nicht mit jenen Bauern der Flachlandregionen in Niederösterreich und Burgenland in Vergleich bringen. Das sind ganz andere Bedingungen und Voraussetzungen. Da muß was geschehen. Ich glaube, da sind wir der gleichen Meinung. Daher werden wir uns um diese Dinge entsprechend zu kümmern haben. Ich sage jetzt noch einmal, und ich bitte, dafür Verständnis zu haben. Wir werden hier rücksichtslos vorgehen. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Wenn unsere Wünsche in punkto Eiweißfuttermittel, Ölsaaten, Energie aus Biomasse,

Flachsanzbau, das Obst- und Gemüsegesetz, wenn das nicht in nächster Zeit schon entsprechend zum Tragen kommt und in Fragen der Milchwirtschaft nicht raschest eine Lösung getroffen wird, dann müssen Sie damit rechnen, daß wir aus unserer Bescheidenheit heraus, in der wir immer als bäuerliche Menschen leben, ohne Rücksicht auf verschiedene Umstände uns in der Öffentlichkeit entsprechend bemerkbar machen werden. Unsere Bauern sind heute bereits unterwegs. Wir lassen es uns nicht bieten, daß ad hoc ab 1. Dezember, um es noch einmal zu sagen, der allgemeine Absatzförderungsbeitrag einfach auf 64 Groschen hinaufgesetzt wird. Das lassen wir uns nicht bieten, und daß der Minister abhaut und mit uns überhaupt nicht mehr verhandlungsbereit ist, das lassen wir uns nicht bieten. Ich sage das in aller Deutlichkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Und der heutige Tag – unsere Bauern sind im Schoberpaßbereich unterwegs – Freunde von uns, ich wäre gerne dabei, aber man kann nicht überall dabei sein. Der heutige Tag ist nur eine Vorwarnung. Ich sage das auch in der vorweihnachtlichen Zeit. Es ist nur eine Vorwarnung. Kein Arbeiter würde sich das gefallen lassen. Uns steht das gleiche demokratische Recht zu, von diesen Möglichkeiten entsprechend Gebrauch zu machen. Das werden wir durchziehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich möchte euch bitten, da sind honorige Männer auf der linken Seite, der Freund Ileschitz und so weiter, ich sage das, weil wir uns ja gegenseitig kennen, ich möchte bitten, entsprechend vorstellig zu werden auf Bundesebene, lieber Freund Präsident Ileschitz, daß man wirklich das Gespräch weiterführt. Es ist ja zukunftsorientiert, was wir von der Bauernbundseite vorschlagen in bezug aller Alternativen, und entlastend für das Budget sowohl auf Bundes- und auf Landesebene, daß wir da weiterkommen. Es muß ja in unserem gemeinsamen Interesse liegen, um hier diese offenen Fragen einer Lösung zuzuführen. Ich möchte wirklich gebeten haben, hier von Ihnen die notwendige Unterstützung zu bekommen. Ich habe auch in den sozialistischen Kreisen Freunde, das darf man auch sagen, bei euch auch, früher mit den freiheitlichen Nationalen habe ich überhaupt ein gutes Verhältnis gehabt, jetzt, wo die linksliberale Partei im Vordergrund ist, habe ich das Verhältnis ein bißchen abgekühlt. Ich kann nichts dafür, aber es ist so. Wir werden uns um diese Dinge zu kümmern haben. Ich möchte hier an dieser Stelle auch dankbar registrieren, daß wir im Land Steiermark eine Entwicklung haben jetzt in der letzten Zeit. Wenn ich denke, daß es möglich war, die Grenzlandförderung entsprechend zum Tragen zu bringen. Daß wir in diesen Bereichen wirklich weiterkommen, daß wir das Hügellandprogramm haben, daß die Regionalförderung auch hier die Unterstützung des Bundes hat – das sage ich auch, wenn irgendwo eine gute Tat gesetzt wird, da mache ich keinen Unterschied, von wem die gesetzt worden ist. Die muß auch öffentlich apostrophiert werden. Aber wenn einer nichts tut oder eine schlechte Tat setzt, dann nehme ich mir auch kein Blatt vor den Mund. Das gehört auch dazu. Die Basis der Gerechtigkeit in diesen Dingen dürfen wir in diesem Zusammenhang nie verlieren. Ich möchte bitten, daß wir hier Initiativen setzen. Ich darf Ihnen eines sagen, wir

haben vom Land Steiermark, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, Landesrat Dr. Klausner ist nicht da, mit ihm müssen wir oft verhandeln, wenn es ums Geld geht, da muß ich sagen, haben wir die volle Unterstützung, Herr Landeshauptmann, gerade die Grenzlandförderung, das ist die Förderung überhaupt. Und daher meine ich auch, wenn man das Weingesetz nicht entsprechend im Interesse unserer steirischen Weinbauern hinkommt, dann hilft auf der anderen Seite auch die Grenzlandförderung nichts, wenn die Bauern dort nicht das Einkommen haben, das Einkommen aus ihrer Produktion heraus.

Ich sage hier auch noch etwas in diesem Zusammenhang, weil Meinungen kursieren, man müsse die Bauern direkt fördern beim Viehabsatz. Ich kann mir das nicht vorstellen, wie das bei einer Versteigerung ist. Wenn die 6000 Schilling – 3000 Schilling Land, 3000 Schilling Bund – direkt die Bauern bekommen, wer dann dort das Vieh kauft, das möchte ich mir vorstellen. Weil ich aus der Praxis heraus weiß, daß die Italiener, die dort hinkommen in ihrer Präpotenz – muß man wissen –, die sagen, trotzdem, daß wir die 6000 Schilling Förderung bekommen, und das ist mir bei der letzten Fleckviehversteigerung in Leoben passiert, daß sie während der Versteigerung gekommen sind und gesagt haben: „Herr Präsident“ – und der Pohlhammer Christian und, lieber Freund Kirner, du warst auch dabei. Er ist auch einer, der für die Bauern Verständnis hat, das muß ich auch sagen. Wir haben auch einen miteinander getrunken, gehört auch dazu. Da haben uns die Italiener an Ort und Stelle vor Ort gesagt – so ist es, lieber Freund Zellnig, nicht daß man sagt, dem nehmen wir die 6000 Schilling weg, die kaufen trotzdem. Ich glaube, es ist ein Antrag im Landtag von Dr. Wabl eingebracht worden. Mußt dann gleich schauen, daß du die Konzession als Viehhändler bekommst, dann mußt du die Ochsen oben kaufen. Die haben uns vor Ort gesagt, die Italiener, die italienischen Freunde, sagen wir so, vielleicht kommen sie dann lieber, die haben uns vor Ort gesagt, sie brauchen noch 500 Schilling zusätzlich dazu, um überhaupt zu kaufen. So sieht die Realität aus. So ist es ungefähr. Aber was soll man machen, wenn man diesen Leuten ausgeliefert ist. Das ist die Realität, und alles andere, was man herumredet, das ist an und für sich unbedeutend.

Ich darf jetzt zusammenfassen, meine sehr Verehrten. Wir werden unsere Grundsätze für die nächste Zeit mit Nachdruck vertreten. Wir haben lange genug verhandelt, und jetzt ist irgendwann einmal Schluß. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Aber wir haben auch von der Steiermark aus – und wenn ich an die steirische Kammer denke in Zusammenarbeit mit unserem Landesrat Dipl.-Ing. Riegler im speziellen, Herrn Landeshauptmann – auch entsprechende Fakten gesetzt, was die Alternativen betrifft, Kollege Zellnig weiß über die Dinge Bescheid, im Hauptausschuß einstimmig beschlossen, daß wir uns auch im besonderen mit den boden- und grundwasserschonenden Maßnahmen beschäftigen. Wir machen im Bereich von Leibnitz besondere Versuche, um das Grundwasser und den Boden in Ordnung zu erhalten. Ich sage das mit aller Deutlichkeit, gerade dort, wo die Quelleinzugsgebiete sind, werden wir uns mit diesen Dingen zu beschäftigen haben. Wir machen Versuche, Düngeversuche,